#### **Christian Hacke**

Seminar für Politische Wissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

#### **EINLEITUNG**

Das breite Panorama und die historische Tiefe der Internationalen Politik spiegeln sich im Spannungsfeld von Ideen und Interessen, von Gleichgewicht und Hegemonie, im Aufstieg und Fall von kleinen und großen Mächten. Internationale Beziehungen verlangen zum besseren Verständnis eine systematische Analyse jenseits der tagespolitischen Stellungnahmen. Dabei sind nicht nur Logik und Intellekt, sondern vor allem Erfahrung und Verstehen gefragt. Kritische Stellungnahme, moralisches Engagement und geschichtliches Verständnis ergänzen sich dabei auf sinnvolle Weise.

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen als akademisches Fach versteht sich in ihrer idealistischen Variante als Kind des 20. Jahrhunderts, doch die Geburtsurkunde der Internationalen Beziehungen stammt, realistisch gesehen, aus der Antike<sup>1</sup>. Leider droht ein Trend zur Geschichtslosigkeit die Wissenschaftsdisziplin gesichtslos zu machen. Die Zeit vor 1989, die Geschichte der alten Bundesrepublik, des Kalten Krieges, ist für manche nur noch Schatten, die Zeit vor 1945 wird, mit Ausnahme von 1933 bis 1945, immer weniger wahrgenommen. Erst recht erscheint die Zeit davor als dunkle Jahrhunderte eines anachronistischen Realismus, aus denen nur der gute Immanuel Kant hervorragt, während hinter ihm der "Leviathan" von Thomas Hobbes und der finstere Prinz von Machiavelli lauern: was für eine verzerrte Welt, zugeschnitten auf ein idealistisches, moralisches Selbstverständnis der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen!

Deshalb sei ein ausholender und zugleich skizzenhafter Rückblick auf die Geschichte bis in die Antike erläutert, um an die historische Dimension und an das geschichtliche Selbstverständnis der Internationalen Beziehungen zu erinnern.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Vgl. Laurie M. Johnson, Thukydides, Hobbes and the Interpretation of Realism, De Kalb, Ill. 1993.

#### GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Seit wann gibt es Internationale Beziehungen und seit wann besteht ein Bewusstsein für sie? Es geht also um Sein und Bewusstsein, um Real- und Idealfaktoren. Internationale Beziehungen gibt es als solche, sie sind existent, aber es gibt sie auch im Denken und in der Vorstellungswelt der Menschen. Des weiteren stellt sich die Frage: Wie lässt sich die Geschichte der Internationalen Beziehungen systematisieren bzw. periodisieren? Zeit und Raum, Sein und Bewusstsein bilden folglich die Komponenten für folgende Phaseneinteilung:

## Das Erbe der Antike

Lange bevor Staaten oder Gesellschaften existierten, gab es prähistorische Stämme und Völker, die mit- und gegeneinander handelten<sup>2</sup>. Später entstanden kleinere und größere (Stadt-)Staaten und Reiche bzw. Imperien, die miteinander Beziehungen pflegten, zunehmend in geregelter Form und wachsender Intensität. Krieg und Frieden, Gleichgewicht und Hegemonie bildeten die Handlungsmaxime der religiösen Oberhäupter oder der Fürsten und Könige.<sup>3</sup> Vereinfachend könnte man sagen: Sie waren von ähnlichen Ideen, Zielen, Interessen und Machtambitionen geleitet wie die heutigen Staats- und Regierungschefs. Deshalb macht die historische Perspektive Sinn: Dieser Vergleich der Epochen und Konstellationen ist wichtig für die Erklärung aktueller Phänomene, Strukturen und Prozesse der Internationalen Beziehungen. So kann z.B. ein besseres Verständnis der Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion durch das Studium des Konflikts

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zu den Wurzeln der Internationalen Beziehungen siehe: Ernest Gellner, Pflug, Schwert und Buch, Grundlinien der Menschheitsgeschichte, Stuttgart 1990; Jared Diamond, Arm und Reich, Die Schicksale menschlicher Gesellschaften, Frankfurt/Main 1998; Elman R. Service, Ursprünge des Staates und der Zivilisation, Der Prozess der kulturellen Evolution, Frankfurt/Main 1977; Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München 1949; Vittorio Hösle, Moral und Politik, Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert, München 1997.

Vgl. hierzu: Klaus Rosen, Griechische Geschichte erzählt, Von den Anfängen bis 228 v.Chr., Darmstadt 2000; Zur ideengeschichtlichen Entwicklung siehe: Fenske, Mertens, Reinhard, Rosen, Geschichte der politischen Ideen von Homer bis zur Gegenwart, Königstein i. T. 1988.

zwischen Athen und Sparta gewonnen werden<sup>4</sup>. Welche Gleichgewichtsphänomene sich unter den Bedingungen von Multipolarität ergeben, lässt sich am europäischen Kräftekonzert des 19. Jahrhunderts oder am Gleichgewichtssystem der griechischen Stadtstaaten analysieren. Wettrüsten, Kriegsverhütung oder militärische Abschreckung sind zeitlose Erscheinungen, doch die historischen Konstellationen verändern sich; Unipolarität, Bipolarität und Multipolarität sind wiederkehrende Formen, die auch im modernen Staatensystem zwischen Gleichgewicht und Hegemoniebestrebungen oszillieren.

Die Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Antike hat als erster der griechische Historiker Herodot (484-425 v.Chr.) beschrieben<sup>5</sup>. Er löste die mythische Geschichtsschreibung ab und konzentrierte sich auf Beobachtung. Herodot erkannte bereits übergreifende realistische Gesetzmäßigkeit im geschichtlichen Prozess: "Städte, die früher groß waren, sind größtenteils klein geworden; und die zu meiner Zeit mächtig waren, sind früher unbedeutend gewesen. Ich weiß, menschliche Größe hat keineswegs Bestand; so will ich denn in gleicher Weise die Schicksale beider behandeln"<sup>6</sup>. Herodot erinnert uns an das ewige Gesetz von Aufstieg und Vergehen von Kulturen und Imperien. Deshalb warnt er: "Dauerndes Glück führt zu Sattheit oder Übersättigung, der daraus resultierende übermäßige Wohlstand erzeugt Überheblichkeit oder Anmaßung"<sup>7</sup>. Er weiß, dass die Menschen nur selten aus Geschichte lernen, deshalb formuliert er eine zweite realistische Prämisse: "Wenn du dich nun für unsterblich hältst und über ein derartiges Heer zu gebieten glaubst, dann brauche ich dir meine Meinung nicht erst mitzuteilen. Wenn du aber einsiehst, dass du nur ein Mensch bist und nur über Menschen gebietest, dann merke dir vor allem eines: Alles Menschliche vollzieht sich im Kreislauf. Es wandert herum und duldet nicht, dass immer die gleichen glücklich leben"8.

Herodots dritte realistische Prämisse bezieht sich auf den Gegensatz von "harten" und "weichen" Kulturen. Manche Politologen suchen Originalität, wenn sie von neuen "weichen" und "harten" Machtfakto-

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vgl. Richard N. Lebow, Barry S. Strauss, Hegemonic Rivalry: From Thukydides to the Nuclear Age, Boulder, San Francisco, Oxford 1991.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vgl. Herodot (485-425 v.Chr.), Historien, 2 Bände, München, Zürich 1983.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ebd., 1,5.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ebd., 1,207.

ren sprechen. Hier zeigt sich, wie so oft, dass in den Internationalen Beziehungen fast alles schon da gewesen ist. Bevor die Wissenschaftler das Rad neu zu erfinden suchen, lohnt sich das Studium der Geschichte, insbesondere der Antike: "Harte" Kulturen, laut Herodot, rückständig, arm und diszipliniert, betonen politischen Willen und militärische Stärke. Als Hauptbeispiel dient Herodot Skythien. "Weiche" Kulturen dagegen, reich und kultiviert, zu Dekadenz neigend, haben bei Aggressionen wenig Härte entgegenzusetzen. Herodot nennt Ägypten und Babylon als Beispiele. Zentrum und Peripherie in der Weltpolitik sind ebenfalls Begriffe, die schon Herodot einführt, wo "harte" und "weiche" Kulturen aufeinandertreffen, nicht im Sinne von Huntington unbedingt aufeinanderprallen, sondern sich auch gegenseitig befruchtend. Herodots Überlegungen zu den Kulturen erscheinen weltoffener und abgewogener als Huntingtons<sup>9</sup>. Wenn die Disziplin den Perzeptionsansatz von Jervis als innovativ preist<sup>10</sup>, darf daran erinnert werden, dass schon Herodot auf seine Weise uns den Blick für Mentalitäten und Perzeptionen der antiken Völker öffnete und für Verständnis und Toleranz für das Fremde warb<sup>11</sup>. Großen Männern schenkte Herodot natürlich Aufmerksamkeit im Sinne von "Männer machen Geschichte", aber in der antiken Welt lag die Entscheidung über Krieg und Frieden und über das Schicksal der Menschen in den Händen weniger Mächtiger<sup>12</sup>. Im Kampf der Perserkönige Darios und Xerxes gegen die Griechen schildert Herodot ja auch den Kampf der Kulturen des Orient und des Okzident. Wissensdurst und Neugier machen sein Werk so spannend, weil er pointiert zu erzählen weiß.

Herodots Nachfolger und Landsmann Thukydides (460–396 v.Chr.) schrieb weniger Geschichte, sondern vielmehr Zeitgeschichte mit neuen Methoden<sup>13</sup>. Außerdem hatte er den Peloponnesischen Krieg, der mit dem Dreißigjährigen und dem 2. Weltkrieg gleichermaßen verglichen werden kann, selbst miterlebt, - als kommandierender General, allerdings ohne Fortune. Er beobachtete also nicht nur. Streng

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Samuel Huntington, Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Wien 1996; zur Kritik siehe: Harald Müller, Das Zusammenleben der Kulturen, Entgegenentwurf zu Huntington, Frankfurt/Main 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Robert Jervis, Perception and Misperception in International Politics, Princeton, N.J. 1976.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Auch in diesem Zusammenhang lohnt die Lektüre von Albert Camus, Der Fremde, Hamburg 1961.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Vgl. Torry J. Luce, Die griechischen Historiker, Düsseldorf, Zürich 1998, S. 25 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges, München, Zürich 1993.

1.

war er ebenfalls mit der Auswahl von Informationen: Jene aus zweiter Hand hat Thukydides nicht nur gewissenhaft belegt, sondern ganz im Sinne Karl Poppers hat er auch darauf geachtet, dass sie nicht widerlegt wurden!<sup>14</sup> Thukydides betrieb Ursachenforschung und suchte Wirkungen und Schlussfolgerungen, um aus Erfahrung und Beobachtung wissenschaftliche Regeln über Krieg und Frieden und Internationale Beziehungen abzuleiten<sup>15</sup>. Bis heute orientiert sich die Wissenschaft an Thukydides, z.B. bei der Kriegsschuldfrage mit Blick auf die Unterscheidung zwischen Anlass und Ursache.

Im Melier-Dialog erkennen wir auch heute die prekäre Wechselwirkung zwischen Recht, Macht und Moral und, dass eine Demokratie wie Athen in tyrannischen Imperialismus umschlagen kann<sup>16</sup>. Das Schicksal des Attischen Seebundes verweist auf die Transformation von einem Bündnis von 140 gleichberechtigten Mitgliedern zu einem hegemonialen Herrschaftsinstrument. Thukydides beschreibt die Grundspannung zwischen Hegemonie und Gleichgewicht. Die Spaltung der griechischen Poliswelt in zwei Machtblöcke erklärt uns das Phänomen von Bipolarität, die ideologisch durch Polarisierung zwischen demokratischen und diktatorischen Kräften weiter aufgeladen wird und dabei die Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik mit einschließt<sup>17</sup>.

Thukydides zeigt uns auch, dass wissenschaftliche Objektivität und pädagogisches Engagement sich nicht ausschließen. Mit dem Hinweis auf zeitlose Gültigkeit von Kräften will er Rat für die Zukunft vermitteln. Das historische Untersuchungsmaterial dient ihm nicht als Selbstzweck, sondern vielmehr als Mittel zur Freilegung verborgener Gründe für politische Dynamik: so lehnt er eine simple Generalisierung ab, plädiert für historisches Verständnis und zeigt sich im Vergleich zu manchem Systemtheoretiker praxisnah und weltoffen<sup>18</sup>.

1.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Karl Popper, Conjectures and Refutations: the Growth of Scientific Knowledge, London 1963.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Vgl. hierzu die vierbändige Studie von Donald Kagan, The Outbreak of the Peloponnesian War, The Archidamian War, The Peace of Nicias and the Sicilian Expedition, und The Fall of the Athenian Empire, Ithaca, London 1969, 1974, 1981 und 1987.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Vgl. Michael Walzer, Gibt es den gerechten Krieg?, Stuttgart 1982, S. 25 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Vgl. John Finley, Thukydides, Cambridge, Mass. 1942.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Vgl. Robert Connor, Thukydides, Princeton, N.J. 1984; Lowell S. Gustafson, Thucydides' Theory of International Relations, A Lasting Possession, Baton Rouge 2000.

Die Genauigkeit seiner Beobachtung, die sorgfältige Auswertung des Materials, die Strenge seines Denkens und sein sachlicher Stil imponieren auch noch heute. Der wissenschaftliche Anspruch auf Objektivität wird von Thukydides zugleich lebensklug relativiert: Jeder Historiker bleibt ein Gefangener seines eigenen persönlichen, politischen und historischen Standortes und an die Werte und Sichtweisen seiner Zeit gebunden.

Als Theoretiker und Praktiker der Internationalen Beziehungen im Spannungsfeld von Krieg und Frieden weiß er um die Rolle der Persönlichkeit und die Auswirkung des Krieges auf die menschliche Psyche: Das Nachlassen der Kräfte, zwanghafter Fanatismus, Fehlkalkulation, Vorurteile, Angst und der Verlust von Verantwortung bilden die menschlichen Bedingungsfaktoren gerade in Krisenkonstellationen der Internationalen Politik. Thukydides weiß, dass Macht, Gewalt, Prestige und Eitelkeit aus dem Leben der Menschen und Staaten nicht zu verbannen sind. Folglich entwickelt er eine Ethik der maßvollen Selbstbehauptung, also eine Vorstellung vom nationalen Interesse, das das Überleben des eigenen Landes allen anderen Interessen vorzieht. Dieses Postulat hat bis heute Gültigkeit behalten. Auch plädiert er realistisch für die harte Schule der Gefahr: "Denn im Frieden und Wohlstand ist die Denkart der Menschen und der ganzen Völker besser, weil keine aufgezwungene Notwendigkeit sie bedrängt; aber der Krieg, der das leichte Leben des Alltags aufhebt, ist ein gewalttätiger Lehrer und stimmt die Leidenschaften der Menge nach dem Augenblick"19.

Nur wer das Risiko kennt, weiß um den Wert von Sicherheit und Freiheit<sup>20</sup>. Thukydides weiß um den Wert der bitteren Erfahrung. Realistisch erkennt er, dass viel Macht und wenig Moral die zentralen Bewegungsgesetze der Internationalen Beziehungen bilden. Thukydides' Auffassung vom Wesen der Internationalen Politik ist streng, ja unsentimental: Menschen handeln eher zum eigenen Vorteil als aus altruistischen Motiven oder moralischen Grundsätzen. Konsequenterweise kreist Thukydides' Kerngedanke um das Problem politischer Führung.

Weil keiner so scharfsichtig die griechische Staatenwelt zur Zeit ihrer Hochblüte analysiert und den politischen Antriebskräften der Men-

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Thukydides, Peloponnesischer Krieg 3.82.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Ebd.

schen nachgespürt hat, hat David Hume zu Recht erklärt: "Mit der ersten Seite von Thukydides Werk beginnt wirklich die Geschichtsschreibung"<sup>21</sup>. Deshalb wird noch heute von allen antiken Historikern Thukydides des wissenschaftlichen Ritterschlags für würdig befunden.

Nach ihm folgt als dritter herausragender Analytiker aus der Zeit der Antike Polybios (200-118 v.Chr.). Im berühmten 6. Buch seines Hauptwerkes geht er vor allem den Fragen von Aufstieg und Fall großer Imperien nach. Nachhaltige Wirkung hat bis heute sein Zyklus von ineinander übergehenden Verfassungsformen. Dieser durchläuft regelmäßige Veränderungen von Wachstum und Verfall: Den drei Formen von Königtum, Aristokratie und Demokratie stehen als ihre Entartung Tyrannei, Oligarchie und Ochlokratie gegenüber. Weil der Zyklus regelmäßig und zwangsläufig sei, so Polybios, könne man erkennen, an welchem Punkt des Zyklus' sich ein Staat gerade befinde. Deshalb könne man auch seine zukünftige Entwicklung voraussagen. Roms Verfassung schildert er als vorbildliche Mischung aus diesen Grundformen.

Modern gesehen sucht Polybios nach Gesetzmäßigkeiten für politische Dynamik. Hier irrt er ebenso, wie er seine strengen methodischen Maßstäbe im eigenen Werk nicht verwirklichen konnte<sup>22</sup>. So gesehen personifiziert er die Diskrepanz zwischen hohem theoretischen Anspruch und mangelhafter Umsetzung in die empirische Wirksamkeit. Auch wenn sich Polybios irrte, auch wenn seine Geschichtsauffassung deterministisch war, so verweist er jedoch grundsätzlich auf den wichtigen Zusammenhang von Außenpolitik und Staatsverfassung und hat damit einen wichtigen Beitrag zum Verhältnis von Außen- und Innenpolitik geleistet. Polybios' Auffassung ist oft mechanisch und stark vereinfachend. Gleichwohl überzeugen viele seiner Beobachtungen im 6. Buch: Eine gute Verfassung hänge von den Gesetzen und Sitten eines Staates ab, eine theoretisch hervorragende Verfassung könne durch schlechte Gesetze und schlechte Gewohnheiten verfälscht werden<sup>23</sup>. Schnürt Polybios sich ein zu enges theoretisches Korsett, wenn er behauptet, Rom könne den Kreislauf von Aufstieg und Fall durch eine gemischte Verfassung aufhalten, so kommt er zu bemerkenswerten Beobachtungen, sobald er die Zwangsjacke der

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Zitiert nach: Torry J. Luce, Die griechischen Historiker, a.a.O., S. 112 f..

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Vgl. Frank W. Walbank, Polybius, Berkeley, Cal. 1972; Hatto Schmitt, Polybios und das Gleichgewicht der Mächte, Genf 1973.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Vgl. Thukydides, Peloponnesischer Krieg, 6,46.

Theorie abwirft: So fordert er universalhistorische Kenntnis und ist damit den meisten der heutigen Vertreter der Disziplin weit voraus. Seine eigenen militärischen und politischen Erfahrungen befähigten ihn zudem, realistisch über Internationale Politik nachzudenken und den Scipionen in Rom politischen Rat zu erteilen. Er schreibt mit pädagogischer Absicht, möchte seine politischen und militärischen Erfahrungen anderen mitteilen, begnügt sich nicht mit flacher Empirie allein, sondern spürt Ursachen und Zusammenhänge auf. Auch für Polybios machen Männer Geschichte, gleichzeitig verweist er allerdings auf die Schwierigkeiten, die wirklichen Motive der Politiker zu erkennen.

Bei Thukydides wie bei Polybios wirken die eigenen Lebenserfahrungen als Feldherr oder als Politiker auf die Geschichtsschreibung<sup>24</sup>. Weder Zeugenbefragung noch Bücherstudium können dieses Moment aufwiegen. Deshalb unterscheidet sich der Schreibtischhistoriker vom realistischen Historiker wie der Kulissenmaler vom Architekten der Geschichte. Der außenpolitische Realist im Sinne von Thukydides und Polybios weiß um die Widersprüchlichkeiten der Internationalen Politik. Es ist deshalb kein Zufall, dass Jahrhunderte später zwei weitere bedeutende Realisten, Machiavelli und Vico, von Polybios und Thukydides stark beeindruckt waren<sup>25</sup>.

In der römischen Antike wurde Cicero zum herausragenden Staatsphilosophen. Er verbindet die Gedanken der griechischen Staatsphilosophie mit römischer Rechtstradition und politischem Pragmatismus<sup>26</sup>. Ciceros Rechtssinn wirkt als Transmissionsriemen für realistische politische Ethik, so dass er wirkungsgeschichtlich zu einem der geistigen Väter des modernen Europa werden konnte. Während der italienische Humanismus und die westeuropäische Aufklärung Ciceros Ruhm beförderten, wurden in Deutschland vor allem von Theodor Mommsen

2

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Vgl. Iring Fetscher, Herfried Münkler, Hrsg., Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 1: Frühe Hochkulturen und europäische Antike, München 1988, S. 326-342, 471-513.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Zu Machiavelli siehe in diesem Zusammenhang Isaiah Berlin, Die Originalität Machiavellis in: ders., Wider das Geläufige, Aufsätze zur Ideengeschichte, Frankfurt/Main 1982; zu Vico siehe: ders., Das krumme Holz der Humanität, Frankfurt/Main 1992, S. 72-96; Benedetto Croce, Grundlagen der Politik, München 1924; ders. Die Philosophie Giambattista Vicos, Tübingen 1927.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Zu Cicero siehe: Matthias Gelzer, Cicero, Ein biographischer Versuch, Wiesbaden 1969, K. Büchner, Das neue Cicero Bild, Darmstadt 1972; Mario Giebel, Marcus Tullius Cicero: in Selbstzeugnisse und Bilddokumente, Reinbek 1977.

die negativen Züge Ciceros, seine politische Wirkungslosigkeit, Eitelkeit und politischer Opportunismus kritisch vorangestellt<sup>27</sup>.

Cicero war kein zentraler Analytiker der Internationalen Beziehungen, aber er verkörperte das Spannungsfeld von Kontemplation und politischer Aktion. Dem Theoretiker und Akademiker Cicero fehlte als Politiker das Gewicht und die machtpolitische Erfahrung von Männern wie Crassus, Antonius und Caesar. Aber sein politisches Scheitern zwang ihn zur Kontemplation<sup>28</sup> (wie später auch Machiavelli). Ciceros Methode des Dialogs sollte für außenpolitischen Realismus wichtig werden. Die Form des Dialogs wird von Cicero zur Wissenschaftsmethode, ja zur Kunst erhoben. Monologe Engstirnigkeit wird überwunden, indem die Kraft der Gegenargumente dialogisch bedacht wird. Lebenserfahrung und Gesamtpersönlichkeit kommen zum Tragen.

Allerdings verklärte er römische Geschichte, blieb status quo-orientiert. Aber seine Sprachkunst macht ihn zur Ausnahmeerscheinung. Realisten wie Cicero müssen ihren finalen Wirkungsschwerpunkt oft fern der politischen Realität finden, gestalten also die Geschichte nicht so, wie sie es sich selbst gewünscht haben. Aber aus dieser Frustration heraus entstanden bei Cicero und später bei Machiavelli zeitlos gültige Beobachtungen über Politik<sup>29</sup>: Beide zogen sich in die Kunst, in die Wissenschaft und ins Private zurück: "Erkenne Dich in der Realität und erkenne die Realität in Dir selbst", diese harmonisierende realistische Schlussformel prägt den reifen Cicero zwar nur begrenzt. Doch der gehetzte Erfolgstrieb wird schließlich überwunden und durch Lebensweisheit abgelöst, so dass sein äußeres Scheitern als notwendige Voraussetzung für inneren Reifungsprozess und als Voraussetzung für

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Theodor Mommsen, Römische Geschichte, Bd. 3, Berlin 1873, S. 217 ff. wo Cicero folgende Prädikate erhält: "Notorisch ein politischer Achselträger …. Mundstück des Servilismus … als Staatsmann ohne Einsicht, Ansicht und Absicht hat er nacheinander als Demokrat, als Aristokrat und als Werkzeug des Monarchen figuriert und ist nie mehr gewesen, als ein kurzsichtiger Egoist", zitiert nach: Christian Habicht, Cicero der Politiker, München 1990, S. 122 f..

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Ein ähnliches Schicksal im Spannungsfeld von politischer Verantwortung und Kontemplation in dem Sinne, dass Erfolglosigkeit in der Politik zur Kontemplation führte, erlitt Sallust. Vgl. Ronald Syme, Sallust, Darmstadt 1975.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Vgl. Joseph Vogt, Homo Novus, Ein Typus der römischen Republik, Stuttgart 1926; zu Machiavelli siehe: Herfried Münkler, Staatsräson und politische Klugheitslehre, in: Fetscher, Pipers Handbuch, a.a.O., S. 23-72.

das Entstehen seiner Werke gesehen werden kann, die heute Roms Idee und Ciceros Ruhm begründen<sup>30</sup>.

Die alte Geschichte der Internationalen Beziehungen verweist auf die Begründer des außenpolitischen Realismus, die im Spannungsfeld von politischer Verantwortung und politischer Kontemplation oft unter persönlichen Opfern ihre unvergleichlichen Werke schufen. Ihr Ziel war praktische Wissenschaft, wenn sie den Fragen nach Krieg und Frieden, Gleichgewicht oder Hegemonie, dem Leben der Völker und Kulturen sowie den machtpolitischen Triebkräften nachspürten. Thukydides und Polybios fragten auch nach Mechanismen und Institutionen, um Macht zu beschränken, zu verteilen oder maßvoll zu erhalten plädierten also für Machtgleichgewicht.

Für Thukydides und Polybios ist der Mensch handlungsfähig, ja handlungsmächtiges Subjekt, doch von zwei Urtrieben beherrscht: dem Drang nach Herrschaft und Macht sowie dem Drang nach Freiheit. Für beide ist dabei das Problem der Macht zentral: Jede Macht, die Schwächere unterdrückt, ist bereits wieder auf Konfrontation angelegt, denn die Unterdrückten suchen wiederum Freiheit.

Diese Zwanghaftigkeit wirkt spiralförmig, fördert Rüstung und Kriege, erfordert also zur Einhegung Gegenmacht. Der kluge Staatsmann, bei Thukydides durch Perikles verkörpert, sucht folglich ein Gleichgewicht zwischen Machtstreben und Mäßigung<sup>31</sup>.

## Das Zeitalter der Entdeckungen und die Bedeutung des Kapitalismus

Im historischen Rückblick auf die Geschichte der Internationalen Beziehungen mag folgende, zweite Zäsur sinnvoll erscheinen: Die antike Welt war ja in Wirklichkeit regional beschränkt. Griechenland und Rom repräsentierten die mediterrane und europäische Welt, so wie die Welt der Inkas auf Lateinamerika oder die Welt der Chinesen auf Asien beschränkt blieb. Die Vorstellungen von "Welt" waren also in Wirklichkeit regional. Erst das Zeitalter der Entdeckungen eröffnete die globale Perspektive zu Internationalen Beziehungen, die sich im

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Vgl. Habicht, Cicero der Politiker a.a.O.; Ronald Syme, The Roman Revolution, Oxford 1939

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Vgl. hierzu: Donald Kagan, Perikles. Die Geburt der Demokratie, Stuttgart 1992.

Zuge von Expansion, Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus zu voller globaler Reichweite entwickelten<sup>32</sup>. Krieg, Vertreibung und Vernichtung anderer Völker, Versklavung und Sklavenhandel, Eroberungskriege und neue maritime Strategien zum Schutz von Handelsinteressen führten zu Kolonialreichen. Kulturen und Imperien prallten auf dramatische Weise aufeinander, die einen dehnten sich weltweit aus, die anderen wurden vernichtet. Das Gesetz von Aufstieg und Fall erlebte jetzt weltweite Geltung. Seit dem 15. Jahrhundert definieren Kapitalismus und Imperialismus die Kräftestrukturen und Antriebsfaktoren der Internationalen Beziehungen zunehmend<sup>33</sup>. Karl Marx, Werner Sombart, Max Weber und Otto Hintze haben in Deutschland die Bedeutung des modernen Kapitalismus für die Geschichte und Systematik der Internationalen Beziehungen dargelegt. Während Marx eine revolutionär-katastrophenhafte Entwicklung determiniert, differenzieren Werner Sombart und Max Weber streng zwischen Sein und Sollen, zwischen Wirklichkeit und Utopie<sup>34</sup>. Während das Auge von Karl Marx durch ein "leidenschaftliches Wollen beständig die wissenschaftliche Erkenntnis trübte und eine Entwicklung des Wirklichen vorspiegelte, die tatsächlich den subjektiven Impulsen und Wunschbildern des Denkers folgte"35, beurteilten Werner Sombart und Max Weber den Kapitalismus kühl-sachlich als empirisches Phänomen, wobei sie zwischen Real- und Idealfaktoren unterscheiden. Doch blieben Teile Afrikas, Lateinamerikas und Asiens von dieser Entwicklung vorerst allenfalls peripher berührt.

Im Sinne von Max Weber begann jetzt folgende Paradoxon zu wirken: Im Zuge der globalen Ausweitung wurde der kapitalistische rationalistische Geist stärker, der gleichzeitig für die zunehmende Entzauberung der Welt verantwortlich wird.<sup>36</sup> Diese spannungsvolle Wechselbeziehung spüren wir heute besonders stark im Zeitalter von Globalisierung.

<sup>36</sup> Vgl. Max Weber a.a.O..

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Vgl. Adolf Rein, Die europäische Ausbreitung über die Erde, Potsdam 1931; Wolfgang Reinhard, Geschichte der europäischen Expansion, 4 Bde., Berlin, Köln, Mainz 1983, 1985, 1988, 1990.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, 2 Bde., Berlin, Leipzig 1902; Immanuel Wallerstein, The Modern World System, 3 Bde., New York 1974, 1980, 1989.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Vgl. Max Weber, Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Tübingen 1984.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Otto Hintze, Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, 2. erw. Aufl., Göttingen 1964, S. 377.

## **Technologischer Fortschritt**

Eine dritte Zäsur in der Geschichte der Internationalen Beziehungen lässt sich im Zuge der Erfindungen und des technologischen Fortschritts festmachen. Jetzt werden auch Ideen und Interessen zunehmend planetarisch verstanden: Die menschlichen Vorstellungen beziehen sich auf die ganze Welt: Weltreich, Weltherrschaft, Weltregion und Weltgeschichte reflektierten Weltbilder, also zeittypische Vorstellungen der Welt im deskriptiven Sinne. Ideale Universalvorstellungen gab es in mythischer und religiöser Form schon lange, aber Darstellungen der Welt als Ganzes in Karten-, Relief- oder Kugelform - dieses Phänomen von Welt und Weltpolitik als selbstverständliches Charakteristikum des 20. Jahrhunderts entstanden im Zuge von Entdeckungen und vor allem durch technologischen und kommunikativen Fortschritt seit dem 19. Jahrhundert<sup>37</sup>.

Internationale Beziehungen wurden seitdem mit spezifischen Weltbildern verknüpft, mit besonderen Vorstellungen von Weltordnung<sup>38</sup>. Gleichzeitig öffnete sich der Blick auf die verschiedenen Kulturkreise, Zivilisationen und Religionen, wenngleich im Mittelmeerraum Christentum und Islam sich bereits seit dem frühen Mittelalter gegenseitig wahrnahmen und nicht immer friedlich koexistierten, wie vor allem die Kreuzzüge eindrücklich belegen<sup>39</sup>.

In Europa entwickelte der Reichsgedanken aus der Tiefe des antiken Raumes seit dem Römischen Reich als Universalvorstellung besondere Bedeutung, wurde dann aber vom Staat abgelöst, der im Zusammenhang mit dem Modell des Machtgleichgewichts ordnungspolitisch dominierte<sup>40</sup>.

So bildete sich bis zum Ausbruch des 30jährigen Krieges aus europäischer Sicht eine Art Doppelsystem von Internationalen Beziehungen heraus: Vorrangig blieben Machtbeziehungen innerhalb Europas: Die

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Vgl. Heinz Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 1, Göttingen 1972, S. 11 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Vgl. Sönke Neitzel, Weltmacht oder Untergang: Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 2000; Hayden White, Metahistory, Die Historische Einbindungskraft im 19. Jh. In Europa, Frankfurt/Main 1991.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Vgl. Harald Kleinschmidt, Geschichte der internationalen Beziehungen, Ein systemgeschichtlicher Abriss, Stuttgart 1998, S. 37 ff..

Vgl. Karl Otmar von Aretin, Das Reich: Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648 bis 1806, Stuttgart 1986.

Könige von Spanien, Portugal oder England ebenso wie Handelsgesellschaften handelten nicht nur universal, sondern grenzten ihre Einflusssphären auch ab. Europäisches und globales System wurden getrennt wahrgenommen<sup>41</sup>.

## Westfälischer Friede und Beginn der Moderne

Der Westfälische Frieden von Münster und Osnabrück von 1648, am Ende des 30jährigen Krieges, markiert als 4. Zäsur den Beginn der Moderne, die Staatenwelt des Westfälischen Friedens. Seitdem stehen die Internationalen Beziehungen im Zeichen des Staates als zentralem Akteur. Das 16. und 17. Jahrhundert schafften die Voraussetzungen für Weltpolitik; so kann man den 7jährigen Krieg als ersten Weltkonflikt der Neuzeit interpretieren<sup>42</sup>.

Bis heute suchen Nationalstaaten regionale aber auch globale Positionen und Interessen. Sie formen sich zeitweilig zu Blöcken und Allianzen und seit dem 19. Jahrhundert zu Internationalen Organisationen, zunehmend ergänzt durch nichtstaatliche Organisationen. Doch die Weltmächte bleiben der Schlüssel für Weltpolitik, wenngleich die Bedeutung von regionalen und globalen Institutionen seit dem 20. Jahrhundert zunimmt. Weltpolitik, Weltstrategie, Weltwirtschaft, Weltkulturen besitzen jeweils keine Selbständigkeit; es gibt also kein unabhängig existierendes internationales System. Es definiert sich durch den widersprüchlichen Grundcharakter der Beziehungen untereinander im Geflecht von Interessen und Ideen. Weltpolitik umschreibt also seit dem Westfälischen Frieden kein stabiles System, sondern betont den Wirkungszusammenhang der Staaten mit Blick auf spezifische Konstellationen, Strukturen und Prozesse und bleibt ein Gewirr von diplomatischen, militärischen und anderen Aktionen, zum Teil staatlich geplant oder gesellschaftlichen Ursprungs, im Spannungsfeld von Krieg und Frieden sowie von Innen- und Außenpolitik. Dabei bestimmen drei Prinzipien bis heute die Internationale Staatenwelt<sup>43</sup>:

<sup>41</sup> Vgl. Harald Kleinschmidt, Geschichte der Internationalen Beziehungen, a.a.O., S. 125.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Vgl. Samuel F. Bemis, The Diplomacy of the American Revolution, Bloomington, Ind. 1957.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Vgl. hierzu: Ulrich Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus: Die Lehre von den internationalen Beziehungen, Frankfurt/Main 2001, S. 25 ff..

a. Das Territorialprinzip führt dazu, dass der souveräne Territorialstaat sich keiner höheren Instanz unterordnet. Dieser "Leviathan" im Sinne von Thomas Hobbes geht Bündnisse ein, duldet aber keine Minderung, Verringerung oder Auflösung des Territorialprinzips. Dieses Prinzip prägt bis heute den Grundcharakter von Internationaler Politik<sup>44</sup>.

- Im Unterschied zur (hierarchisch strukturierten) Innenpolitik, b. wo staatliches Gewaltmonopol, allgemein gültige Gesetze, einheitliche Staatsbürgerschaft mit Rechten und Pflichten, eine integrativ wirkende Kultur, gemeinsame geschichtliche Erfahrung, gemeinsame Sprache und eine Regierung für Einheit und Ordnung sorgen, bleibt das internationale System anarchisch. Ihre außenpolitischen Interessen vertreten die Staaten daher im Zeichen von Selbstbehauptung und Selbsthilfe: "deshalb wird jeder Staat zur bestmöglichen Wahrnehmung seiner Interessen und zur Behauptung seiner staatlichen Existenz sein Machtpotential maximieren"45. Die Staaten bestehen also auf Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als zentralem Bestandteil der Internationalen Beziehungen. Dieses Souveränitätsprinzip bestätigt den anarchischen Grundcharakter der Staatenwelt bei der Durchsetzung nationaler Interessen.
- c. Das Legalitätsprinzip soll die Beziehungen der Staaten untereinander auf gleichberechtigter und freiwilliger Basis regeln und den anarchischen Systemcharakter bändigen. Doch Verträge werden aus Interessenüberlegungen geschlossen, nur selten aufgrund gemeinsamer Ideen. Ergänzt wird das Legalitätsprinzip durch Diplomatie, die den Staatenverkehr professionell regelt: "Erst seit dem Westfälischen Frieden kann man von Internationalen Beziehungen zwischen Staaten sprechen, während zuvor eher der Begriff 'Interdynastische Beziehungen' angemessen scheint"<sup>46</sup>.

Von den modernen Theorien der Internationalen Beziehungen betont der außenpolitische Realismus in historischer Dimension diesen na-

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Vgl. hierzu grundsätzlich Herfried Münkler, Im Namen des Staates, Die Begründung der Staatsräson in der frühen Neuzeit, Frankfurt/Main 1987.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus a.a.O., S. 26.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Ebd. S. 27.

tionalstaatlichen Grundcharakter, in dessen Zentrum die Staatsräson und der Primat der Außenpolitik stehen.

Das Völkerrecht gehört ebenfalls zum westfälischen Staatensystem, wie von Hugo Grotius (1583-1645) mit seinen Schriften "Über die Freiheit der Meere" (1609) und "Vom Recht des Krieges und des Friedens" (1625) begründet. Grotius sucht den anarchischen Charakter der Internationalen Beziehungen durch vertragliche Regelungen zu mindern und den Krieg durch Verrechtlichung zu bändigen<sup>47</sup>.

Von 1648 bis zum Berliner Kongress 1878 entwickelte sich das klassische Völkerrecht als "Summe der Normen, die die Verhaltensweisen festlegen, die zu einem geordneten Zusammenleben der Menschen dieser Erde notwendig und nicht im innerstaatlichen Recht der einzelnen souveränen Staaten geregelt sind"<sup>48</sup>. In der Epoche von 1815-1919 strebte das Völkerrecht mit der Idee vom Machtgleichgewicht verbunden, eine völkerrechtliche Ordnung im Zeichen des christlicheuropäischen Gemeinschaftsbewusstseins, im Zeichen der Monarchie an. Die Gleichsetzung von Völkerrechtsgemeinschaft, Zivilisationsidee und Gleichgewicht war vor allem Anliegen der englischen Völkerrechtslehre, die dann das Kriegs- und Neutralitätsrecht fortentwickelte.

Im 20. Jahrhundert entwickelte sich das moderne Völkerrecht vor allem mit Wirkung auf internationale Organisationen<sup>49</sup>. Doch die totalitären Diktaturen in der Sowjetunion und in Deutschland forderten Internationale Politik und Völkerrecht durch die Ideologien vom "Nationalsozialismus/Faschismus" und "Kommunismus" heraus. Diese globalen Machtansprüche widersprachen den Bemühungen um Machtgleichgewicht. Das Streben nach Hegemonie und Weltherrschaft einerseits sowie die Idee des Machtgleichgewichts andererseits bilden bis heute die zentralen Pole in den Internationalen Beziehungen<sup>50</sup>, wobei durchaus Anspruch und Wirklichkeit zwischen Rechtstheorie und Staatenpraxis auseinanderklaffen.

<sup>47</sup> Vgl. Wilhelm Grewe, Epochen der Völkerrechtsgeschichte, Baden-Baden 1984.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Ignaz Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, 9. Aufl., Köln 1997, S. 1.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Vgl. Grewe, Epochen, a.a.O., S. 441 ff..

Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie, Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948.

22

#### Welt-Politik

Eine weitere Zäsur in der Geschichte der Internationalen Beziehungen lässt sich im 18. und 19. Jahrhundert ziehen, als außenpolitische Mittel und Praktiken, wie Diplomatie<sup>51</sup>, Militärstrategie<sup>52</sup> und Machtgleichgewicht für die dauerhafte Pflege der Beziehungen und der Lösungen internationaler Konflikte zunehmend global verstanden wurden. Internationale Politik entstand durch die Ausdehnung des europäischen Mächtekonzerts und durch Zügelung und Kodifizierung des Verhaltens der Staaten untereinander, welches durch Imperialismus und Welthandel dynamisiert wurde. Als dauerhafte Lösungen ausblieben, stieg zumindest das Problembewusstsein. Begriffsschöpfungen wie Weltkrieg und Weltrevolution, aus der Zeit der Französischen Revolution stammend, gewannen an Bedeutung.

Adam Smith (1723-1790) setzte vor allem auf gemeinsame Welthandelsinteressen als Schlüssel zur Kooperation im Internationalen System<sup>53</sup>. Weil Friedrich List (1789-1846) als erster den Begriff der Weltpolitik systematisch anwandte, gelten beide als Vorläufer und Wegbereiter für eine globale Perspektive von Internationalen Beziehungen. Ihre Ansätze reichen nicht für moderne Forschung aus, aber ohne Smith und List bleiben die ökonomischen Wurzeln von Globalisierung schwer verständlich<sup>54</sup>. In einem umfassenden Sinne entstanden in dieser Zeit folgende Weltbilder:

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Vgl. M. S. Anderson, The Rise of Modern Diplomacy 1450-1919, London 1993; Keith Hamilton, Richard Langhorn, The Practice of Diplomacy, London 1995.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Peter Paret, Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age, Princeton 1986..

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Vgl. Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen: eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen (1776), München 1978; weiterführend: Ian Simpson Ross, Adam Smith, Leben und Werk, Frankfurt/Main 1998; Franz X. Kaufmann, Hrsg., Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt/Main 1984; Gerhard Streminger, Adam Smith, Reinbek 1989.

Vgl. Friedrich List, Das Nationale System der Politischen Ökonomie (1841), 3. Aufl., Jena 1920; Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik: Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/Main 1987; zu den geistesgeschichtlichen Würzeln, siehe: Friedrich Sieburg, Chateaubriand, Stuttgart 1995, S. 406 ff.: "Das Universum wandelt sich rings um uns; neue Völker erscheinen auf die Bühne der Welt; erstaunliche Entdeckungen kündigen eine baldige Umwälzung in den Künste der Kriege und des Friedens an. Religion, Politik, Sitten, alles nimmt einen anderen Charakter an.... Der Atlantik ist nur noch ein Flüsschen, das man in wenigen Tagen überquert. Der politische Einfluss der Staaten, die sich in Amerika bilden, wird sich in Europa fühlbar

\_\_\_\_\_

#### 1. Die Welt als Plan.

Unter dem Einfluss der griechischen Philosophie, der christlichen Theologie und des Rationalismus der Renaissance entstand die Idee von der Welt als Plan. Das Völkerrecht hat unter dem Einfluss der Naturrechtler diese Vorstellung weiterentwickelt. Der Ursprung war religiös, nämlich der Plan Gottes für eine friedliche Welt. Er wurde von Dante im 14. Jahrhundert entwickelt.

Das Völkerrecht von Grotius, die Wirtschaftslehre von Adam Smith aber auch die Idee der kommunistischen Weltrevolution besitzen Plancharakter. Die Welt als Wille und als Vorstellung im Sinne von Schopenhauer könnte dabei Pate stehen, wobei revolutionäre Kraftakte oder evolutionäre Wege zur Verwirklichung der Welt als Plan gedacht werden.

## 2. Die Welt als Gleichgewicht.

Sie besitzt nicht die logische Struktur eines Planes oder die funktionale Strenge einer Organisation. Ihre Stabilität erklärt sich nicht aus Prinzipien, sondern aus den individuellen Eigenschaften der Teile, der Beziehungen untereinander und der sie beeinflussenden Kräfte. Als Analogien dienen das Gleichgewicht der Natur, die mathematisch mechanische Präzision oder anthropologische Vergleiche in Analogie vom Aufstieg und Fall von Staaten und Kulturen; auch biologische Analogien werden gezogen. Gleichgewichte können stabil oder instabil, statisch oder dynamisch, oszillierend oder unipolar ausgerichtet sein. Nicht Logik, sondern Beobachtung und Wahrscheinlichkeit sind vorrangig. 55 Vor Extremen wird (auch moralisch) gewarnt, Mäßigung

machen. Republiken halten einen unermesslichen Teil der Erde an den Ufern der beiden Ozeane besetzt. Bei diesen Völker, die in voller Jugendkraft stehen, in diesen noch jungfräulichen Ländern wird die perfektionierte Zivilisation des alten Europa einer machtvollen und energischen Natur Hilfe leisten. Die Maschinen Englands werden die Minen Amerikas ausbeuten. Dampfschiffe werden die Ströme hinaufgehen, in den als undurchdringlich verrufenen Wäldern werden die Eisenbahnen verkehren... Der Isthmos, der das eine Amerika mit dem anderen verbindet, wird seine Schranke durchbrechen. Die neue Marine, die ihre Bewegung dem Feuer verdankt, bietet den Meeren Trotz, es gibt keine Strömungen, Monsune oder Gegenwinde mehr. Geschosse von unbekannter Form und Gewalt werden erfunden", so Chateaubriand im Jahre 1825.

55 Zur Geschichte des Machtgleichgewichts siehe: Eberhard von Vietsch, Das europäische Gleichgewicht, Leipzig 1942; Paul Seabury, Hrsg., Balance of Power, San Francisco 1965; Edward v.- Gulick, Europe's Classical Balance of Power, New York 1967; Heinz Duchhardt, Balance of Power und Pentarchie 1700-1785, Paderborn 1997, (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen, Bd. 4).

**2**<del>1</del>

und Kompromiss gelten im Sinne von Gleichgewicht als höchste Tugend, wenn man die pluralistische Staatenwelt gleichgewichtig versteht und Koexistenz von Werten und Interessen entsprechend zu erhalten sucht. Zeit und Raum erhalten in dem Sinne Bedeutung, dass erst durch sie Dynamik und Bewegung in der Staatenwelt möglich werden.

## 3. Die Welt als Organisation.

Mit dieser Vorstellung werden die Strukturen und die Prozesse der Staatenwelt funktional analytisch verstanden. Die Analyse von Institutionen, von Verhandlungen und das Funktionieren Internationaler Organisationen, ihre Typologisierung und Wirkungsmöglichkeit stehen im Zentrum dieser Vorstellungswelt, die die Komplexität der Akteure im heutigen Weltsystem organisatorisch institutionell zu erfassen sucht.

## 4. Die Welt als geistige Gemeinschaft.

Diese Vorstellung geht von dem Ideal aus, dass die Menschheit durch gemeinsame Werte und Gefühle harmonisch vereint werden kann. Mythische, religiöse und idealistische Vorstellungen zeigen deterministische Untertöne, wie z.B. heute Fukuyamas These vom Ende der Geschichte. Diese Weltvorstellung ist nicht als objektive Beobachtung zu rechtfertigen, drückt aber den Glauben an Vernunft, Idee und Inspiration aus. Frieden, Brüderlichkeit, universale geistige Harmonie, klassenlose Gesellschaft, gute Nachbarschaft und vor allem die Gleichsetzung von privater und öffentlicher Moral, also eine gesinnungsethische Einstellung wirken als idealistischer Impuls auf die Internationalen Beziehungen.

#### 5. Die Welt als Feld.

Während die Welt als Plan zu einem zentralisierten Weltreich führen soll, die Welt als Gleichgewicht zu einem Gleichgewichtssystem, die Welt als Organisation zu einer komplizierten Weltföderation und die Welt als geistige Gemeinschaft zu einem allgemeinen demokratischen Verbund der Menschen, einer sog. Gesellschaftswelt, hat die Welt als Feld keine Bestimmung. Ihr offener Charakter verweist auf Chancen und Risiken, auf Vernunft und Wahn, auf Krieg und Frieden. Diese Vorstellung verweist auf Realismus und Idealismus als sich ergänzende ambivalente Zielbestimmungen menschlicher Existenz. Der

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte, München 1992.

Mensch muss, so könnte die Botschaft lauten, diese Welt als Feld verantwortungsvoll bewirtschaften, wissend, dass Krisen und Katastrophen wieder durch Frieden und Fortschritt abgelöst werden. Das antike Kreislaufmodell bildet die unsichtbaren Grenzen dieser Weltvorstellung.<sup>57</sup>

## Internationale Beziehungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Die letzte Zäsur betont die idealistische Seite von Internationalen Beziehungen. Die Zeit vom Wiener Kongress bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde als Hundertjähriger Frieden verstanden<sup>58</sup>. Nur wenige Idealisten warnten vor Wettrüsten, Imperialismus und nackter Machtpolitik. Dank idealistischen Engagements kam es zu den Haager Friedenskonferenzen<sup>59</sup>. In den USA wurde 1910 die Carnegie Stiftung for International Peace und die World Peace Foundation gegründet, um zukünftige Kriege zu verhindern. Nach den Schrecken des 1. Weltkrieges forderten die USA unter Führung von Woodrow Wilson eine liberal-idealistische Erneuerung der Internationalen Beziehungen, vor allem die Abkehr von traditioneller Machtpolitik. Neue Institutionen zur Erforschung der Internationalen Politik sollten diesen Prozess beschleunigen. E.-O. Czempiel erklärt deshalb den 30. Mai 1919 zum Geburtstag der Wissenschaft der Internationalen Beziehungen im Zeichen idealistischer Hoffnungen nach dem 1. Weltkrieg, als Amerikaner und Europäer auf der Pariser Friedenskonferenz die Gründung von Forschungsinstituten für Internationale Politik verabredeten<sup>60</sup>.

1920 wurden das Britische Royal Institute of International Affairs sowie der amerikanische Council on Foreign Relations gegründet. Sie sollten mit politikwissenschaftlichen Methoden bei der Realisierung des Weltfriedens mithelfen.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Vgl.hierzu grundsätzlich Quincy Wright, Betrachtungsweisen einer Disziplin der Internationalen Beziehungen, in: Uwe Nerlich, Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter, Bd. 1, Gütersloh 1966, S. 348-380

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Vgl. Karl Polany, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen (1944), Frankfurt/Main 1978.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Vgl. Jost Dülffer, Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenz von 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Frankfurt/Main 1981.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Ernst-Otto Czempiel, Hrsg., Die Lehre von den internationalen Beziehungen, Darmstadt 1969.

20

Doch nicht nur das realistische, sondern auch das idealistische Denken in den Internationalen Beziehungen besitzt Traditionen: Lohn Lockes (1632-1704) "Zweite Abhandlung über die Regierung" (1689) gilt als liberales Gegenstück zu Hobbes' Leviathan wie auch Jeremy Benthams' (1748-1832) Grundsätze für Völkerrechte und Frieden (1786/89). Als liberal-idealistischer Gründungsvater wird vor allem Immanuel Kant (1724-1804) angesehen mit seinem klassischen Text "Zum Ewigen Frieden" (1795), der aus "realistischer" Sicht kritisiert wurde von Friedrich von Gentz' (1764-1832) Plädoyer für ein Machtgleichgewichtssystem ("Über den Ewigen Frieden", 1800)<sup>61</sup>.

Die wissenschaftliche Etablierung der Internationalen Beziehungen als akademisches Fach erfolgte in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg. 1920 wurde die Deutsche Hochschule für Politik (DHfP) in Berlin gegründet. Ihr dritter Direktor, Arnold Wolfers (1892-1968), musste nach dreijähriger Tätigkeit 1933 emigrieren und wurde Professor an der Johns Hopkins Universität in Washington. Zusammen mit den beiden jüdischen Flüchtlingen Hans-Joachim Morgenthau und John Herz wurde Arnold Wolfers zum Mitbegründer des außenpolitischen Realismus in den USA<sup>62</sup>. In diesem Zusammenhang muss gerade der Zweite Weltkrieg als Rückkehr der Hegemonialpolitik in ihrer aggressivsten Form als veranlassendes Moment für außenpolitischen Realismus begriffen werden<sup>63</sup>.

In Deutschland prägte seit den 50er Jahren an der neuen DHfP, als "Otto Suhr-Institut der Freien Universität Berlin" wiedergegründet, Richard Löwenthal die Wissenschaft von der Internationalen Politik. An der Universität Freiburg waren es Arnold Bergsträsser<sup>64</sup>, in München Gottfried-Karl Kindermann<sup>65</sup> und in Köln / Bonn Hans-Peter

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Zur Bedeutung Kants für die liberal-idealistische Schule hat paradigmatische Bedeutung: Otfried Höffe, Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München 1999, S. 129 ff.; dazu kritisch: Christopher Layne, Cant or Cant: The Myth of the Democratic Peace, in: International Security, 19 (Herbst 1994) 2, S. 5-49.

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Arnold Wolfers, Discord and Collaboration, Essays on international Politics, Baltimore 1962.

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> Vgl. Martin Hollis, Steve Smith, Explaining and Understanding International Relations, Oxford 1990, S. 24.

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> Arnold Bergsträsser, Weltpolitik als Wissenschaft, Köln, Opladen 1965...

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Gottfried-Karl Kindermann, Hrsg., Grundelemente der Weltpolitik, Eine Einführung, München 1977.

 $\mathcal{L}$ 

Schwarz<sup>66</sup>, die die Disziplin im Zeichen von außenpolitischem Realismus prägten. In der Tradition des außenpolitischen Realismus wirken auch Werner Link, Universität Köln und Klaus Hildebrand, Universität Bonn<sup>67</sup>. An der Schnittstelle von Politikwissenschaft und Geschichte wird die Wissenschaft von der Außenpolitik im realistischen Sinne auch durch die Historiker Michael Stürmer und Gregor Schöllgen<sup>68</sup> inspiriert, die sich auch folgende Vertretern des außenpolitischen Realismus im 20. Jahrhundert verpflichtet fühlen: Edward Hallett Carr, Reinhold Niebuhr (1892-1971), Georg Schwarzenberger, George Kennan und nicht zuletzt Henry Kissinger<sup>69</sup>. Sie alle forschen im Sinne des realistischen Paradigmas der Internationalen Politik, das, von Thukydides begründet, auch im 21. Jahrhundert weiter wirken wird.

### THEORIEN DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Martin Wight fragt grundsätzlich nach dem Sinn von Theorien über Internationale Beziehungen<sup>70</sup>. Für die heutigen zum Teil theorieversessenen Analytiker der Internationalen Beziehungen ist

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup> Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

Werner Link, Der Ost-West-Konflikt: Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1988, ders., Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998; Klaus Hildebrand, Das Vergangene Reich: Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Berlin 1999.

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Michael Stürmer, Das ruhelose Reich, Deutschland 1866-1918, Berlin 1983; ders., Die Grenzen der Macht. Begegnungen mit der deutschen Geschichte, Berlin 1992; Gregor Schöllgen, Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991, München 1996; ders., Angst vor der Macht: Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Edward H. Carr, The Twenty Years' Crisis 1919-1939, London 1939; Reinhold Niebuhr, Die Kinder des Lichts und die Kinder der Finsternis, München 1947, ders., Christlicher Realismus und politische Probleme, Wien 1957; Georg Schwarzenberger, Machpolitik. Eine Studie über die internationale Gesellschaft, Tübingen 1955; George Kennan, Realities of American Foreign Policy, Princeton, N.J. 1954; Henry Kissinger, Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812-1822, Zürich 1986.

Martin Wight, Why Is There No International Theory?, in: Herbert Butterfield, Martin Wight, Hrsg., Diplomatic Investigations: Essays in the Theory of International Politics, London 1966, S. 17 ff..

\_\_\_\_\_

dies starker Tobak, der auf der Zunge brennt. Doch Wights Vorbehalte sollten bedacht werden. Für ihn erweisen sich Internationale Beziehungen als grundsätzlich theorieresistent, weil sie sich vielmehr durch Erfahrung erschließen und das spekulative Moment die Internationalen Beziehungen einer präzisen wissenschaftlichen Theorie entzieht. Folglich definiert Wight Theorie lediglich als "a tradition of speculation about relations between states (and) about the society of states"<sup>71</sup>.

Auch Hedley Bull, ein weiterer herausragender Realist der englischen Schule, hält wenig von der theoretischen Analyse des anarchischen Staatensystems<sup>72</sup>. Für Wight und Bull können allenfalls fünf Faktoren ordnend wirken: Das Mächtegleichgewicht, das Völkerrecht, die Diplomatie, die Beziehungen der Großmächte zueinander und der Krieg als letztes Mittel, wenn andere versagen. Wight und Bull glauben, dass sich Internationale Politik wegen der hochgradigen Heterogenität und Vielfalt menschlicher Existenz und staatspolitischer Praxis einer präzisen wissenschaftlichen Theoriebildung entzieht. Beide erkennen keine gesetzesmäßigen Verhaltensweisen, sondern lediglich historische Konstellationen.

Ihr britischer Kollege Edward Hallett Carr formuliert in diesem Zusammenhang pointiert: "Theorie does not (as the utopians assume) create practice, but practice theory"<sup>73</sup>. Nicht aus der Theorie, sondern aus der politischen Praxis leiten also außenpolitische Realisten Verhaltensnormen für die Internationale Politik ab. Nicht abstrakte Konstrukte, sondern Dialog und Erfahrung stehen im Vordergrund<sup>74</sup>.

Für die in den 1990er Jahren entstandene "konstruktivistische" Schule<sup>75</sup> stellt die gesellschaftliche Wirklichkeit eine wichtige Voraus-

7

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Vgl. Hedley Bull, The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics, London 1977; zur englichen Schule des Realismus, siehe: Robert M.A. Crawford, Idealism and Realism in International Relations, Beyond the Discipline, London, New York 2000, S. 118 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Carr, The Twenty Years' Crisis, a.a.O., S. 63.

Vgl. Ian Clark, Iver B. Neumann, Classical Theories of International Relations, Oxford 1999; vgl. auch Roger D. Spegele, Political realism in international theory, Cambridge University Press 1996.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Friedrich Kratochwil, Hrsg., Rules, Norms, and Decisions: On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs, Cambridge 1989; John Gerald Ruggie, Constructing the World Polity: Essays on International Institutionalization, London 1998; Alexander Wendt, Social Theory of

setzung dar: sie orientiert sich an der Prämisse, dass sich das Handeln der Akteure nicht an materiellen Interessen, sondern an Normen und Werten ausrichtete. Entstehung und Wirkung von Normen in der Internationalen Politik bilden das Hauptanliegen der Konstruktivisten<sup>76</sup>.

Wenn man sich also zu theoretischen Analysen durchringt, dann lässt man sich auf eine Sisyphosarbeit ein, denn die verwirrende Vielfalt der internationalen Phänomene muss für den wissenschaftlichen Erkenntniszugriff immer wieder neu geordnet und erschlossen werden<sup>77</sup>. Ist sinnstiftende Rekonstruktion auf diesem Hintergrund möglich? Im Sinne von John Herz, der Realismus und Idealismus stets zu kombinieren wusste, könnte man mit einem "Ja, aber' antworten: Wenn Relevanz und Irrelevanz, wenn Triviales und Wichtiges voneinander getrennt werden kann. Auch Herz beklagt den zunehmenden Verlust von realpolitischen Maßstäben und insgesamt einen wachsenden Realitätsverlust der akademischen Lehre(r). So monierte er, dass sie den Wertegegensatz zwischen Diktatur und Freiheit im Kalten Krieg relativierten und damit das Hauptproblem aus den Augen verloren hätten. Ferner kritisierte er die zunehmend unverständliche Wissenschaftssprache als Folge einer esoterischen Theoriediskussion, die zum Selbstzweck wurde und den Zwangscharakter vieler Theoriemodelle. In Wirklichkeit sucht sich der Gegenstand seine Theorie und nicht umgekehrt<sup>78</sup>. Seine Kritik bleibt auch nach 30 Jahren von brennender Aktualität.

Trotz intellektuellen Scharfsinns und blendender Verfeinerung der Methoden wird immer weniger Relevantes produziert, weil die zentralen zeitlosen Fragen und Faktoren vernachlässigt bzw. übergangen werden und stattdessen das Esoterische ins Zentrum rückt. Stanley Hoffmann erinnert daran, dass Werte und Institutionen nicht unpersönliche Kräfte sind, sondern durch Menschen geschaffen und entsprechend untersucht werden müssen. Nicht nur Strukturen und Systeme, sondern auch Werte und Gefühle, die Motive und Interessen

International Politics, Cambridge 1999; Peter Katzenstein, The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York 1996.

<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> Ulrich Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus, a.a.O., S. 220 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Vgl. Reinhard Meyers, Theorien internationaler Kooperation und Verflechtung, in: Wichard Woyke, Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Aufl., Bonn 2000, S. 419-58 (S. 421).

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup> Vgl. John Herz, Staatenwelt und Weltpolitik: Aufsätze zur internationale Politik, Hamburg 1974, S. 165 ff..

30

der Menschen müssen in den Internationalen Beziehungen analysiert werden, wobei zwischen rein deskriptiven und normativen Theorien unterschieden werden muss. Werten, so Hoffmann, gehört zu unserem Leben wie das Atmen. Wir tun es bewusst und unbewusst bei der Auswahl des empirischen Materials, der Begriffe und durch unsere Sichtweise. Auch durch unseren politischen und historischen Standort entsteht Subjektivität. Andererseits zeigt eine Wissenschaft, die sich nicht bewusst wertend äußert, wenig Orientierungsvermögen. Doch besteht die Gefahr, dass zuviel Wertung ohne empirische Forschung zu unfruchtbarem Moralisieren führt. Während empirische Forschung sich der Vergangenheit zuwendet, ist zukunftsorientierte Theorie stärker normativ ausgerichtet<sup>79</sup>.

Die Wissenschaft von der Internationalen Politik sollte also deutlicher unterscheiden zwischen den subjektiven Anschauungen und den objektiven Kräften und Beziehungen, die rückschauend die Handlungen sinnvoll erklären. Daraus ergeben sich drei zentrale Aufgaben für die Theoriebildung:

- 1. Die Suche nach Regelmäßigkeiten und Verallgemeinerungen, also nach Klassifizierung und Kategorisierung.
- 2. Die vergleichende Analyse, um das Typische herauszukristallisieren und
- 3. die Berücksichtigung des subjektiven menschlichen Faktors.

Auf diesem Hintergrund kann folgende Kategorisierung der Internationalen Beziehungen versucht werden:

- 1. Die Nationalstaaten bilden die Grundelemente von Internationaler Politik.
- 2. Mit weiteren Akteuren zusammen entsteht daraus die Struktur der Weltpolitik (in einer bestimmten Epoche oder Konstellation) mit Blick auf Machtverteilung, Rangordnung und Grundstruktur im Spannungsfeld von Kooperation und Konflikt.
- 3. Die Antriebskräfte prägen die Dynamik, die Prozesse im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel. Auch hier darf der

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> Vgl. Stanley Hoffmann, Probleme der Theoriebildung, in: Helga Haftendorn, Theorie der Internationalen Politik: Gegenstand und Methoden der internationalen Beziehungen, Hamburg 1975; in diesem Sinne von grundsätzlicher Bedeutung: Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie, Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Neuwied, Berlin 1963.

Analytiker die Gegebenheiten nicht nach Wunschvorstellungen, sondern muss sie unvoreingenommen betrachten. Er kann Faktoren für gut oder schlecht halten, darf Relevantes aber nicht ignorieren.

- Nach dem Wegfall der ideologischen Konfrontationsmuster im 4. globalen Maßstab und unter Berücksichtigung der neuen globalen Fragen sollten neben dem außenpolitischen Realismus weitere theoretische Ansätze herangezogen werden. Der internationale Liberalismus ist als wichtigste Weiterentwicklung des Idealismus entstanden, der sinnvoll durch Regimetheorien und Theorien der internationalen Organisationen ergänzt werden kann<sup>80</sup>. Der diffamierte geopolitische Ansatz sollte vorurteilslos berücksichtigt werden. Es war verständlich, dass aufgrund der Ideologisierung geopolitischer Überlegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg auf diesen Ansatz verzichtet wurde, doch heute ist eine Revision überfällig. Geopolitik, richtig verstanden, kann zum sinnvollen analytischen Handwerk der Wissenschaft von der Internationalen Politik werden<sup>81</sup>.
- 5. Außenpolitische Entscheidungsprozesse, die Analyse der Institutionen im Parteiensystem, die mit Außenpolitik befasst sind, das Verhältnis von Regierung und Opposition, die einzelnen außenpolitischen Interessengruppen und andere Faktoren verweisen auf die Relevanz der innenpolitischen Dimension<sup>82</sup>.
- 6. Schließlich stellt sich die Frage nach der außenpolitischen Kultur eines Landes. Die Urteilskraft, Erfahrung und Anschauungen der außenpolitischen Eliten, die Frage nach Tradition, außenpo-

 $^{80}$  Vgl. Michael Doyle, Ways of War and Peace: Realism, Liberalism and Socialism, New York 1997.

<sup>81</sup> Vgl. Brill, Heinz, Geopolitik heute, Deutschlands Chance?, Berlin 1994; Günter Wolkersdorfer, Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne, Heidelberg 2001; Stefan Fröhlich, Amerikanische Geopolitik: von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Landesberg am Lech 1998; kritisch: Yves Lacoste, Geopolitik: zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte, Wien 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>82</sup> Die Analyse von außenpolitischen Entscheidungsprozessen macht nur sehr wenig Fortschritte. Deshalb immer noch relevant: Helga Haftendorn, Verwaltete Außenpolitik: Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978; Dies., Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse in: Volker Rittberger, Hrsg., Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandaufnahme und Friedensperspektiven, Opladen 1990.

litischem Selbstbehauptungswillen, Bewusstsein für die Rollen in der Internationalen Politik (Schwarz/Besson) prägen die außenpolitische Kultur eines Landes. Auch hier hat die Disziplin in den letzten drei Jahrzehnten zu wenig Neues entwickelt<sup>83</sup>.

Die Theorie der Internationalen Beziehungen muss stärker die Mittel und Methoden berücksichtigen: Welche Prozesse, Techniken oder Institutionen werden für bestimmte Zielsetzungen eingesetzt? Wo wird nationalstaatlich gehandelt und wo ist es sinnvoll oder notwendig, gemeinschaftlich mit anderen Staaten zu handeln? Die Suche nach dem richtigen Verhältnis zwischen nationalstaatlicher und gemeinschaftsorientierter Politik, das Streben nach den besten Methoden zur Problemlösung bleibt Aufgabe der Theorieüberlegungen<sup>84</sup>. Diplomatie und Diplomatiegeschichte gehören zum zentralen Handwerkszeug der Internationalen Politik, werden aber akademisch sträflich vernachlässigt. Auch die Formen neuer gemeinschaftlicher Diplomatie kommen zu kurz.

Die Tendenz, Weltprobleme mit Hilfe von logischen Theorien allein lösen zu wollen, führt zu einer Scheinlogik und Realitätsverlust. Auch eine perfektionistische Ethik als moralischer Gradmesser der Theorie führt an der Realität vorbei. Andererseits zwingen Versäumnisse und Lücken des außenpolitischen Realismus sowie dessen status quo-Orientierung und pessimistische Grundhaltung zur Ausbalancierung durch den internationalen Liberalismus:

- 1. Im Zuge der Entspannungspolitik wurde seit den 70er Jahren das klassische realistische Sicherheitsdilemma relativiert, weil durch Elemente der Kooperation ideologische Gegensätze gemindert werden konnten. Seit der Zeitenwende 1989/90 hat der Umfang an nichtmilitärischen Sicherheitsproblemen zugenommen, auch hierauf muss der außenpolitische Realismus verstärkt antworten.
- 2. Im Zuge der Ölkrise 1973/74 wurde deutlich, dass der außenpolitische Realismus wirtschaftspolitische Probleme in der

<sup>&</sup>lt;sup>83</sup> Nach wie vor relevant: Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970; Hans-Peter Schwarz, Hrsg., Handbuch der Deutschen Außenpolitik, München 1975.

<sup>&</sup>lt;sup>84</sup> Vgl. hierzu Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Weltmacht wider Willen? Berlin 1997, S. 509.

Weltpolitik zu sehr vernachlässigte bzw. mit seinem primär konfrontativen Grundmuster der Internationalen Politik verkannte<sup>85</sup>.

- 3. Die Stärke des außenpolitischen Realismus lag in der schonungslosen Analyse des Ost-West-Konflikts. Doch seit der Zeitenwende 1989/90 und angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich (auch im Zuge von Globalisierung) erfordert diese neue Nord-Süd-Dimension auch kooperative integrationspolitische Methoden und Ansätze<sup>86</sup>.
- 4. Inzwischen bestimmt nicht nur der Nationalstaat mit seinem Anspruch auf Souveränität und Nichteinmischung als alleiniger Akteur die Weltpolitik, sondern Gemeinschaftsinstitutionen, ökonomische und gesellschaftliche Akteure treten hinzu und erfordern theoretische Verfeinerung zur Erklärung der Internationalen Beziehungen. So konnte der außenpolitische Realismus nur teilweise theoretische Erklärungen zum europäischen Integrationsprozess liefern.
- 5. Die klassische Trennung von Innen- und Außenpolitik, vor allem der Primat der Außenpolitik hat an Bedeutung verloren, transnationale Erklärungsmodelle bleiben wichtig<sup>87</sup>.
- 6. Die ökonomische Verflechtung der westlichen Industriegesellschaften zwingt zu neuen Formen verflochtener Interessen jenseits des nationalstaatlichen Interesses.

<sup>&</sup>lt;sup>85</sup> Die Energiekrise Mitte der 70er Jahre war Auslöser für die Entwicklung zum Neorealismus und strukturellem Realismus. Vgl. hierzu: Kenneth N. Waltz, Theory of International Politics, Reading, Mass. 1979; Stephen D. Krasner, State Power and the Structure of International Trade in: World Politics 28 (1976) 3, S. 317-347; Robert G. Gilpin, The Political Economy of International Relations, Princeton, N.J. 1987; ders., War and Change in World Politics, New York 1981. Diese drei bilden das Triumvirat des sog. ökonomischen Realismus als Antwort auf die entsprechenden Versäumnisse des klassischen außenpolitischen Realismus von Hans Morgenthau; vgl. hierzu auch: Reinhard Meier-Walser, Neorealismus ist mehr als Waltz, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 1 (1994), S. 115-162.

<sup>&</sup>lt;sup>86</sup> Vgl. David Landes, Wohlstand und Armut der Nationen, Berlin 1999.

Nach wie vor relevant: Karl Kaiser, Transnationale Politik, in: Ernst-Otto Czempiel, Hrsg., Die Anachronistische Souveränität: zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, Köln 1969, S. 80-109. Mit Blick auf die theoretischen Grundlagen der Disziplin .hat Kaisers transnationales Modell die prinzipielle Trennung von Innen- und Außenpolitik reduziert, den Blick für neue Wechselwirkungen geschärft und v.a. die wachsende Bedeutung von internationalen Organisationen, nicht-staatlichen Akteuren und internationalen Regimen ausgeleuchtet.

JT

7. Nicht allein das realistische Freund-Feind-Schema als grundlegendes Konfrontationsmuster im Weltsystem gilt es zu berücksichtigen, sondern auch die Zusammenarbeit von Staaten und Akteuren erfordert ebenso die Einbeziehung von kooperativen kulturellen und zivilisatorischen Kategorien<sup>88</sup>. Vor allem mit Blick auf die neuen globalen Fragen und regionale Integrationsprozesse werden neue integrationspolitische Ansätze zwingend.

- 8. Krieg als Mittel der Politik ist seit der Zeitenwende und dann im Zuge des 11. September 2001 immer komplexer geworden. Auch nichtstaatliche Akteure wie nationale Befreiungsbewegungen nehmen daran teil. Kriege und Bürgerkriege haben seit den 70er Jahren zugenommen und haben seit der Zeitenwende 1989/90 eine weitere Aufwertung erfahren<sup>89</sup>. Doch erfordern diese neuen Unübersichtlichkeiten zwischen Krieg und Frieden nach wie vor außenpolitischen Realismus<sup>90</sup>.
- 9. Macht und Interesse bleiben zur Analyse der Internationalen Beziehungen relevant, doch haben sich die Quellen und Formen von Macht verändert bzw. erweitert. Als zentraler Akteur in der Weltpolitik gilt nicht mehr alleine der militärische Machtstaat, sondern auch der ökonomische Handelsstaat Hieraus ergibt sich, dass kein theoretischer Ansatz exklusiv die Internationalen Beziehungen erklären kann, sondern dass die Methoden je nach Frage- und Aufgabenstellung variieren.

<sup>88</sup> Vgl. Markus Jachtenfuchs, Beate Kohler-Koch, Hrsg., Europäische Integration, Opladen 1996; Michael Kreile, Hrsg., Die Integration Europas, Opladen 1992 (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23).

<sup>&</sup>lt;sup>89</sup> Vgl. Herfried Münkler, Gewalt und Ordnung, Das Bild des Krieges im Politischen Denken, Frankfurt/Main 1992; Klaus Jürgen Gantzel, Thorsten Schwinghammer, Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1992, Daten und Tendenzen, Münster 1995; Klaus Jürgen Gantzel, Kriegsursachen – Tendenzen und Perspektiven in: Ethik und Sozialwissenschaften, (1997) 8, S. 257-66.

<sup>&</sup>lt;sup>90</sup> Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Hrsg., Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum Erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg, Berlin, Bonn 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>91</sup> In historischer Dimension vgl. Michael Mann, Geschichte der Macht, 3 Bde., Frankfurt/Main 1991-1998.

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Vgl. Richard Rosecrance, Der neue Handelsstaat: Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/Main 1987; mit Blick auf die Rolle der Bundesrepublik siehe: Michael Staack, Handelsstaat Deutschland: Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn 2000

\_\_\_\_\_

Theorieentwürfe reflektieren auch den Kampf um Paradigmenhegemonie im Wissenschaftsbetrieb. Die einen suchen die Totalität einer beherrschenden Makrotheorie, andere suchen alternative Großtheorien und wiederum andere betonen die Notwendigkeit des Synthese verschiedener größerer und kleinerer Methoden und Ansätze. Welches Maß an Realismus oder Idealismus, an historischer Analyse, an Regimetheorie oder struktureller Analyse notwendig ist, entscheidet sich jedoch erst mit Blick auf die politische politikwissenschaftliche Konstellation. Die Situation, die Konstellation sucht sich ihre Theorie, nicht umgekehrt.

In der Theoriediskussion wiederholt sich seit der Antike vieles, was andere oft schon klug und weise im Laufe der Jahrhunderte dargelegt haben. So stellte de Tocqueville fest, dass die bedeutsamsten Ideen der Menschheit auf eine relativ kleine Anzahl von Systemen zurückzuführen ist, die vergleichend verurteilt werden können<sup>93</sup>.

Abschließend bleibt festzustellen, dass kein Theorieansatz für sich alleine gestellt der Komplexität der Realität gerecht wird. Die verschiedenen Theorien gleichen vielmehr im Sinne von Karl Popper<sup>94</sup> Netzen, die wir auswerfen, um die Welt einzufangen, sie zu verstehen und zu erklären.

### DIE STRUKTUR DES INTERNATIONALEN SYSTEMS

## Vom außenpolitischen Primat zur transnationalen Interdependenz?

Mit und in Außenpolitik nimmt die im souveränen Nationalstaat organisierte Gesellschaft ihre Interessen gegenüber ihrem Internationalen Umfeld wahr<sup>95</sup> Diese Interessen stehen im Spannungsfeld von Internationaler Politik und den innenpolitischen Wirkungsfaktoren auf die Internationale Politik. Außenpolitik bezieht sich somit auf Handlungsstränge, Prozesse und Strukturen. Außenpolitik steht dabei in

<sup>&</sup>lt;sup>93</sup> vgl. Alexis de Tocqueville, Autorität und Freiheit, Leipzig, Stuttgart 1925, S. 151 aus de Tocquevilles Rede über Politik als Wissenschaft vom 3.4.1852

<sup>&</sup>lt;sup>94</sup> Karl Popper, Logik der Forschung, Tübingen 1976, S. 31.

<sup>&</sup>lt;sup>95</sup> Reinmund Seidelmann, Außenpolitik, in: Wichard Woyke, Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 2000, S. 1 f..

30

Wechselwirkung von gesellschaftlichen, nationalen, regionalen und Internationalen Faktoren. Sie unterscheidet sich bis heute in ihrer spezifischen Form nach Organisation und Reichweite von der Innenpolitik. Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft haben sich wiederholt mit der Frage auseinandergesetzt, in welchem Verhältnis äußere und innere Politik eines Staates zueinander stehen. Dabei bestand nie Zweifel über ihre enge wechselseitige Beziehung. Die traditionelle Auffassung neigt dazu, in der Innenpolitik eine überwiegend Funktion des außenpolitischen Behauptungswillens eines Staates, der Staatsräson zu erblicken: "Staatsräson ist die Maxime staatlichen Handelns, das Bewegungsgesetz des Staates." .... "Die Vernunft des Staates besteht also darin, sich selbst und seine Umwelt zu erkennen und aus dieser Erkenntnis die Maxime des Handelns zu schöpfen.

Diese Erkenntnis von Friedrich Meinecke bildete den Hintergrund für die Kontroverse um den Primat von Innen- oder Außenpolitik. Dabei geht es nur auf den ersten Blick um ein Entweder-Oder: Geht es um die außenpolitischen Faktoren oder um die innenpolitischen Belange und Motive, wenn z.B. Schlüsselfragen von Krieg und Frieden oder Macht und Interesse analysiert werden?

In der Lehre der Internationalen Beziehungen war die Ranke-Tradition vom außenpolitischen Primat für lange Zeit prägend und in der Tradition des Historismus auch nach dem 2. Weltkrieg vor allem mit dem Wirken von Friedrich Meinecke, Ludwig Dehio, Gerhard Ritter und Andreas Hillgruber verbunden. Außenpolitischer Realismus und der Primat der Außenpolitik gehören zusammen. Macht, Interesse, Gleichgewicht und die Idee der Staatsräson sind für beide zentral. Der Primat der Außenpolitik kann also verstanden werden als Forderung nach kraftvoller und machtvoller Außenpolitik, aber auch als methodisches Prinzip.

In den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts geriet diese Auffassung unter Druck, jetzt wurde die Analyse der innenpolitischen Bedingungsfaktoren von Außenpolitik gefordert. Ist Außenpolitik Außenpolitik? Wurde provokant gefragt<sup>96</sup>. Außenpolitik wurde zunehmend auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückgeführt. Dabei wurde auf die

<sup>&</sup>lt;sup>96</sup> Ekkerhard Krippendorf, Ist Außenpolitik Außenpolitik, in: PVS (Politische Vierteljahresschrift), 3 (Sept. 1963), S. ??

bahnbrechenden Arbeiten von George v. Hallgarten und Eckhart Kehr zurückgegriffen<sup>97</sup>.

Die Kritiker des außenpolitischen Primats haben die Diskussion maßgeblich befruchtet, doch trotz allen Gedankenreichtums der Verfechter des innenpolitischen Primats wird heute deutlich: Es geht nicht um ein Entweder-Oder, also ob seinerzeit Friedrich Meinecke oder Eckhart Kehr Recht hatten, sondern um ein Sowohl-Als auch. Interdependenz in der Internationalen Politik und theoretisches Zusammenwirken unterschiedlicher Auffassungen sind für die Analyse der Internationalen Beziehungen heute notwendig, um das beste aus den beiden konkurrierenden Vorstellungen zu entdecken. Doch nachdem sich der Pulverdampf nach dem Kampf der beiden Schulen verzogen hat, wird klar: Der Vorrang der äußeren Staatsaktionen bleibt zentral. Allerdings dürfen die materiellen und innenpolitischen Grundlagen von Außenpolitik, insbesondere unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten, auf keinen Fall vernachlässigt werden. Doch die These, Außenpolitik ließe sich von innenpolitischen und gesellschaftlichen Eigengesetzlichkeiten ableiten ist nicht haltbar, denn die obersten Bewegungsgesetze für außenpolitisches Handeln liegen primär im Feld der Internationalen Beziehungen.

Im übrigen hat Ranke selbst keinem primitiven außenpolitischen Primat das Wort geredet. In den "Großen Mächten" und im "politischen Gespräch" zeigen sich sein Scharfsinn für Interdependenz: "Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, um sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz". Auch Ranke wusste von den innenpolitischen Zwängen. Auch Otto Hintze hat die Interdependenz zwischen außenund innenpolitischen Faktoren erkannt, als "zwei besondere Seiten oder Aspekte einer und derselben historischen Entwicklung"<sup>98</sup>.

Der Frage nach den außenpolitischen Handlungsmaximen des Staates im Geiste von Friedrich Meineckes Staatsräson sind in der Bundesrepublik vor allem Waldemar Besson, Hans-Peter Schwarz und Wer-

<sup>98</sup> Hintze, Wirtschaft und Politik im Zeitalter des modernen Kapitalismus, in: ders., Soziologie und Geschichte, Göttingen 1964, S. 452

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Eckhart Kehr, Der Primat der Innenpolitik, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1970, George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914, Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg, 2 Bde., München 1951 (1933 fertig gestellt)).

ner Link nachgegangen. Nicht nur das Gesetz des eigenen Handelns, auch die Handlungsweise der Nachbarn und Rivalen, also die Erkundung der Staatsräson der anderen konkurrierenden Staaten, vor allem der Großmächte ist für die Bestimmung der Staatsräson des eigenen Staates notwendig.

Die Frage nach der Staatsräson bezieht sich also nicht nur auf den Primat der Außenpolitik mit Blick auf das eigene Land, sondern 2. auf die Staatsräson in anderen Staaten und 3. auf die Internationale Struktur, die alle Staaten einordnet und 4. auf die innere Struktur des eigenen und 5. auf die innere Struktur der anderen Staaten.

Dieses umfassende Erkenntnisinteresse ist viel weiter gefasst als der außenpolitische Primat. Auch der Begründer des strukturellen Realismus, Kenneth N. Waltz reflektiert die anhaltende Bedeutung von Meineckes Idee der Staatsräson: "Jeder Staat gelangt zu seinen Politiken und entscheidet über Aktionen gemäß seines internen Prozesses, aber seine Entscheidungen werden durch die bloße Existenz anderer Staaten und durch die Interaktionen mit ihnen gestaltet....."99. Hierbei wird deutlich, dass der Primat der Außenpolitik nicht durch einen Primat der Innenpolitik ersetzt wird, sondern dass "der expandierenden Realität der Innenpolitik mit ihrem Bestimmungs- und Mitbestimmungsanspruch Rechnung getragen wird, ohne sie zu verabsolutieren"<sup>100</sup>.

Die innere Struktur des Staates ist ein wichtiges Element für die außenpolitische Staatsräson, allerdings nur in Relation zur internationalen Struktur.

Schon für die Historiker der deutschen Aufklärung war die Wechselwirkung von außen- und innenpolitischen Faktoren selbstverständlich, wie die Arbeiten von Johann Jakob Schmaus (1690-1775), Johann Heinrich Gottlob von Justi (1717-1771) oder auch Arnold Hermann Ludwig Heeren (1760-1842) zeigen. So dachte Heeren bereits in Kategorien der Interdependenz, wenn es ihm darum ging, "in das Innere (des Staates) einzudringen" und nach Ursachen zu fragen, die "nicht bloß in äußeren Zufälligkeiten, sondern in den herrschenden Ideen und

Karl Dietrich Bracher, Kritische Betrachtungen über den Primat der Außenpolitik, in: Faktoren der politischen Entscheidung,. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, Hrsg., Gerhard A. Ritter und Gilbert Ziebura, Berlin 1963, S. 131

<sup>&</sup>lt;sup>99</sup> Kenneth N. Waltz, Theory of International Relations, in: Handbook of Political Science, Vol. 8, Reading Mass. 1975, S. 1-87

Ansichten der verschiedenen Zeitalter und nicht weniger der Persön-

lichkeit der dirigierenden Männer" begründet wären<sup>101</sup>. Schon im 19. Jahrhundert beobachtete Heeren transnationale Prozesse, die Zunahme internationaler Organisationen, die Durchdringung von innen- und außenpolitischen Faktoren nicht zuletzt unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten.

Karl Kaiser hat auch unter Berücksichtigung dieser frühen Überlegungen sein Konzept der transnationalen Politik entwickelt. "Im Gegensatz zur älteren Staatstheorie, die die Internationalen Beziehungen quasi als Tangenten begriff, die die politischen Systeme nur an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide in der Autorität des Landesherrn berühren, muss sich also unser heutiges Interesse auf die Interaktionsprozesse richten, die die nationalstaatlichen Grenzen überschreiten"<sup>102</sup>.

Kaisers Ansatz von transnationaler Politik hat angesichts der Dynamik von Globalisierung weiter an Bedeutung gewonnen. Globalisierung, verstanden als Beginn des "Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und quer verbunden werden"<sup>103</sup>, bekräftigt Kaisers Überlegungen. Doch ließ sich im Kalten Krieg das Moment der Transnationalität nur auf die demokratischen Industriestaaten übertragen. Schlussfolgerungen auf den Ost-West-Konflikt bzw. auf kommunistische Staaten und Staatensysteme blieben weitgehend aus.

# Die Nationalstaaten im Spannungsfeld von Konfrontation und Integration

Der Zerfall der Imperien zu Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnete ein neues Zeitalter des Nationalstaates<sup>104</sup>. Vor allem die explosive Verbindung von Selbstbestimmungsrecht und Ethno-Politik in Woodrow

<sup>103</sup> Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt/Main 1997, S. 28 f..

<sup>&</sup>lt;sup>101</sup> Wilfried Loth, Jürgen Osterhammel, Hrsg., Internationale Geschichte, Themen-Ergebnisse-Aussichten, München 2000.

<sup>&</sup>lt;sup>102</sup> Kaiser, Transnationale Politik, a.a.O., S. 82.

Vgl. Jürgen Osterhammel, Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen, in: Wilfried Loth, Jürgen Osterhammel, Hrsg., Internationale Geschichte: Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000, S. 387-408.

40

Wilsons 14 Punkten veränderte die Weltkarte nachhaltig. Gleichzeitig überlebten jedoch Imperien wie Großbritannien; Frankreich gewann sogar deutsche und osmanische Kolonialgebiete hinzu<sup>105</sup>.

So entwickelte sich im Widerstreit mit den Imperien der Nationalstaat, der sich dann in den 30er Jahren - zum Teil stark ideologisiert - erneut hegemonial gerierte. Das 20. Jahrhundert stand im Zeichen des wertebezogenen Dreikampfs zwischen atlantischen Demokratien, Nationalsozialismus/Faschismus und Sowjetkommunismus. Erst nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 und dem des Sowjetimperiums 1989/90 wurde der Weg frei für die Idee des von Ideologien befreiten Nationalstaats.

Die Geschichte der Staatenwelt zeigt auch nach dem 2. Weltkrieg, dass Menschen und Staaten zwar universale Werte im Auge behalten, aber vor allem ihre Eigeninteressen hartnäckig verfolgen. Zur Analyse bedarf es also nach wie vor der Kategorie des nationalen Interesses, weil sie Forderungen, Vorstellungen, Ideen und Machtambitionen bündelt, die von den führenden Außenpolitikern artikuliert werden und wiederum bestimmte politische Parteien und gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Gruppierungen repräsentieren <sup>106</sup>.

Im Gegensatz zum konfliktgeladenen Freund-Feind – Schema von Carl Schmitt<sup>107</sup> und im Unterschied zu idealtypischen szientistischen Vernunftmodellen der Außen- und Internationalen Politik verweisen Begriff und Konzept des nationalen Interesses auf Sachlichkeit und Kompromissfähigkeit: Dies sind die Voraussetzungen für jede Diplomatie über ideologische, religiöse oder moralische Gegensätze hinweg.

Nationales Interesse ist die umfassende Beschreibung des gesamten Wertekomplexes der Außenpolitik. Zur Klärung der Außenpolitik eines Landes ist der Begriff nützlich, weil er auf umfassender Weise eine Wunschperspektive umschreibt und gleichzeitig eine Vergleichsmöglichkeit für diese Wünsche mit der tatsächlichen Politik

Vgl. auch Jürgen Osterhammel, Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaates, Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen 2001, S. 33 ff..

Vgl. Joseph Frankel, Nationales Interesse, München 1971; Christian Hacke, Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands, in: Karl Kaiser, Joachim Krause, Hrsg., Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3: Interessen und Strategien, München 1996, S. 3-13.

<sup>&</sup>lt;sup>107</sup> Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Hamburg 1933.

4)

ermöglicht; So wird der Begriff zu einem allgemein gebräuchlichen Kriterium für die Bewertung der Außenpolitik eines Landes, weil er vor allem langfristig die Interessen eines Landes darlegt und damit den Vergleich zu den anderen Staaten oder die Analysen zwischenstaatlicher Beziehungen Punkt für Punkt ermöglicht, gleichgültig, ob diese Beziehung neutraler, freundschaftlicher oder feindlicher Natur sind. Die Analyse der Interessen anderer Staaten ergibt im Vergleich zur eigenen Interessenlage den Umriss einer spezifischen Interessenkonstellation. Das Erkennen der Interessenperspektiven anderer Staaten verdeutlicht wiederum die Grenze der eigenen Interessen und bestimmt damit die Forderung des eigenen Interesses wesentlich mit. Im Sinne des außenpolitischen Realismus von Hans Morgenthau wird der Begriff subjektiv und objektiv verstanden. Subjektiv bleibt folgende Definition von Arnold Bergsträsser gültig: "Unter Interesse wird verstanden die der Bildung des politischen Willens zugrunde liegende Sorge um Gegenwart und Zukunft der Daseinsstruktur des außenpolitisch vertretenen Volks- und Gesellschaftskörpers. Was also im Einzelfall als Interesse gilt, ist das Ergebnis konkreter Daseinslagen einerseits und geistig bestimmter Auffassung von Sinn und Ziel der Außenpolitik andererseits"<sup>108</sup>. Objektiv kann unter dem Begriff ein Verhalten verstanden werden, "dessen Realisierung in einer konkreten historischen Situation, insbesondere den existentiellen Belangen eines Staates (Sicherheit, Macht, Wohlfahrt) in maximaler Weise entspricht"<sup>109</sup>. Der Begriff ergibt ferner Sinn, weil die Internationale Welt - bestehend aus knapp zweihundert Nationalstaaten - ohne diesen Begriff nur unzureichend analysiert werden kann. Allerdings zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, dass das nationale Interesse durch neue transnationale Entwicklungen verdünnt wird. Der Nationalstaat wird dadurch zu stärkerer Interdependenz und Kooperation verpflichtet. Damit wird das nationale Interesse von der alten Verbindung mit Souveränität gelockt, gleichzeitig aber mit der Interdependenz stärker verknüpft.

Zur Wechselwirkung zwischen Interesse und Ideen gilt nach wie vor Max Webers Diktum: "Interessen (materielle und ideelle), nicht die Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber die Weltbilder, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>108</sup> Bergsträsser, Weltpolitik a.a.O., S. 37.

<del>4</del>2

Weichensteller die Bahnen bestimmt in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte."<sup>110</sup>

Das nationale Interesse ist das Produkt von Spannung und Konflikt zwischen öffentlicher Meinung, Parlament und Regierung. Die Durchsetzung dieser Interessen liegt primär bei der Regierung, aber Parlament und öffentliche Meinung sind an der Formulierung inhaltlich beteiligt. Eine Außenpolitik im Namen des nationalen Interesses verlangt Disziplin. Nur dann ist es für die Handelnden ein Schlüssel für ausgleichende Außenpolitik und bewahrt vor übertriebenen Hoffnungen sowie ideologischer Verblendung. Der Begriff erfährt seinen Wert dadurch, dass er zur Resultante eines innenpolitischen Kräftespiels wird, das zugleich den Unterschied zwischen Partikularinteressen einzelner gesellschaftlicher und politischer Gruppen und den Interessen der Nation als Ganzer verdeutlicht, und dieses sich wiederum von globalen Interessen absetzt.

Die Vertreter der großen Mächte nehmen in den Internationalen Beziehungen folglich eine Schlüsselstellung ein. In diesem Sinne müsste nach wie vor die Diplomatiegeschichte, vor allem der großen Mächte, die Disziplin der Internationalen Beziehungen beschäftigen<sup>111</sup>, denn Struktur und Dynamik der Internationalen Beziehungen resultieren aus der Verteilung der Macht zwischen den Staaten<sup>112</sup>. Weil das internationale Staatensystem keine übergeordnete Autorität kennt, bleibt das Nationalinteresse vor allem der großen Mächte das zentrale Bewegungsgesetz. Die Selbsthilfe des Staates zum Schutz vor Aggression durch Schaffung von Sicherheit bleibt entscheidend. Kleine Staaten suchen durch Anlehnung an große Mächte, durch Bündnisse oder durch Neutralität Sicherheit. Trotz des anarchischen Grundcharakters der Internationalen Beziehungen gibt es Muster und Regelhaftigkeiten. So entfalten Machtbalancen stabilisierende Wirkung<sup>113</sup>. Dabei oszilliert die Staatenwelt zwischen unipolaren oder imperialen, bipolaren oder zersplitterten Systemen. Alle Staaten handeln unter diesem machtpolitischen Zwang zur Anpassung: Kleinere Staaten müssen sich taktisch an die Internationalen Entwicklungen anpassen, während die großen Mächte die Anpassung der Politik der kleineren Staa-

.

<sup>113</sup> Vgl. Jürgen Hartmann, Internationale Beziehungen, Opladen 2001, S. 37.

 <sup>&</sup>lt;sup>110</sup> Zit. Nach: Marianne Weber, Max Weber – Ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 347 f.
 <sup>111</sup> Vgl. Christian Hacke, Die Großen Mächte, in: Karl Kaiser, Hans-Peter Schwarz, Hrsg., Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 316-36.

Siehe Waltz, Kenneth, Theory of International Politics, Reading u.a. 1979, S. 95 ff..

π<sub>J</sub>

ten an die eigenen Interessen zu erreichen suchen, durch Druck, durch Anreize oder Garantien im weiteren Sinne. Während in einer bipolaren Konstellation die (militärischen) Drohpotentiale direkt und undiplomatisch gegenüber gestellt werden, und Diplomatie ideologisiert, d.h. vom eigentlichen Kern entfernt wird, wird in multipolaren Konstellationen sowohl diplomatisch als auch sicherheitspolitisch oft "über die Bande" gespielt, d.h. es dominiert eine diskrete Konkurrenzdiplomatie<sup>114</sup>. Mit Blick auf die Zeit nach 1990 fällt auf, dass vor allem Neorealisten neue und wichtige Fragestellung aufgreifen<sup>115</sup>. Nicht mehr die alten Ideologien aus der Ideenwelt des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wie Nationalsozialismus oder Kommunismus, sondern Demokratie, Liberalismus, Marktwirtschaft schaffen sich neue Wirkungsräume. Entsprechende Weltbilder, wie der liberale Internationalismus, beschleunigen Globalisierung und manifestieren sich in der gewachsenen Dominanz der USA. Liberaler Internationalismus zeigt als wissenschaftliche Methode zur Analyse der Internationale Beziehungen seine idealistisch-deskriptive Seite; die andere Seite verweist auf die machtpolitisch-rechtfertigende, wenn die USA als weltweites Modell für liberale Werte gerade von den amerikanischen Vertretern der Wissenschaftsdisziplin ins Zentrum gerückt wird. Internationaler Liberalismus dient also auch der Rechtfertigung von Amerikas Weltmachtgeltung.

Die führenden Vertreter des außenpolitischen Realismus wie Hans Morgenthau, George Kennan, Robert Gilpin, Paul Kennedy und Henry Kissinger befürworten zwar eine zentrale Rolle der USA, sie kritisieren aber ihre Außenpolitik, wenn sie durch globales Sendungsbewusstsein ideologisiert gerechtfertigt wird. So gehörten Hans Morgenthau und George Kennan zu den ersten prominenten Kritikern des Vietnam-Krieges Anfang der 60er Jahre<sup>116</sup>. Es sind also vor allem Realisten, die die Hegemoniebestrebungen der USA kritisierten.

.

<sup>&</sup>lt;sup>114</sup> Das Bild von den Internationalen Beziehungen als Billardspiel stammt von Arnold Wolfers, Macht und Indifferenz, Über das Verhalten der Staaten, in: Uwe Nerlich, Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt, Bd. II, Gütersloh 1966, S. 360.

Die beste Übersicht über die "Modernisierungsdebatte" des außenpolitischen Realismus gibt Benjamin Frankel, Hrsg., Roots of Realism, London 1996 und ders., Hrsg., Realism: Restatements and Renewal, London 1996; vgl. auch Graham Allison: Rethinking America's Security, Beyond Cold War to New World Order, New York 1992.

Hans Morgenthau, Vietnam and the United States, Washington D.C. 1965; zu Kennans Kritik siehe: David Mayers, George Kennan and the Dilemmas of U.S.

Nach der Zeitenwende 1989/90 dynamisieren Neorealisten und Strukturrealisten die Diskussion über Theorie und Praxis der Internationalen Beziehungen weiter<sup>117</sup>: Entstehen nicht neue Regionalsysteme und Regionalmächte in den unterschiedlichen strukturellen Aggregatzuständen der Internationalen Beziehungen? Zeigen China und Japan hegemoniale Ambitionen in Asien? Fehlt in Afrika eine Ordnungsmacht wie auch in Lateinamerika? Bleibt in Europa die informelle deutsch-französische Achse für die Integrationsprozesse in der EU wegweisend?<sup>118</sup> Neorealisten sehen internationale Institutionen als wichtig an, doch die Staaten dominieren weiter als Akteure, auch unter Anpassungsdruck an Globalisierung. Internationale Organisationen hingegen funktionieren nur dann, wenn die Mitgliedstaaten die Zielsetzungen der Gemeinschaftsinstitutionen stützen<sup>119</sup>. Auch dort bleiben nationale Interessen relevant und führen zu Konflikten, deren Entstehung, Verlauf und Beilegung auch von Neo-Realisten innovativ analysiert werden. 120 Konflikte gefährden die Beziehung der Akteure zueinander vor allem wenn Staaten absolute Macht anstreben, um absolute Sicherheit zu garantieren - auch auf Kosten absoluter Unsicherheit der anderen. 121 Kooperation als analytischer Gegenstand wurde lange durch Realismus nur unzureichend erklärt. Doch die neorealistische Perspektive beleuchtet heute die positiven Aspekte von Kooperation, verweist allerdings auf neue Konfliktmomente, weil nicht alle Akteure immer im gleichen Maße von Kooperation profitie-

\_

Foreign Policy, New York, Oxford 1988 und Walter L. Hixson, George F. Kennan, Cold War Iconoclast, New York 1989.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup> Kenneth N. Waltz, Structural Realism after the Cold War in: International Security, 25 (Sommer 2000) 1, S. 5-41; Robert D. Kaplan, The Coming Anarchy, Shattering the Dreams of the Post Cold War, New York 2000.

<sup>&</sup>lt;sup>118</sup> Vgl. Barry Buzan, Charles Jones, Richard Little, The Logic of Anarchy: Neo-Realism to Structural Realism, New York 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>119</sup> Vgl. Jack Donnelly, Realism and International Relations, Cambridge 2000.

Siehe: Joseph M. Grieco, Cooperation among Nations. Europe, America and Non-Tariff Barriers to Trade, Ithaca und London, 2. Aufl., 1993, S. 2. f.. Die Konfliktforschung hat sich zu einem zentralem Bereiche der Internationalen Politik entwickelt, siehe: Dieter Senghaas, Gewalt - Konflikt Frieden, Essays zur Friedensforschung, Hamburg 1974; ders., Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt/Main 1988.

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup> So der Konfliktbegriff von Werner Link vgl. ders., Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart u.a. 1988, S. 35 ff..

ren. Er entsteht also die Problematik relativer Gewinne, im Gegensatz

Die Bedeutung des Nationalstaates hat mithin zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehrere Dimensionen entwickelt: Die Globalisierung erfordert weltweite transnationale Formen der Kooperation. Regionalisierung bindet die Außen- und Sicherheitspolitik in neuen Gemeinschaftsinstitutionen, wobei innenpolitische Probleme, nicht nur bei Verbrechensbekämpfung, Gesundheitspolitik oder Asylpolitik zum Tragen kommen. Neue grenzüberschreitende Verknüpfung der Staatsaufgaben ist heute zur Regel geworden, die einzelstaatliche Beschränkung und Beschränkbarkeit der Aufgabenlösung bleibt Ausnahme. Die Revolution in der Kommunikationstechnik wird zum Motor für grenzüberschreitende und arbeitsteilige Kooperation<sup>123</sup>. An die Stelle der klassischen Souveränität tritt nun eine neue "internationalisierte Souveränität" <sup>124</sup> als Ausdruck transnationaler Staatlichkeit im globalen oder regionalen Maßstab.

Dieser Grundcharakter "internationalisierter Souveränität" erhält im Zuge des europäischen Einigungsprozesses eine besondere Ausformung. Die europäische Einigung ist seit den 50er Jahren der innovative Versuch, im Kern ein neues integratives Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland zu entwickeln, auch um weltpolitisch eine "force d'equilibre" zu werden 125. So wurde die europäische Integration zur konstruktiven Antwort der europäischen Nationalstaaten zunächst auf die Herausforderungen der Ost-West-Konfrontation, dann, ab 1989/90, auf die Herausforderung der Globalisierung, und damit verbunden auf die anwachsende zentrale Machtpositionierung der USA 126. Weil sich die Internationalen Beziehungen heute teils uni-

zu absoluten<sup>122</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>122</sup> Siehe: Grieco, Cooperation among Nations, a.a.O, S. 53 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>123</sup> Vgl. Rainer Arnold, Neue Form der Staatlichkeit?, in: Heinrich Oberreuter, Michael Piazolo, Hrsg., Global Denken: Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel, München 2001, S. 119 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>124</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>125</sup> Zur historischen Dimension siehe: Mark Mazower, Der dunkle Kontinent, Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000; kritisch: Tony Judt, Große Illusion Europa, Gefahren und Herausforderungen einer Idee, München 1996; aktuell: Larry Siedentop, Demokratie in Europa, Stuttgart 2002.

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup> Vgl. Werner Link, Die Rolle des Nationalstaates im zukünftigen Europa, in: Michael Meimeth, Joachim Schild, Hrsg., Die Zukunft von Nationalstaaten in der Europäischen Integration, Opladen 2002, S. 311 ff..

polar teils multipolar entwickeln, ist die Regionalstrategie der Europäischen Gemeinschaft auch Balancepolitik gegenüber den USA.

Für Link dokumentiert die EG "die Absage der westeuropäischen Nationalstaaten an die alte antagonistische Gleichgewichtspolitik und Steigerung einer kooperativen Gleichgewichtspolitik zur innovativen integrativen Gleichgewichtspolitik [...] um so zu einem Gleichgewichtsfaktor in der Welt zu werden; integrative Machtbalancepolitik in der EU und kooperative Machtbalancepolitik mittels der EU im globalen System!"<sup>127</sup> Folglich bildet sich das gemeinsame europäische Interesse einerseits als Kompromiss der nationalstaatlichen Interessen und andererseits in Auseinandersetzung mit der internationalen Umwelt, wobei der europäische Nationalstaat nur teilintegriert ist, also bei der "normalen" internationalen Zusammenarbeit weiter als eigenständiger Akteur auftritt. Werner Link betont den gemeinsamen Charakter der europäischen Staatengemeinschaft ebenso wie den anarchischen Grundcharakter der internationalen Staatenwelt.

Schon Otto Hintze hat in den 20er Jahren darauf hingewiesen, "dass die Vereinigten Staaten von Europa als das beste Mittel zur Beseitigung aller Schwierigkeiten der gegenwärtigen Weltlage"128 angesehen werden könnten. Hintzes Überlegungen waren auch für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg wegweisend: "Es müsste eine Rechtsgemeinschaft mit obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit sein, zugleich eine Wehrgemeinschaft, in der der Schutz der Binnengrenzen zwischen den einzelnen Bundessaaten den scharfen militärischen Charakter verlieren würde, und eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft mit großem freien Markt im Innern ohne lästige Zollschranken und mit geregelter Konkurrenz zwischen den einzelnen Ländern. Eine selbstverständliche Voraussetzung wäre die völlige Gleichberechtigung aller Mitglieder und ein Geist der Verträglichkeit und Toleranz, der zwar den Wettbewerb nicht ausschließt oder abschwächt, aber die Lösung von Interessenkonflikten durch gewaltsame Mittel nicht mehr zulassen würde. [...] Die Binnengrenzen zwischen den Bundesstaaten würden ihre exklusive Schärfe verlieren; der nationalistische Eifer würde nachlassen; der Schutz der nationalen Minderheiten, der heute meist nur auf dem Papier steht, könnte durch eine kulturelle Selbstverwaltung gewähr-

10

Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>128</sup> Otto Hintze, Soziologie und Geschichte, Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, Göttingen 1964, S. 196 f..

4,

leistet werden. Eine allgemeine Entspannung kulturfeindlicher Gefühle und Zwangsmaßregeln würde die Folge sein; der große Integrationsprozess, der sich damit vollziehen würde, würde die vorhandene Differenzierung vielleicht im einzelnen modifizieren, im Ganzen aber bestehen lassen, nur dass sie von den überflüssigen und schädlichen Reibungen befreit und aus einem Moment der Hemmung zu einem solchen der Förderung des allgemeinen Wohls umgewandelt würde. Deutschland in Besonderheit könnte bei einer solchen Umgestaltung der Staatsverhältnisse nur gewinnen. Unsere tatsächliche Lage stellt uns durchaus auf den Boden nicht der Macht, sondern des Rechts. [...] National und europäisch ist eine bessere Lösung als national oder europäisch!"<sup>129</sup> Hans-Dietrich Genschers Formel vom "europäischen Deutschland" lässt sich also nicht nur auf Thomas Mann, sondern auch auf Otto Hintze zurückführen!

Heute macht die wirtschaftliche Stärke die EU zum "global player", der durch den Euro noch größere Bedeutung erhalten könnte, falls dieser sich neben dem US-Dollar zur zweiten Handels-, Weltreserve- und Anlagewährung entwickeln sollte. Auch das weltumspannende Netz von Abkommen, Handelsverträgen und Partnerschaften mit Drittstaaten und Regionen macht die EU zum internationalen Akteur, bei dem heute mehr als 160 Staaten diplomatisch vertreten sind. Umgekehrt ist die EU in 128 Drittstaaten und internationalen Organisationen vertreten<sup>130</sup>.

Doch verweisen die 90er Jahre auf eine frustrierende außen- und sicherheitspolitische Handlungsunfähigkeit der EU. Trotz schrittweiser Entwicklung der GASP bzw. der ESVP (s.u.) bleibt die zweite intergouvernementale EU-Säule rudimentär, denn jeder Mitgliedstaat behält die Zuständigkeit für seine eigene Außenpolitik<sup>131</sup>. Zudem nehmen auch in anderen Politikbereichen nationale Vorbehalte zu.

So bleibt uns vorerst nur Benedetto Croces Optimismus: "So wie vor 70 Jahren Neapolitaner oder Piemontesen zu Italienern wurden und dennoch ihr früheres Wesen nicht verleugneten, genauso werden sich eines Tages Franzosen, Deutsche, Italiener und alle europäischen Völ-

.

<sup>&</sup>lt;sup>129</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>130</sup> Zur GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU) siehe: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, Hrsg., Jahrbücher der Europäischen Integration, 1980 Bonn, S. 1981 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>131</sup> Kritisch zur GASP: Christian Saddhof, GASP: Außenpolitik für ein geeintes Europa: die zweite Säule der EU auf dem Prüfstand, Hamburg 2000.

ker zu Europäern erheben und ihre Gedanken auf Europa richten, für das ihre Herzen ebenso schlagen werden, wie zuvor die kleineren Vaterländer, die sie jedoch nicht vergessen, sondern nur noch inniger lieben werden"<sup>132</sup>. Sowohl die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit (oder gar eines "europäischen Volkes"), als auch die Herausbildung umfassender supranationaler Staatlichkeit der EU (samt Übertragung aller entscheidenden innerstaatlichen Hoheitsrechte, vollständiger Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips und schließlich der Möglichkeit, Gemeinschaftsrecht zu erzwingen) lassen jedoch auf sich warten<sup>133</sup>.

Die Geschichte der europäischen Staaten stand Jahrhunderte lang im Spannungsfeld von Hegemonie und Gleichgewicht. Erst die beiden europäischen "Bürgerkriege" von 1914/1918 und 1939/1945 und nicht zuletzt der Ost-West-Konflikt wurden zu entscheidenden Antriebskräften für die Vision einer Politischen Union der Vereinigten Staaten von Europa.

Stellt nun (West-)Europa einen Sonderfall regionaler Integration dar 134 oder ist es ein nachahmenswertes Beispiel für regionale Integration in anderen Weltregionen?

Die Vertreter des liberalen Institutionalismus betonen den Vorbildcharakter mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Integrationsfortschritt und regionalen Institutionen, wie die Interdependenzdiskussion seit den 70er Jahren und die Regimetheorien andeuten<sup>135</sup>. Aus realistischer Sicht bleibt der europäische Integrationsprozess primär ein singuläres Phänomen. So gesehen führt die Integration Europas, die Herausbildung einer Großregion Europa nicht zu einem Superstaat. Es gibt keine Finalität, auch keine geschichtlichen Vorläufer. Die regionale Integration Europas bleibt ein Sonderfall<sup>136</sup>. Insgesamt gesehen wird die Disziplin in Zukunft aus realistischer wie aus idealistischer

<sup>133</sup> Vgl. Laus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Hrsg., Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen 2000, S. 281 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>132</sup> Benedetto Croce, Geschichte Europas im 19. Jahrhundert (1932), Zürich 1968, S.

<sup>&</sup>lt;sup>134</sup> Vgl. Wilfried von Bredow, Turbulente Welt-Ordnung: Internationale Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart, Berlin, Köln 1994, S. 60.

<sup>&</sup>lt;sup>135</sup> Vgl. Lohn Gerard Ruggie, Hrsg., Multilateralism Matters: The Theory and Praxis of an Institutional Form, New York 1993; Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Power and Interdependence, World Politics in Transition, New York 1977.

<sup>&</sup>lt;sup>136</sup> Vgl. Herrmann Lübbe, Abschied vom Superstaat: Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben, Berlin 1994.

Perspektive die Wechselwirkung von nationalen Interessen und transbzw. übernationalen Integrationsprozessen in Europa und der Welt genau beobachten und analysieren müssen.

## Die Entwicklung von Globalisierung

Globalisierung kann als historisches Phänomen angesehen werden, das in früheren Zeiten mit Begriffen wie z.B. Welteroberung, Weltmarkt, Weltsystem, Kolonialismus oder Imperialismus verbunden wurde 137, wobei die Reisen von Columbus und Vasco da Gama am Ende des 15. Jahrhunderts als Ausgangspunkt angenommen werden. Der Kapitalismus wurde zum technisch-ökonomischen Beschleuniger.

Vor 150 Jahren umschrieben Karl Marx und Friedrich Engels Globalisierung als weltweite Ausdehnung des kapitalistischen Systems im Zuge des industriellen Zeitalters: "Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. [...] Die uralten nationalen Technologien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. [...] An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander [...] in der materiellen so auch in der geistigen Produktion"<sup>138</sup>.

Otto Hintze hat diese jahrhundertelange Entwicklung als eine große weltgeschichtliche Individualerscheinung charakterisiert, "als das größte zivilisatorische Werk, das der Menschengeist geschaffen hat. Es ist keine anarchische Wirtschaft, wie der Vulgärmarxismus meint, [...] es ist ein Kosmos, der ohne bewussten Plan, lediglich durch das Zusammenwirken der Einzelwirtschaften zustande gekommen ist und es fertig gebracht hat, Hunderte von Millionen zu ernähren, zu kleiden, zu behausen, zu schmücken und zu amüsieren. Und das Hauptmittel zur Schaffung des kunstvollen Systems ist die Rationalisierung

\_\_\_

<sup>&</sup>lt;sup>137</sup> Zur Entwicklungsgeschichte der Globalisierung siehe David S. Landes, Der entfesselte Prometheus: technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, München 1983.

<sup>138</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 461 ff..

\_\_\_\_\_

aller Elemente des wirtschaftlichen Prozesses materiell, was Sombart die allgemeine ,Vergeistung seelischer Inhalte' nennt"<sup>139</sup>.

Aber nicht internationale Märkte, sondern nationale Politiken bleiben nach wie vor hauptverantwortlich für internationale wirtschaftliche Entwicklungen. Es sind nicht Wirtschaftsinteressen, nicht Marktkräfte, sondern Regierungen, die in letzter Konsequenz wirtschaftspolitisch entscheiden. Die internationale Wirtschaftsordnung bedarf auch im Zeitalter der Globalisierung eines Rahmens von Institutionen und Regeln von Führungsmächten wie Großbritannien bis zum 1. Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit fehlte eine ordnungspolitische Führungsmacht, die Folgen waren ökonomisch und politisch schwerwiegend. Im Kalten Krieg dagegen ordneten und beschleunigten die USA die wirtschaftspolitische Modernisierung innerhalb der westlich-kapitalistischen Welt nach dem Motto: "The hidden hand of the market will never work without a hidden fist." Dies gilt auch für das 21. Jhd.. Heute wird Ordnung im Zuge von Globalisierung schwieriger, denn in vielen Weltregionen wird sie als Bedrohung empfunden. Während die OECD-Welt der hochindustrialisierten Staaten vom Globalisierungstrend profitiert, sehen sich viele Länder und Regionen der so genannten Dritten Welt als Opfer von Globalisierung. Idealtypisch kann man deshalb vier Regionen von Globalisierung beobachten<sup>141</sup>:

1. Die Industriestaaten der transatlantischen Welt und in Asien oszillieren zwischen Anpassung an und Widerstand gegenüber Globalisierung. Je nach Grad der Industrialisierung, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und militärischer Sicherheit schwanken sie zwischen Pessimismus und Optimismus. Am dynamischsten agieren die USA nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums. Nie zuvor hat es in der Geschichte einen Nationalstaat gegeben, dessen Einflusssphäre einem weltweiten Imperium ohne Grenzen gleicht, der militärisch, wirtschaftlichtechnologisch und zivilisatorisch-kulturell die Weltpolitik dominiert, sowie die Industrie und Kultur des Informationszeitalters

-

<sup>&</sup>lt;sup>139</sup> Otto Hintze, Der moderne Kapitalismus als historisches Individuum, Ein kritischer Bericht über Sombarts Werk in: Hintze, Soziologie und Geschichte, a.a.O., S. 411; vgl. auch Walther Rathenau, Zur Mechanik des Geistes, Berlin 1918, S. 294 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>140</sup> Thomas L. Friedman, Globalisierung verstehen, Zwischen Marktplatz und Weltmarkt, Berlin 1999, S. 289.

<sup>&</sup>lt;sup>141</sup> Vgl. Rainer Tetzlaff, Weltkulturen unter Globalisierungsdruck: Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten, Bonn 2000, S. 232 ff..

prägt. Die USA sind mit Abstand die führende, ja letzte Weltmacht zu Beginn des 21. Jahrhunderts und auf dem Weg in die Informationsgesellschaft allen anderen Staaten weit voraus. Moderne Technologien, wie etwa den Cyberspace, beherrschen sie genauso wie die internationalen Finanzmärkte. Der Dollar ist Leitwährung, Wall Street ist Leitbörse. Der Markt der Treasury-Bills und Bonds dominiert die Finanzzentren der ganzen Welt. Die amerikanischen Banken sind die mächtigsten der Welt. Aus der Sicht der USA bedeutet Globalisierung gleich Amerikanisierung 142. Rivalisierte noch bis 1989 der angelsächsische Kapitalismus mit der deutschen Version der Sozialen Marktwirtschaft und mit dem japanischen Staatskapitalismus, so dominiert im Zeichen von Globalisierung die amerikanische Kapitalismusvariante.

- 2. Die zweite Region bezieht sich auf Teile Afrikas, Bereiche des islamischen Kulturkreises, die Ränder der früheren Sowjetunion und Teile Lateinamerikas, z.B. Kolumbien und Peru. Diese Regionen sind durch rapide Umbrüche und Auflösung des Nationalstaats geprägt. Ansätze zur Industrialisierung bleiben hier immer wieder stecken, soziale Rückstände vergrößern sich.
- 3. Geht es im Zeitalter der Globalisierung um Regionen und Nationalstaaten, wo Modernisierung und Wirtschaftsdynamik eng verkoppelt sind, wie z. B. in der VR China und in anderen Schwellenländern in Asien und Lateinamerika. Dort wandeln sich mit atemberaubender Geschwindigkeit traditionelle Werte. Neue Identitäten entstehen. Diese durch Technik erzwungene Offenheit kollidiert z. B. im modernen China mit dem ideologischen Führungsanspruch der kommunistischen Elite. Diese Wechselwirkungen gehören zu den brisantesten weltpolitischen Fragen des 21. Jahrhunderts, die allerdings in Theorie noch Praxis von der Wissenschaftsdisziplin bisher zu wenig berücksichtigt werden 143.
- 4. Viertens geht es um Nationalstaaten, die durch Transformationsgesellschaften geprägt sind, wie in Nordafrika,

<sup>142</sup> Vgl. Christian Hacke, Zur Weltmacht verdammt: Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush, München 2002.

Vgl. Konrad Seitz, China. Eine Weltmacht kehrt zurück, Berlin 2000; Ulrich Menzel, Hrsg., Nachdenken über China, Frankfurt/Main 1990.

im Nahen und Mittleren Osten, im Iran und den Kaukasus-Republiken. Hier steht der Globalisierung eine protektionistische Einstellung gegenüber, die sich kulturell, ideologisch, aber auch ökonomisch gesehen gegen Öffnung und Modernisierung stemmt. In diesem Zusammenhang ist es höchst bedauerlich, dass sich die Entwicklungschancen für die größten Teile Afrikas seit Beginn des neuen Jahrtausends schlechter darstellen als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Afrika ist und bleibt der Armutskontinent. Das Gesundheits- und Bildungswesen befindet sich in fast allen Ländern in einem katastrophalen Zustand. Es gibt kaum sich selbst versorgende Staaten und Gesellschaften. Angesichts dieser Entwicklung fragen sich viele, ob Afrika zu den großen Verlierern von Globalisierung zählen wird, weil diese schwachen Staaten doppelt "denationalisiert" werden: einmal durch Globalisierung, und zum zweiten durch eine spezifisch afrikanische Auflösung des Staatswesens und des Staatsterritoriums. Zu viele Staaten leben schon zu lange vom Tropf der Entwicklungshilfe. Kenner sehen Kolonialismus und Postkolonialismus als harmlose historische Vorspiele für dramatische Entwicklungen im Zuge von Globalisierung.

Im Zuge von Globalisierung entsteht ein Anpassungs- und Effizienzdruck auf viele Regionalkulturen und Gesellschaften<sup>144</sup>. Dabei hat der marktwirtschaftliche Westen einschließlich der kapitalistischen Staaten in Asien nach wie vor einen gewissen wirtschaftlichen Vorsprung auf dem Weltmarkt<sup>145</sup>. Doch aus Sicht der Dritten Welt wird Globalisierung als Triumph westlicher Machtentfaltung abgelehnt. In den muslimisch-arabischen und afrikanischen Staaten überwiegen

<sup>&</sup>lt;sup>144</sup> Vgl. Schon Walther Rathenau war höchst sensibilisiert gegenüber den sich abzeichnenden Globalisierungsprozessen zu Beginn des 21. Jh., vgl. Rathenau, Zur Mechanik des Geistes, a.a.O., S. 324: "Ist es wirklich das Ziel 10.000jährigen Aufwands, aus aller Farbigkeit und Eigenart menschlicher Stämme eine graue marastische Mischung zu brauen? Schon stehen wir unter dem Pressdruck der Mechanisierung (ego: sprich Globalisierung) alle bunten Sonderheiten niederschmelzen, Trachten, Geräte und Bauten, Verkehrsmittel und Formen, Speisen und Unterhaltungen, Organisationen und Gewerbe, selbst Kunstformen gleichen sich aus und werden universell"; vgl. auch Ralf Roloff, Europa, Amerika und Asien zwischen Globalisierung und Regionalisierung: das interregionale Konzert und die ökonomische Dimension internationaler Politik, Paderborn 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>145</sup> Vgl. Reinhard Rode, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Halle 2000.

Skepsis und Angst vor kultureller Überfremdung. Hier liegen auch zukünftig Wurzeln für Terrorismus<sup>146</sup>.

Alle Nationalstaaten sind im Zuge von Globalisierung mit Paradoxien konfrontiert: Auf der einen Seite scheint Globalisierung nationale Souveränität zu untergraben, auf der anderen Seite können die komplexen Probleme und Herausforderungen unserer Zeit gemeinschaftlich effektiver bewältigt werden. Alle Nationalstaaten sind mit diesem Globalisierungsdilemma konfrontiert: Einerseits internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, andererseits soziale Verantwortung zu praktizieren. Alle Nationalstaaten müssen erkennen, dass die globalisierte Marktwirtschaft nur mittels verstärkter politischer Steuerung auf allen Handlungsebenen bewahrt werden kann<sup>147</sup>, dann birgt das Phänomen der Globalisierung neue Chancen für den Nationalstaat. Auf diesem Hintergrund schälen sich drei Positionen heraus:

1. Die Globalisierungsoptimisten, wie Francis Fukuyama oder E.O. Czempiel setzen auf gesellschaftliche Entwicklung, in der die
Nationalstaaten durch den globalen Markt ersetzt werden, sich
Gemeinschaftsinstitutionen und schließlich die sog. Gesellschaftswelt herausbildet<sup>148</sup>. Ausgehend von Kants Idee vom
Ewigen Frieden sollen, so die Modernisierungstheorien, durch
beschleunigte Kommunikationsprozesse die Möglichkeiten für
"global governance" erhöht werden.<sup>149</sup> Szientistische und
idealistische Ansätze zur internationalen Politik konzentrieren
sich auf diese Perspektive einer Weltordnungspolitik bzw.
Weltinnenpolitik<sup>150</sup>.

Dabei bleibt allerdings unklar, durch welchen qualitativen Sprung der Eintritt in die Weltgesellschaft geschafft werden soll. Die Frage der demokratischen Legitimierung neuer nichtstaatlicher Institutionen, Regime und Organisationen bleibt ebenso

1

<sup>&</sup>lt;sup>146</sup> Vgl. Udo Ulfkotte, Propheten des Terrors: geheime Network der Islamisten, München 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>147</sup> Vgl. Ulrich Menzel, Globalisierung versus Fragmentierung, Frankfurt/Main 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>148</sup> Vgl. Ernst-Otto Czempiel, Konturen einer Gesellschaftswelt. Die neue Architektur der internationalen Politik, in: Merkur, 44 (1990), S. 835-851.

<sup>&</sup>lt;sup>149</sup> Vgl. Ingomar Hauchler, Dirk Messner, Franz Nuscheler, Globale Trends 2000, Fakten, Analysen, Prognosen, Bonn 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>150</sup> Vgl. Volker Rittberger, Michael Zürn, Hrsg., Forschung für neue Friedensregeln. Rückblick auf zwei Jahrzehnte Friedensforschung, Stuttgart 1990.

offen, wie Begriffe wie "kosmopolitische Demokratie" oder "Weltbürgergesellschaft" nichtssagend bleiben<sup>151</sup>.

Weil die Diskrepanz zwischen utopischem Anspruch und Wirklichkeit offenkundig ist, haben diese Analytiker ihr Konzept modifiziert und fordern lediglich wirksamere Kooperation mit der Absicht, Weltinnenpolitik als "Summe der in ihrer Zahl und Regelungsdichte ständig steigenden internationalen Regime" zu verstehen<sup>152</sup>.

- 2. Die Globalisierungsskeptiker hingegen argumentieren nicht voluntaristisch, sondern historisch vergleichend. Für sie sind globalisierende Transaktionen heute keineswegs größer als vor dem 1. Weltkrieg. Sie sehen Globalisierung als modifizierte Form staatlichen Handelns und Regionalisierung als regulative Gegentendenz zu Globalisierung. Werner Link betont in diesem Sinne die sog. Gegenmachtbildung: "regional governance" im Unterschied zu "global governance", um Marginalisierung, Fragmentierung, Balkanisierung von Staaten und Gesellschaften aufzufangen, aber zugleich ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt zu bewahren 154.
- 3. Die Transformalisten, (vorwiegend der englischen Schule) verstehen Globalisierung als neues Phänomen des 20. Jahrhunderts, das, im Kalten Krieg eingefroren, seit Mitte der 80er Jahre durch staatliche Deregulierungsmaßnahmen der Regierungen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher begünstigt wurde

<sup>151</sup> Vgl. Menzel, Zwischen Realismus und Idealismus, a.a.O., S. 227.

Walther Rathenau hat schon 1911 die Dynamik von Globalisierung erahnt und pessimistisch bewertet, vgl. Rathenau, Zur Mechanik des Geistes, a.a.O., S. 336 ff.: "Ein hundertfach überbevölkerter Erdball, die letzten asiatischen Wüsten abgebaut, ländergroße Städte, die Entfernung durch Geschwindigkeit abgehoben, die Erde meilentief unterwühlt, alle Naturkräfte angezapft, alle Produkte künstlich herstellbar, alle körperliche Arbeit durch Maschinen und durch Sport ersetzt, unerhörte Bequemlichkeit des Lebens allen zugänglich, Altersschwäche als alleinige Todesart, jeder Beruf jedem eröffnet, ewiger Friede, ein internationaler Staat der Staaten, allgemeine Gleichheit, die Kenntnisse des Naturgeschehens ins Unabsehbare erweitert, neue Stoffe, Organismen und Energien in beliebiger Menge entdeckt, ja zu guterletzt Verbindungen mit ferner Gestirnen hergestellt und erhalten"; grundsätzlich: Kevin H. O'Rourke, Jeffrey G. Williamson, Globalization and History, The Evolution of a 19. Century Atlantic Economy, Cambridge, Mass. 2000.

<sup>154</sup> Vgl. Werner Link, Neuordnung der Weltpolitik, a.a.O..

<sup>&</sup>lt;sup>152</sup> Vgl. Bredow, Turbulente Weltordnung, a.a.O., S. 53.

und nach der Zeitenwende 1989/90 weltweit zum Tragen kommt<sup>155</sup>.

Wer trägt nun das "Kreuz von Globalisierung versus Fragmentierung"<sup>156</sup> und in welche Richtung?

Die Idealisten tragen es in Hoffnung auf "global governance" als idealistische Antwort. Humanitäre Intervention, ganz universalistischen Prinzipien, z.B. den Menschenrechten, verpflichtet, wird zur Zauberformel. Dabei werden der nationale Souveränitätsgedanke und das klassische Interventionsverbot aufgehoben: "Global governance" und "humanitäre Intervention" sind zu postmodernen Facetten der postwestfälischen Konstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts geworden, mit all ihren Unwägbarkeiten<sup>157</sup>.

Die realistische Antwort auf Globalisierung lautet: Weltordnung durch hegemoniale Stabilität - die Vision einer unipolaren Welt unter der Führung der USA als Champion von Globalisierung<sup>158</sup>, die nach dem Kalten Krieg einen neuen Hegemoniezyklus in Bewegung setzen.

Auch im Zeichen von Globalisierung möchten die Industriestaaten vor allem, wenn auch auf unterschiedliche Weise, ihre nationalen Interessen durchsetzen: Die USA als Führungsmacht manipulieren die internationalen Institutionen und Ereignisse, um die eigenen Vormachtinteressen zu sichern, wie schon im Zuge der Ölkrise der 70er Jahre<sup>159</sup>. Die Westeuropäer verfolgen ihre Interessen mittels Integration und Regionalisierung. Russland und die VR China oszillieren zwischen traditioneller Machtpolitik und Anpassung an Globalisierung. Japan kämpft mit ökonomischen Problemen. Doch für alle gilt: Nach wie vor erfüllt der Nationalstaat zentrale Funktionen, die keine andere Institution, kein anderer Akteur übernehmen kann. Nur der Staat sorgt für inneren Frieden und Wohlfahrt, macht aus Besitz Eigentum, gibt Sicherheit für Produktion sowie Investition und erbringt Gemeinschaftsleistungen. Er bestimmt die Grenzen, gibt Rechtssicherheit, schützt den Einzelnen und schafft die Bedingungen für wirtschaftli-

<sup>157</sup> Ebd., S. 237.

<sup>158</sup> Vgl. Hacke, Zur Weltmacht verdammt, a.a.O., S. 541 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>155</sup> Vgl. Menzel, Zwischen Realismus und Idealismus, a.a.O., S. 232.

<sup>&</sup>lt;sup>156</sup> Ebd., S. 236.

<sup>&</sup>lt;sup>159</sup> Vgl. David Spiro, The Hidden Hand of American Hegemony: Petrodollar Recycling and International Markets, Ithaca, New York 1999.

\_\_\_\_\_

chen Wohlstand. Wenn Staaten verschwinden würden, entstünde regionales und internationales Chaos<sup>160</sup>.

Herbert Dittgen betont, dass der klassische Nationalstaat in ein transnationales und innergesellschaftliches Netz von Abhängigkeiten eingebunden wird und ihm deshalb zunehmend die Rolle des Koordinators zukommt. Im Zuge dieser Entwicklung verlagert sich seine Steuerungsfähigkeit von der makro- auf die mikroökonomische Ebene und klassische Außenpolitik wirkt zunehmend unter globalisierten Wirtschaftsmaximen: "Innerhalb der transnationalen Verhandlungssysteme übernimmt der Staat zunehmend eine Koordinationsfunktion, nach außen wird er zum Wettbewerbsstaat im Rahmen des Weltmarktes."<sup>161</sup>

Mit dem Ost-West-Konflikt ist nach Karl Dietrich Bracher auch das Zeitalter der Ideologien zu Ende gegangen<sup>162</sup>. Seitdem ist es nicht zur Entgrenzung von Staaten und Systemen gekommen, im Gegenteil: Vor allem in Mittel- und Osteuropa sind Identitätssuche, lokale, regionale und ethnische Bindungen unter den Bedingungen nationalstaatlicher Begrenzung wichtiger geworden. Nationale Selbstbestimmung, ja die gewaltsame Erlangung und Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, sind zur häufigsten Konfliktursache geworden. Neue Grenzen werden durch Neugründung von Nationalstaaten gezogen, um neuen nationalen Minderheiten Selbstbestimmung zu ermöglichen, wobei wiederum neue Minderheitenprobleme entstehen. Globalisierung lässt also nationalstaatliche Grenzen nicht verschwinden. Im Gegenteil, neu entstandene Staaten definieren sich seit der Zeitenwende 1989/90 weniger regional oder offen, als vielmehr national und mit hermetischen Grenzlinien, die zu explosiven Nationalitäten- und Minderheitenkonflikten einladen: Wir erleben im Zeitalter der Globalisierung Grenzziehungen, die über nationale und regionale Räume hinaus auch Konfrontationsmuster andeuten:

1

<sup>&</sup>lt;sup>160</sup> Vgl. Christian Hacke, Die Bedeutung des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung, in: Oberreuter, Piazolo, Global Denken, a.a.O., S. 233 ff; schon von Walther Rathenau erkannt, vgl. ders., Zur Kritik der Zeit, Berlin 1918, S. 65: "Es wäre verkehrt, den Staat als eine Übergangsform anzusprechen, die geradewegs zur Aktiengesellschaft höhere Ordnung führt".

<sup>&</sup>lt;sup>161</sup> Herbert Dittgen, Grenzen im Zeitalter der Globalisierung, Überlegungen zur These vom Ende des Nationalstaates, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1999, Nr. 1, S. 11 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>162</sup> Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte: historisch-politische Essays 1987-1992, Stuttgart 1992; vgl. auch ders., Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982.

Grenzlinien zwischen Arm und Reich im Sinne von Wohlstandsgefälle: amerikanische Kontrollen an der Grenze zu Mexiko, spanische und italienische Küstenpatrouillen und die polnischen Grenzbeamten an der Grenze zu Russland symbolisieren keine Konfrontation von Kulturen, sondern neue Bruchstellen und Konfliktlinien, die mit den Grenzen von neuen Frontstaaten im Zeitalter von Globalisierung zusammenfallen. Erst recht nach dem 11. September 2001 wird klar, dass der Staat die zentrale Institution darstellt, die für Frieden, Wohlfahrt, Identität, Recht und Sicherheit sorgt, und dauerhafte Voraussetzungen für wirtschaftlichen Wohlstand schafft<sup>163</sup>. Nicht neue Märkte, sondern internationale Politiken bleiben hauptverantwortlich für Ordnung und Fortschritt.

Doch bedarf die globalisierte Wirtschaftsordnung eines Rahmens von Institutionen und Regeln, der von Ordnungsmächten garantiert werden sollte. Nach dem 11. September 2001 wurde die idealistische Vision von "global governance" vieler Illusionen beraubt, umgekehrt wurde die realistische Sicht von Weltordnung durch Großmacht-Hegemonie bestätigt<sup>164</sup>.

Beide, Idealisten wie Realisten suchen auch heute Frieden und Integration, nur erkennen die Realisten, dass diese Ziele nicht allein kooperativ, sondern immer wieder machtpolitisch oder gar hegemonial-ordnungspolitisch durchgesetzt werden müssen<sup>165</sup>.

Ökonomische Interdependenz und Globalisierung allein bieten keine Sicherheit vor Krieg. Europas große Mächte kooperierten vor dem 1. Weltkrieg wirtschaftlich im Sinne von Globalisierung, trotzdem führten sie zwei Weltkriege. Nicht wirtschaftliche Interdependenz, sondern politische Selbstbehauptung und militärische Verteidigungsfähigkeit bilden auch heute die prekäre Basis für Frieden unter den Bedingungen von Globalisierung.

Vor diesem Hintergrund erscheint heute Globalisierung als

1. ökonomischer Internationalisierungsprozess mit Auswirkung auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates,

<sup>165</sup> Vgl. Barry R. Posen, The Struggle against Terrorism, in: International Security, 26 (Winter 2001/2002) 3, S. 39 ff..

Michael Mandelbaum, Diplomacy in Wartime, in: James F. Hoge, Gideon Rose, Hrsg., How Did This Happen? Terrorism and the New War, New York 2001, S. 255 ff.. Vgl. Stephen M. Walt, Beyond bin Laden, Reshaping U.S. Foreign Policy, in: International Security, 26 (Winter 2001/2002) 3, S. 56-78.

\_\_\_\_\_

2. grenzüberschreitende Interaktion gesellschaftliche, transnationaler und nationaler Akteure mit der Tendenz zunehmender Verregelung durch internationale Regime und Organisationen,

- 3. unbeabsichtigtes Ergebnis von technologischen Neuerungen,
- 4. kultureller Prozess mit Blick auf Werte und Normen,
- 5. funktionales und territoriales Phänomen im Spannungsfeld von Nation und Integration,
- 6. Auslöser für governance-Strukturen.
- 7. Wettbewerb von konkurrierenden Kapitalismus-Modellen<sup>166</sup>.

Funktionale Globalisierung betont die Ökonomisierungsthese: Weil in einer globalisierten Wirtschaft staatliche Steuerung schwieriger wird, muss sich der Nationalstaat an Globalisierung anpassen. Dieser Ökonomisierungsthese, die den Bedeutungsverlust des Nationalstaates betont, steht die Politisierungsthese gegenüber: Globalisierung eröffnet dem Staat neue Steuerungsmöglichkeiten, wobei für Menschenrechts- und Umweltpolitik neue synergetischen Effekte entstehen, auch oberhalb und unterhalb des Nationalstaates. Werden oberhalb durch internationale Regime sowie internationale und supranationale Organisationen neue Steuerungsmöglichkeiten deutlich, so werden im Rahmen der Europäischen Union auch auf lokaler Ebene neue Regulierungsmöglichkeiten erkennbar.

In diesem Sinne wird Regionalisierung als ergänzende und zugleich gegensätzliche Entwicklung zur Globalisierung verstanden, mit der sich Regionen Identität und Unabhängigkeit sichern wollen. Die EU, aber auch die OAS, die Arabische Liga, die OSZE u.a. Organisationen können unter diesem Aspekt als institutionelle Instrumente zur Regionalisierung verstanden werden.

Heute, im Zeitalter von Globalisierung und internationaler Terrorismusbekämpfung beobachten wir eine Vitalisierung des Nationalstaatsgedankens, eine ambivalente Entwicklung des europäischen Integrationsgedankens und insgesamt einen Trend zur politischen Regionalisierung nicht nur in Europa. Globalisierung erscheint als verändertes Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Nationalstaat und Weltwirtschaft und als Transformation vom nationalen Si-

<sup>&</sup>lt;sup>166</sup> Vgl. Patrick O'Meara, Howard D. Mehlinger, Matthew Krain, Hrsg., Globalization and the Challengers of a New Century: a Reader, Bloomington 2000.

cherheitsstaat zum international ausgerichteten Handelsstaat<sup>167</sup> - wobei dieser wiederum unter dem Eindruck des 11. September nicht ohne Berücksichtigung neuer sicherheitspolitischer Kriterien überlebensfähig ist<sup>168</sup>.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erlebt die Welt eine neue technologische Revolution, die Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Kultur und darüber hinaus das Leben jedes Einzelnen ebenso tiefgreifend verwandelt, wie die industrielle Revolution, als die Menschen aus der Agrar- in die Industriegesellschaft katapultiert wurden. Die Zeitenwende von 1989/90 hat zwei Revolutionen mit sich gebracht: das Ende des Sowjetimperiums und das Ende des Industriezeitalters. Die Sowjetunion verkörperte den Geist dieses Zeitalters in seiner negativsten Form mit ihrer materialistischen Philosophie, ihrer Verherrlichung des Industriearbeiters, ihrer auf Schwer- und Ölindustrie aufgebauten Wirtschaft, ihrer Tonnenideologie des Produzierens, ihrer auf territoriale Expansion und Errichtung von Einflusssphären gerichteten Politik<sup>169</sup>. Sie zerbrach, so Konrad Seitz, weil sie unfähig war, aus dem Industriezeitalter herauszutreten<sup>170</sup>.

Globalisierung schafft neue Kommunikationsprozesse; vor allem die Massenhaftigkeit, Vernetzungsdichte, Multidimensionalität und Geschwindigkeit bewirken einen grundlegenden Wandel der Weltpolitik.<sup>171</sup> Die Industriestaaten treten aus der Zeit der Geopolitik in die der Geoökonomie ein, allen voran die USA.

Nach zwei Weltkriegen und im Verlauf der Dekolonisierung schien die Geschichte der europäischen Nationalstaaten machtpolitisch am

<sup>168</sup> Kurt M. Campbell, Michele A. Flournoy, To Prevail, An American Strategy for the Campaign against Terrorism, Washington D.C. 2001, S. 287 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>167</sup> Vgl. Rosecrance, Der neue Handelsstaat, a.a.O..

<sup>&</sup>lt;sup>169</sup> Vgl. hierzu Francois Furet, Das Ende der Illusion, Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996; Michael Ploetz, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin/ München 2000; Martin Malia, Vollstreckter Wahn, Russland 1917-1991, Berlin 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>170</sup> Konrad Seitz, Wettlauf ins 21. Jahrhundert: Die Zukunft Europas zwischen Amerika und Asien, Berlin 1999, S. 307 f..

<sup>&</sup>lt;sup>171</sup> Vgl. Walther Rathenau, Zur Kritik der Zeit, Berlin 1917, S. 83: "Das Beängstigende der Bilderflucht ist ihre Geschwindigkeit und Zusammenhanglosigkeit. Bergleute sind verschüttet: Flüchtlinge Rührung. Ein Kind misshandelt: Kurze Entrüstung. Das Luftschiff kommt: Ein Moment der Aufmerksamkeit. Am Nachmittag ist alles vergessen, damit Raum im Gehirn geschaffen werde für Bestellungen, Anfragen, Übersichten. Für die Erwägung, das Erinnern, das Nachklingen bleibt keine Zeit".

Ende; umso mehr überrascht die Dynamik seit der Zeitenwende von 1989/90, die einerseits den Europäischen Einigungsprozess erfasst und scheinbar die Grenzen und Rechte des Nationalstaates aufheben würde. Andererseits verstärkt sich der Eindruck, dass der Nationalstaat in Westeuropa im Zuge von Regionalisierung und Integration lediglich neue Anpassungsprozesse durchlebt, aber nicht essentiell geschwächt wird.

In Mittel- und Osteuropa entwickelte der Integrationsgedanke nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums nur oberflächliche Schubkraft, vielmehr ist die Idee des Nationalstaates aus der Tiefe des mittel- und osteuropäischen Raumes kommend, mit atemberaubender Geschwindigkeit und neuer Dynamik zurückgekehrt. Dieser sog. "Selbstbehauptungsnationalismus"<sup>172</sup> der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa sucht zwar Anschluss bzw. die Mitgliedschaft in den westeuropäischen bzw. atlantischen Institutionen wie NATO und Europäische Union, doch anders als in der ursprünglich westeuropäisch anvisierten Idee europäischer Integration, suchen diese Staaten nicht Auflösung oder Entgrenzung, sondern Stärkung des nationalstaatlichen Prinzips.

Globalisierung birgt Chancen vor allem in der industrialisierten OECD-Welt, denn sie konzentriert sich auf diese Nationalstaaten. 81% aller Direktinvestitionen spielen sich innerhalb der hochindustrialisierten Länder ab. Dabei stellt der Anstieg des internationalen Handels und der Investitionen kein neues Phänomen dar. Es gab von 1850 bis 1910, aber auch in der Zwischenkriegszeit zwischen 1919 und 1939, ähnliche Prozesse. Ökonomische Prozesse bestimmen die Politik der Nationalstaaten, Wirtschaft bleibt primär ein lokales und nationales Phänomen, die meisten Staaten wirtschaften zu Hause. 82% der amerikanischen Wirtschaft ist binnenorientiert und kaum in den internationalen Handel eingebunden. 90% der in den USA hergestellten bzw. bereitgestellten Waren und Dienstleistungen dienen der nationalen Bedürfnisbefriedigung. Die drei größten Wirtschaftsmächte USA, Japan und die Europäische Union exportieren nur 12% ihres Bruttosozialprodukts. Die Welt ist also auch im Zeitalter von Globali-

<sup>&</sup>lt;sup>172</sup> Vgl. Lübbe, Abschied vom Superstaat, a.a.O., S. 44.

<sup>&</sup>lt;sup>173</sup> O'Rourke, Williamson, Globalisation a.a.O., S. 77 ff..

sierung wirtschaftlich gesehen weniger interdependent als allgemein angenommen<sup>174</sup>.

Doch lockert Globalisierung bestehende territoriale staatliche Strukturen und begünstigt die Schaffung internationaler Regime und Institutionen<sup>175</sup>. Globalisierung belegt bestimmte Verhaltensmuster von Nationalstaaten mit einem hohen Preis und belohnt andere. Korrupte, unterentwickelte und künstliche Staaten, aber auch wirtschaftlich schwache und dennoch demokratiewillige, werden dabei benachteiligt.

Die Welt wird sich auch dynamisieren, wenn die Nationalstaaten besser kooperieren, denn "eine Alternative für die politische Integrationsleistung des Nationalstaates steht noch nicht bereit".<sup>176</sup>

Der entscheidende Unterschied zum Globalisierungsansatz des 19. Jahrhunderts besteht heute darin, dass damals die Märkte nicht sich selbst überlassen wurden, sondern der Staat aktiv gestaltend in die Wirtschaft eingriff: "Die Entstehung der großen nationalen Märkte und ihre Verflechtung zu einem Weltmarkt sind nicht durch wirtschaftliche Entwicklung allein, sondern auch durch politische Aktionen herbeigeführt worden, und diese stehen in enger Verbindung mit den großen Revolutionen in England, Amerika und Frankreich! Das ist eine fundamentale Tatsache für die Beurteilung des historischen Zusammenhanges zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Politik und Kapitalismus!"<sup>177</sup>

Heute entwickelt sich ein System von globaler Politikgestaltung ohne globale Regierung, in dem aber Institutionen wie Weltbank, IWF und WTO entscheiden.

Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefvolkswirt der Weltbank und Nobelpreisträger für Wirtschaft 2002, fordert deshalb eine Reform dieser Institutionen, weil sie "von Finanz- und Handelsinteressen dominiert werden"<sup>178</sup>, oft auf Kosten der Dritten Welt, denn die Industrienationen setzen in diesen Institutionen vorrangig eigene Interessen durch.

<sup>&</sup>lt;sup>174</sup> Vgl. hierzu Johannes Varwick, Globalisierung, in: Woyke, Hrsg., Handwörterbuch Internationale Politik, a.a.O., S. 111 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>175</sup> Vgl. hierzu Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus, a.a.O., S. 172 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>176</sup> Herbert Dittgen, Grenzen im Zeitalter der Globalisierung, Überlegungen zur These vom Ende des Nationalstaates, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1999) 1, S. 21.

<sup>&</sup>lt;sup>177</sup> Otto Hintze, Wirtschaft und Politik im Zeitalter des Modernen Kapitalismus, in: ders., Soziologie und Geschichte, a.a.O., S. 443.

<sup>&</sup>lt;sup>178</sup> Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.

02

Stiglitz kritisiert die WTO als Symbol für globale Ungerechtigkeit und Heuchelei<sup>179</sup>.

Die Reform internationaler Institutionen ist notwendig, damit unterschiedliche nationale und regionale Marktwirtschaftsmodelle Raum zur Entfaltung erhalten. Markt und Staat spielen in den verschiedenen Kapitalismusmodellen unterschiedliche Rollen. Erst faire Spielregeln in den internationalen Wirtschaftsinstitutionen, d.h. unter Berücksichtigung nationaler und regionaler Eigenheiten, ermöglichen Globalisierung mit menschlichem Antlitz, so Stiglitz. Folglich fordert er eine grundlegende Revision des "governance systems".

Doch in der Wissenschaft von der Internationalen Politik gibt es nicht genügend Gespür für die Reformnotwendigkeit des sog. "governance systems", für die Pluralität der Internationalen Beziehungen und damit auch für die globale Vielfalt und Bedeutung der Nationalstaaten. Stattdessen konzentrieren sich die Vertreter des Strukturalismus auf die Transformation des Kapitalismus, Umweltgefahren, und Identitätspolitik - und entwerfen das harmonische Szenario einer neuen militärischen Gefahrlosigkeit in den Internationalen Beziehungen<sup>180</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>179</sup> Ebd., S. 280 f.: "Während sie die Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern für ihre Industrieerzeugnisse predigten und erzwangen, schotteten sie ihre Märkte weiterhin gegen Produkte der Entwicklungsländer wie Textilien und Agrarerzeugnisse ab. Während sie den Entwicklungsländern predigten, ihre Wirtschaftzweige nicht zu eigenen subventionieren, unterstützten sie ihre Landwirte Milliardenbeträgen, so dass die Entwicklungsländer nicht mithalten konnten. Während die Vereinigten Staaten über die Segnungen freier Märkte predigten, setzten sie sich energisch für globale Kartelle bei Stahl und Aluminium ein, sobald inländische Wirtschaftszweige durch Importe bedroht wurden. Die Vereinigten Staaten drängten auf die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen, aber sie widersetzten sich einer Liberalisierung all jener Dienstleistungssektoren, in denen die Entwicklungsländer stark sind, nämlich Bauwirtschaft und Schiffsbau und Seetransport. Das System des Welthandels ist so ungerecht, dass die ärmeren Länder nach der letzten Handelsrunde sogar schlechter dastehen als zuvor".

<sup>&</sup>lt;sup>180</sup> Michael Mann, Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaates beendet?, in: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, H. 106, Jg. 27. (1997) Nr. 1, S. 113-141.

## SICHERHEIT ALS ZENTRALE GRÖSSE DER INTERNATI-ONALEN POLITIK

Die Nationalstaaten haben über Jahrhunderte hinweg militärische, diplomatische und ökonomische Instrumente geschaffen, um Territorium und Gesellschaft zu sichern. Die realistische Prämisse ,si vis pacem para bellum' (,wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor') hatte unumstrittene Geltung. Krieg und Rüstung, schon für die Entstehung des modernen Staates zentral, wurden zum "Herz der Souveränität"<sup>181</sup>.

Souveränität bedeutete also, sich militärisch organisieren und politisch behaupten zu können. Dieser Primat der Außenpolitik schloss militärische Angriffs- und Abwehrbereitschaft in einer anarchischen Welt potentieller Feinde mit ein. Der Preis für innerstaatliche Organisation und Frieden war die sprungartige Zunahme von Kriegen seit dem 16. Jahrhundert, die im 20. Jahrhundert ihre vorläufigen Höhepunkte in zwei Weltkriegen fanden, wobei dieses Ringen um Gleichgewicht immer wieder durch Hegemoniebestrebungen unterbrochen wurde <sup>182</sup>. Bei genauer Betrachtung suchten Politiker und Generäle keine Sicherheit im Gleichgewicht, sondern vielmehr im Übergewicht der Macht! Es muss also zwischen Gleichgewicht als wissenschaftlich-deskriptiver und praktisch-politischer Kategorie unterschieden werden, mit ihrer Gleichgewichtsrhetorik suchen Politiker und Generäle oft Hegemoniebestrebungen zu verschleiern.

Nukleare Abschreckung wurde seit 1945 zum neuen sicherheitspolitischen Prinzip<sup>183</sup>. Nach der Explosion der beiden Atombomben und der entsprechenden Entwicklung auf sowjetischer Seite entstand ein neues Gleichgewicht des Schreckens, das nukleare Patt, das als Kalter Krieg in die Geschichte einging. Aber auch diese Zeitspanne war alles andere als eine friedliche Periode. Die Zahl bewaffneter Konflikte hatte

<sup>&</sup>lt;sup>181</sup> Harold Laski, The State in Theory and Practice, London 1935, S. 29.

<sup>&</sup>lt;sup>182</sup> Vgl. Heinrich Triepel, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten (1938), Aalen 1974.

Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt 1969, S. 215; Bernhard Brodie, Hrsg., The Absolute Weapon, New York 1946; ders., Strategy im the Missile Age, Princeton, N.J. 1959.

\_\_\_\_\_

von 1945 bis 1989 so explosionsartig zugenommen, dass von einer dritten Weltkriegsperiode gesprochen werden kann<sup>184</sup>.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus entfiel die entscheidende Bedrohung weltpolitischer Sicherheit; die Gefahr eines Dritten Weltkrieges, einer nuklearen Katastrophe wurde erheblich reduziert. Nukleare Abschreckung hat also seit 1989/90 ihre Zentralität verloren, doch neue sicherheitspolitische Herausforderungen sind entstanden<sup>185</sup>:

- 1. Ethnische Konflikte, Kernwaffenproliferation, Destabilisierungsprozesse innerhalb und außerhalb Europas führen zu neuen Unsicherheiten.
- 2. Diese Gefahren erfordern auch neue strukturelle Veränderungen, also Architekturlösungen mit Blick auf die tragenden Institutionen wie UNO, NATO, OSZE u.a.

Aktuelle Risiken und grundlegende Strukturprobleme sind also miteinander verbunden<sup>186</sup>. Unterscheidet man zwischen innerer und äußerer Sicherheit – was im Zeitalter des internationalen Terrorismus immer schwieriger wird – und versteht unter letzterem den Schutz eines Staates vor äußerer Gewalt, Druck, Drohung oder Erpressung, dann kann man vier Dimensionen von Sicherheit unterscheiden<sup>187</sup>:

1. Nationale Sicherheit als Fähigkeit einer Nation, ihre Werte vor äußerer Bedrohung zu schützen. Diese traditionelle Funktion als Fähigkeit eines Staates, einen Angriff oder politische Erpressung erfolgreich abzuwehren, bleibt zentral, aber aktuell von nachgeordneter Bedeutung. Im Übrigen ist es im Nuklearzeitalter selbst den großen Atommächten nicht mehr möglich, alleine für nationale Sicherheit zu sorgen. Jedes Land ist verwundbar, ja zerstörbar; es gibt keine absolute Sicherheit mehr: "Who strikes first, dies second' bleibt auch nukleare Abschreckungsmaxime im 21.

Herfried Münkler, Den Krieg wieder denken. Clausewitz, Kosovo und die Kriege des 21. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 44 (1999), S. 678-688.

<sup>&</sup>lt;sup>184</sup> Vgl. Ekkehart Krippendorff, Internationale Beziehungen als Wissenschaft, Bd. 2, Frankfurt/Main 1977; ders., Kritik der Außenpolitik, Frankfurt/Main 2000.

<sup>&</sup>lt;sup>186</sup> Vgl. Joachim Krause, Kooperative Sicherheitspolitik: Strategische Ziele und Interessen, in: Karl Kaiser, Joachim Krause, Hrsg., Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3, Interessen und Strategien, München 1996, S. 82.

Vgl. hierzu Dieter Dettke, Militärpolitik/Sicherheitspolitik, in: Woyke, Handwörterbuch Internationale Politik, a.a.O., S. 271-279.

03

Jahrhundert. Seit der Zeitenwende 1989/90 und angesichts der wachsenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, ist nationale Sicherheit komplexer geworden. Weil traditionelle Landesverteidigung fast unmöglich geworden ist, schließen sich Staaten nach wie vor zu Verteidigungsbündnissen gegen einen potentiellen Gegner zusammen, wie z.B. in der NATO.

- 2. Kollektive Sicherheit bezieht sich auf mögliche gemeinsame Aktionen gegen potentielle Gegner, innerhalb oder außerhalb dieses Systems. Historische Vorbilder sind der Völkerbund, die UNO oder die OSZE. Dieses System kollektiver Sicherheit setzt auf vier (in der Regel unerfüllbare) Hypothesen:
  - a. Jedes Mitglied trägt zur Aufrechterhaltung des Status Quo bei und ist davon überzeugt, dass im eigenen und gemeinsamen Interesse dessen Veränderung durch revisionistische d.h. kriegerische Staaten verhindert werden muss, und dies Opfer wert ist.
  - b. Das System muss militärisch stark genug sein, um einem oder mehreren Angriffen standhalten zu können. Entscheidend ist, dass der gemeinsame Wille zu politischen und militärischen Reaktionen führt.
  - c. Ein echtes System kollektiver Sicherheit darf sich im Unterschied zum bloßen Bündnissystem gegen keinen einzelnen Staat richten.
  - d. Kollektive Sicherheit und Neutralität schließen einander aus. Jedes Mitglied muss seinen Verpflichtungen ohne Wenn und Aber nachkommen, und Sanktionen und militärische Maßnahmen mittragen, damit der kollektive Charakter erhalten bleibt<sup>188</sup>.

Das Scheitern des Völkerbundes in den 30er Jahren angesichts italienischer, japanischer und deutscher Aggression, wie auch das Scheitern von UNO und OSZE angesichts der serbischen Völkermordstrategie im zerfallenen Jugoslawien in den 90er Jahren, veranschaulichen das Versagen von kollektiver Sicherheit.

<sup>&</sup>lt;sup>188</sup> Vgl. Georg Schwarzenberger, Machtpolitik, Eine Studie über die internationale Gesellschaft, Tübingen 1955, S. 285 f..

3. Nach nationaler und kollektiver Sicherheit umfasst internationale Sicherheit alle zwischenstaatlichen Ansätze zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit der Mitglieder des internationalen Systems. Internationale Sicherheit umfasst also Militärbündnisse wie internationale Organisationen, die Sicherheit durch Machtabbau, Machtkontrolle, Machtgleichgewicht und durch Zusammenarbeit zu erreichen suchen. Dieser Begriff hebt vor allem auf die globale Reichweite von Sicherheitsfragen ab und betont die Bedeutung der UNO als ordnungsschaffende Organisation.

Die UNO, 1945 von 51 Staaten gegründet, ist die einzige internationale Organisation, die den Weltfrieden und die humanen Lebensbedingungen für alle Völker zu sichern sucht<sup>189</sup>. Ihre globale Verantwortung bleibt unbestritten, aber auch nach Ende des Kalten Krieges steht sie vor großen Schwierigkeiten, denn ihr globaler Geltungsanspruch kollidiert oft mit den nationalen Eigeninteressen der Mitglieder. Das auf Konsens- bzw. Kompromiss angelegte System der UNO gestaltet sich vor diesem Hintergrund besonders schwierig. Blieb der UNO im Kalten Krieg nur eine Nebenrolle, so eröffnen sich nach 1990 neue Aufgabenfelder der internationalen und regionalen Friedenssicherung. Neben den in den 50er Jahren entwickelten Operationsformen von Militärbeobachtern zur Überwachung von Waffenstillstands- oder Friedensabkommen kam es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu friedensschaffenden Einsätzen, weil zunächst die Großmächte im Sicherheitsrat besser kooperierten. Doch weil Weltmächte wie die USA, Russland und/oder die VR China inzwischen (wieder) nicht immer gemeinsam handeln, kann die UNO die Folgelasten des Kalten Krieges und die neuen kriegerischen Herausforderungen in Asien, Afrika, Lateinamerika, dem Nahen Osten und auf dem Balkan nur selten bewältigen, wie die spektakulären Fehlschläge in Ruanda, Srebrenica oder Sierra Leone zeigen.

Im Golf-Krieg autorisierte der Sicherheitsrat die kollektive Anwendung von militärischer Gewalt; das wäre im Zeitalter des

1

<sup>&</sup>lt;sup>189</sup> Vgl. Günther Unser, Die UNO, Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, München 1997 und Rüdiger Wolfrum, Hrsg., Handbuch Vereinte Nationen, 2. völlig neu bearb. Aufl., München 1991.

Kalten Krieges undenkbar gewesen. Diese neue Entscheidungsfähigkeit, nicht zuletzt dynamisiert durch die Rolle der USA im Golf-Krieg, nährte die Hoffnung auf eine neue Weltordnung mit einer starken UNO. Neben der zahlenmäßigen Zunahme der Kriege hat sich das Kriegsbild durch Bürgerkrieg und Terrorismus erweitert. Folglich erweiterte der Sicherheitsrat seine Befugnisse, erklärte Vorgänge wie Bürgerkriege, Vertreibungen, Völkermord, Terrorismus und andere Menschenrechtsverletzungen zur Bedrohung des Weltfriedens, beschloss Maßnahmen zu ihrer Beendigung, verhängte Sanktionen und unternahm neue Anstrengungen zur Friedenssicherung.

Die 90er Jahre zeigten allerdings, dass die Vereinten Nationen überfordert wurden. Nach anfänglichen Erfolgen in Namibia 1989/1990 oder Kambodscha 1992 führten die Rückschläge in Somalia, Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien zu einem fortschreitenden Verlust des Vertrauens in die Vereinten Nationen. Die Obstruktionspolitik der USA brachte die UNO sogar an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Seit dem 11. September 2001 haben die USA ihre Einstellung zur UNO konstruktiv verändert, so dass die Reformvorhaben von UNO-Generalsekretär Kofi Annan bessere Aussichten haben, die UNO auf die neuen Herausforderungen Globalisierung und Terrorismusbevon kämpfung einzustellen<sup>190</sup>.

Doch alle Reformen bleiben nutzlos, falls nicht alle Mitgliedstaaten erkennen, dass die UNO nur internationale Sicherheit schaffen kann, wenn sie selbst dies wollen.

4. Kooperative Sicherheit entsteht aus der Einsicht, dass gemeinsam die Ursachen der Bedrohungen auch militärisch bekämpft werden müssen. Kooperative Sicherheitspolitik setzt also Fähigkeit und Bereitschaft zum gemeinsamen Einsatz von Streitkräften voraus. Seit der Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen im ehemaligen Jugoslawien hat der Begriff der Kooperativen Sicherheit in Deutschland an Bedeutung gewonnen, und seit Mitte

a.a.O., S. 465 ff.

-

Dabei konzentrieren sich Annans Reformanstrengungen auf: 1. Reform des Sicherheitsrates; 2. die Schaffung neuer Organe und Einbeziehung neuer Akteure; 3. auf die Reform der Friedenssicherung und Friedenserzwingung wie z.B. der Friedensmission im Kosovo und 4. auf eine umfassende Verwaltungs- und Finanzreform, vgl. Klaus Hüfner, Vereinte Nationen, in: Woyke, Handwörterbuch,

der 90er Jahren ist die Einstellung in der Bundesrepublik zu Einsätzen der Bundeswehr aufgeschlossener geworden. Doch wird der Begriff kooperative Sicherheitspolitik oft mit gewaltfreier Sicherheitspolitik gleichgesetzt. Das ist eine Fehleinschätzung. Nach dem 11. September 2001 ist allerdings die Einsicht weiter gewachsen, dass Aggression und Terror mit militärischer Gewalt begegnet werden muss. Offen bleibt, welche Rolle die NATO für kooperative Sicherheit spielen wird, denn sie wurde als traditionelles Verteidigungsbündnis begründet<sup>191</sup>.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sind für die NATO-Mitglieder neue Bedrohungsszenarien entstanden. Doch nach wie vor gilt im Bündnis eine defensive Militärstrategie, die Begrenzung auf die strategische Einhaltung des Bündnisgebietes, die Solidarität der Bündnismitglieder, die Kollektivität der Verteidigung und integrierte Militärstrukturen sowie das Zusammenwirken von nuklearen und konventionellen Streitkräften. Anderseits drängen die USA auf eine offensive Terrorismusbekämpfung. Terroristen und die sie unterstützenden Staaten geraten zunehmend ins Visier einer Antiterrorstrategie, die die Kriegshandlungen auszudehnen sucht<sup>192</sup>. Eine antiterroristische roll-back-Strategie, wie von der Regierung Bush befürwortet, stößt jedoch bei den europäischen NATO-Partnern auf Skepsis<sup>193</sup>. Heute versteht sich die NATO zunehmend als politisches Bündnis. Dialog und Kooperation mit den anderen Staaten Europas wie mit den Vereinten Nationen und der OSZE sollen eine neue Sicherheitsstruktur in Europa hervorbringen.

Dazu hat die NATO seit der Zeitenwende ihre Streitkräfte um 300.000 auf 1,05 Millionen verringert. Anstatt der bisherigen 8 Corps mit insgesamt 32 Divisionen gibt es noch 6 multinationale Corps mit 14 Divisionen. Auch haben die NATO-Verteidigungsminister im Dezember 1992 die überholte Planung für den Einsatz von Atomwaffen außer Kraft gesetzt. Das ist für Deutschland von Bedeutung, da diese Zielplanung auf deutsches Territorium ausgerichtet war. Nach dem Abbau

<sup>191</sup> Christian Hacke, Die Zukunft der NATO – Verteidigungsbündnis oder System kollektiver Sicherheit à la OSZE?, in: Politische Studien, 53 (Sommer 2002), i.E..

<sup>&</sup>lt;sup>192</sup> Vgl. Paul Dibb, The Future of International Coalitions: How Useful? How Manageable?, in: The Washington Quarterly, Spring 2002, S. 131 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>193</sup> Vgl. Michael Howard, What's in a Name?, in: Foreign Affairs, 81, (Jan./Feb. 2002) 1, S. 8 ff..

von rund 80 Prozent ihrer atomaren Kurzstreckenwaffen behält die NATO in Europa noch etwa 700 luftgestützte Nuklearwaffen.

Im April 1999 wurde ein neues strategisches Konzept beschlossen, um die neuen Sicherheitsaufgaben Abschreckung, Verteidigung, Krisenbewältigung und Partnerschaft mit anderen Staaten effektiver bewältigen zu können.

Die NATO bleibt für die Sicherheit in Europa entscheidend, allerdings zunehmend als "Interlocking Institution" mit UNO, OSZE, WEU und EU zusammen. Aber weder NATO, noch die anderen Institutionen haben in Europa die Kriege der 90er Jahren verhindern können<sup>194</sup>.

Nach dem 11. September 2001 wurde die NATO erstmals auch mit dem Phänomen des Terrorismus konfrontiert. Sie reagierte prompt und erklärte 52 Jahre nach Gründung erstmals nach Artikel 5 des NATO-Vertrags den Bündnisfall. Doch in Afghanistan und bei weiteren Aktionen trat die NATO bislang als Organisation nicht in Erscheinung. Schon vor dem 11. September hatten sich zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedern Konflikte angestaut, von der Raketenabwehr über die NATO-Erweiterung bis hin zum Kosovo-Luftkrieg. Während die Europäer den Amerikanern vorwerfen, auch angesichts der terroristischen Bedrohung, vorwiegend alleine zu handeln, werfen die USA den Europäern unzureichende militärische Anstrengungen, fehlenden gemeinsamen politischen Willen und Antiamerikanismus-Tendenzen vor. Auch mit Blick auf die zukünftige Kriegsführung gegen den internationalen Terrorismus vertiefen sich die Unterschiede: Während die USA ihren Druck auf Staaten wie den Irak erhöhen, warnen die Europäer vor Angriffen<sup>195</sup>.

Transatlantische Debatten über die Zukunft der NATO hat es schon immer gegeben, aber heute wird die NATO von einer Macht geführt, die mehr denn je entschlossen ist, ihre Sicherheitsinteressen, wenn nötig auch unilateral durchzusetzen. Nach wie vor haben die USA ein Grundsatzinteresse an der Aufrechterhaltung der NATO, denn sie bildet den multinationalen Rahmen für ihre zentralen sicherheitspoliti-

<sup>195</sup> Vgl. Christian Hacke, Die Weltpolitische Rolle der USA nach dem 11. September 2001, in: APUZ (Aus Politik und Zeitgeschichte), B 51, 14.12.2001, S. 16 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>194</sup> Vgl. Johannes Varwick, Wichard Woyke, Die Zukunft der NATO, Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 2000; Richard L. Kugler, Enlarging NATO, The Russian Factor, Santa Monica 1996; David S. Yost, NATO Transformed: The Alliance's New Roles in International Security, Washington D.C. 1998.

\_\_\_\_\_

schen Interessen und bleibt folglich wichtig für die Legitimation amerikanischer Sicherheitspolitik. Die Schlüsselfrage bleibt, ob die USA ihre Interessen in der NATO als klassisches Verteidigungsbündnis oder als kollektives Sicherheitssystem zu sichern wünschen.

Die Zukunft der NATO wird also davon anhängen, "ob und inwieweit ein Bündnis, das jahrzehntelang auf die Abwehr von Angriffen zwischen Staaten ausgerichtet war, auch für andere Arten von Gefahren gewappnet ist"<sup>196</sup>.

Die Sicherheitspolitik innerhalb Europas verlief nach der Zeitenwende von 1989/90 im Spannungsfeld von kollektiver Verteidigung und kollektiver Sicherheit<sup>197</sup>: Im Maastrichter-Vertrag von 1992 wurden die Voraussetzungen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) geschaffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik als eigenständige Säule der EU gehört. Im Zuge einer geplanten Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) einigten sich 1992 die WEU-Mitglieder auf folgende (sogenannte "Petersberger") Aufgaben: Humanitäre Hilfe, friedenserhaltende Einsätze und Kampfeinsätze zur Bewältigung von Krisen und friedenschaffende Maßnahmen. 1997 wurde im Amsterdamer Vertrag die GASP weiter ausgebaut durch die Funktion des hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Der erste Amtsinhaber, Javier Solana, versucht seitdem der EU in außenpolitischen Fragen Stimme und Gesicht zu verleihen.

Auf dem Gipfeltreffen der EU in Köln im Juni 1999 einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, "dass die Europäische Union ihre Rolle auf der internationalen Bühne uneingeschränkt wahrnimmt. Hierzu beabsichtigen wir, der Europäischen Union die notwendigen Mittel und Fähigkeiten an die Hand zu gegeben". Bis 2003 soll eine schnelle Eingreiftruppe (bis zu 60.000 Mann) aufgestellt werden, um binnen 60 Tagen die Petersberger Aufgaben zu lösen.

Doch eine neue Qualität von Außen- und Sicherheitspolitik kann nur dann entstehen, falls die Einzelstaaten außen- und sicherheitspolitische Souveränität abtreten. Die Balkankriege und die europäischen

<sup>&</sup>lt;sup>196</sup> Bernhard von Plate, OSZE und Europarat – Stabilität durch Krisenmanagement und Interessenausgleich, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 274, Bonn 2002, S. 13 ff (S. 22).

<sup>&</sup>lt;sup>197</sup> Zur Geschichte der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik siehe: Werner Weidenfeld, Europa-Handbuch, Bonn 2002.

Reaktionen haben allerdings gezeigt, dass die unterschiedlichen nationalen Interessen der Europäer nur schwer auf einen Nenner zu bringen sind, und deshalb Europa als Ganzes außen- und sicherheitspolitisch weitgehend handlungsunfähig bleibt. Der NATO-Luftkrieg im Frühjahr 1999 im Kosovo hatte den Staaten der EU außerdem vor Augen geführt, dass sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, in Europa einen Krieg militärisch siegreich zu beenden. Wieder waren es die USA, die den Ausschlag gaben.

Auch nach dem 11. September 2001 war von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer nur wenig zu spüren. Europa übt sich primär in Rhetorik und Organisationsmodellen. So hat sich eine Institutionen-Vielfalt entwickelt, welche die Gewährleistung der europäischen Sicherheit allein aus europäischer Kraft fraglich erscheinen läßt.

Auch die Entwicklung der KSZE/OSZE stimmt wenig hoffnungsvoll, denn nach der Auflösung der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei ist die OSZE auf 55 Staaten angewachsen und zu heterogen, um als schlagkräftiges Instrument europäische Sicherheit zu garantieren<sup>198</sup>. Die OSZE bemüht sich seit den 90er Jahren um Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Abrüstung. Ihr Aufgabenspektrum umfasst heute: Überwachung von Wahlen, von Minderheitenrechten, von Abkommen zwischen Konfliktparteien und von Waffenembargen. Doch im Fall von Krisen und Kriegen bleibt sie ohne Kraft. Den Krieg um das Kosovo konnte sie nicht verhindern, sondern verließ vielmehr dieses Gebiet wenige Tage bevor die Kampfhandlungen der NATO gegen Serbien und Montenegro im März 1999 begannen.

Die Grundtendenz, Konflikte mit kriegerischen Mitteln auszutragen, hat sich seit der Zeitenwende verschärft<sup>199</sup>. Technologische Dynamik, Rüstung und Krieg bleiben also zentrale Phänomene im 21. Jahrhundert. Vor allem wird der noch lang anhaltende Folgeprozess des Zusammenbruchs der UdSSR Kriege begünstigen. Doch lauern weltweit ethnische, religiöse, ideologische oder machtpolitische Konflikte. Folglich hat sich das Kriegsbild seit 1989 und seitdem – vor allem

<sup>199</sup> Vgl. Klaus Jürgen Ganzel u.a., Kriege der Welt. Ein systematisches Register der kriegerischen Konflikte 1985-1992, Bonn 1992.

.

<sup>&</sup>lt;sup>198</sup> Zur KSZE siehe Kurt P. Tudyka, Das OSZE Handbuch, Opladen 1997; Auswärtiges Amt, Hrsg., 20 Jahre KSZE 1973-1993, eine Dokumentation, Bonn 1993.

unter dem Eindruck des 11. September 2001 - verändert bzw. erweitert<sup>200</sup>:

- 1. Die Grenze zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern war schon im Verlauf des 20. Jahrhunderts verschoben worden: Waren nur 5 Prozent der im Ersten Weltkrieg Getöteten Zivilisten, so stieg die Anzahl der getöteten Zivilisten im 2. Weltkrieg schon auf 66 Prozent an. Heute, im Zeitalter von Bürgerkriegen, ethnischen Auseinandersetzungen, militärischer Intervention und terroristischer Bedrohung, werden Zivilisten zu 80-90 Prozent in Mitleidenschaft gezogen. Sie bilden das Zentrum der Kriegsziele.
- 2. Konnte man noch im 20. Jahrhundert relativ klar zwischen Krieg und Frieden unterscheiden, weil in der Regel beide Perioden durch Kriegserklärung bzw. Friedensvertrag voneinander getrennt wurden, so löste sich in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts der Unterschied zwischen Krieg und Frieden auf. Schon der "Kalte Krieg" entzog sich traditioneller Einordnung, deshalb die paradoxe Wortschöpfung. Seit der Zeitenwende von 1989/90 sind unerklärte Kriege zur Regel geworden und infolge des 11. September kann im klassischen Sinne nicht mehr von Frieden gesprochen werden<sup>201</sup>.
- 3. Kriege waren als rationales Instrument der Politik einem politischen Primat untergeordnet und begrenzt kalkulierbar. Die beiden Weltkriege zeigten jedoch, dass die ursprünglichen Intentionen und Kriegsziele der Aggressoren sich ins Gegenteil verkehrten. Wurden die Weltkriege prinzipiell durch Friedensverträge abgeschlossen, fehlen diese in der Regel bei Ende von Krieg und Bürgerkrieg der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Humanitäre Intervention ist eine neue Form der Konfliktlösung, die allerdings selbst auch eine Form des Konfliktaustrags darstellt. Sie bringt aber nicht klare Lösungen, sondern unter Umständen Protektorate oder Mandatsgebiete. Weil diese allerdings im Unterschied zum 19. Jahrhundert nicht als nationale, sondern als Gemeinschaftsaufgaben wahrgenommen werden, sind

<sup>200</sup> Vgl. von Bredow, Turbulente Welt-Ordnung, a.a.O., S. 90.

Vgl. Bruce Hoffman, Terrorismus: Der unerklärte Krieg, neue gefahren politischer Gewalt, Frankfurt/Main 2001.

Effektivität, völkerrechtliche Zuständigkeit und gesellschaftlichpolitische Stabilität offen<sup>202</sup>.

- 4. Bis zum Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts dominierte die Vorstellung vom Krieg unter Territorialstaaten. Heute ist diese symmetrische Vorstellung nicht mehr allein gültig. Der Staat hat sein traditionelles Monopol auf Streitkräfte eingebüßt. Kriege werden auch von nichtstaatlichen Organisationen finanziert und geführt. Damit haben sich die Gewichte zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Kombattanten bei der Kriegführung verändert: Seit dem 11. September sehen sich die USA als Angegriffene gezwungen, eine Militäroperation gegen eine kleine internationale, von keiner Regierung gesteuerte Organisation zu führen, der sowohl das Territorium als auch eine erkennbare Armee fehlt. Das macht die moderne asymmetrische antiterroristische Kriegführung besonders komplex<sup>203</sup>.
- 5. Bei der drohenden Aufsplitterung der Staatenwelt sind immer weniger Territorialstaaten politisch, militärisch und ökonomisch in der Lage, souverän zu handeln und für Sicherheit zu sorgen. Von den knapp 200 Staaten kontrollieren praktisch 10 Mächte die Staatenwelt, wobei die USA mit Abstand die meiste Macht besitzen. Die übrige Staatenwelt ist aufgeteilt in diejenigen, die sich bis zu einem gewissen Grad militärisch schützen können sowie von Globalisierung profitieren, während sich ein anderer Teil ökonomisch und militärisch bedroht fühlt, sowie staatliche Souveränität und Handlungsfähigkeit verliert. In Kaschmir, Angola, Sri Lanka, Tschetschenien, Kolumbien und Argentinien sowie in großen Teilen von Afrika und Lateinamerika ist staatliche Ordnung allenfalls noch rudimentär vorhanden<sup>204</sup>.

Die Staatenwelt ist nicht auf dem Weg zur schönen neuen Gesellschaftswelt, sondern geteilt in solche Staaten, die ihr Territorium und ihre Bürger sichern können und in solche, die schwach und korrupt,

Vgl. Henry Kissinger, Die Herausforderung Amerikas: Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin 2002, S. 331 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>203</sup> Vgl. Kai Hirschmann, Das Phänomen Terrorismus: Entwicklungen und neue Herausforderungen, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 453 ff; Hans Frank, Kai Hirschmann, Hrsg., Die Weltweite Gefahr, Terrorismus als Internationale Herausforderung, Berlin 2002.

<sup>&</sup>lt;sup>204</sup> Vgl. Campbell, Flournoy, To Prevail, a.a.O.., S. 167 ff..

am Rande der Auflösung taumeln. Gerade weil keine globale Autorität bzw. Institution oder Weltregierung im Entstehen begriffen ist, die in der Lage wäre, bewaffnete Auseinandersetzungen zu kontrollieren oder zu Ende zu bringen, hängen Sicherheit und Stabilität entschieden davon ab, dass große Mächte regionale und globale Ordnungsfunktion übernehmen, entweder durch direktes Eingreifen oder im Rahmen von Gemeinschaftsinstitutionen<sup>205</sup>. Man stelle sich die Weltpolitik im 20. Jahrhundert ohne die USA vor, - im 1. und 2. Weltkrieg, nach 1945, zur Zeitenwende von 1989/90 und im Zeitalter von Globalisierung und Terrorismus!

Staaten und Imperien handeln selten altruistisch, aber eben so selten hat eine Weltmacht versucht, nationale Interessen und zivilisatorische Wertvorstellungen mit den komplexen Interessenlagen und Wertdimensionen der Weltpolitik in Einklang zu bringen, wie die USA im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Sie bestimmen den Grad der Effektivität von globalen oder regionalen Gemeinschaftsinstitutionen wie UNO, NATO, OSZE, Weltbank, IWF etc. Nicht eine abstrakt-ideelle Gemeinschaftsidee, sondern ihre Verankerung in kluger Machtpolitik und effektiver Bündelung von nationalen Interessen ist von Nöten.

Doch die Frage nach der Rolle von großen Mächten in der Tradition von Leopold von Ranke, Ludwig Dehio oder Waldemar Besson kommt in der deutschen Wissenschaft von der Internationalen Politik zu kurz<sup>206</sup>, während sie von den amerikanischen Neorealisten wie Robert Gilpin, Richard Rosecrance u.a. intensiv analysiert wird<sup>207</sup>.

<sup>205</sup> Vgl. Alan Gilbert, Must Global Politics Constrain Democracy?, Great-Power Realism, Democractic Peace and Democratic Internationalism, Princeton 1999.

<sup>206</sup> Leopold von Ranke, Die Großen Mächte, a.a.O.; Ludwig Dehio, Hegemonie oder Gleichgewicht, a.a.O.; Waldemar Besson, Die Großen Mächte: Strukturfragen der gegenwärtigen Weltpolitik, Freiburg 1966.

Robert O. Keohane, After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton, N.J. 1984; Richard Rosecrance, International Relations: Peace or War, New York 1973; Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/Main 1989; David Calleo, NATO's New Strategy and ESDI: European Security in the New Millenium, Maastricht 1999; ders., Beyond American Hegemony: the Future of Western Alliance, New York 1987; ders., Europe's Franco-German Engine, Washington D.C. 1998; ders., Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr: neue Aspekte zur Rolle Deutschlands in der Weltgeschichte von Bismarck bis heute, Bonn 1980; ders., The Imperious Economy, Cambridge 1982.

Heute sollte an diese Tradition angeknüpft werden: Wie wirkt die Zeitenwende auf die alten und neuen Mächte? Welche Mächte wirken als Katalysator für Wandel, welche wirken beharrend? Wäre heute nicht eine vergleichende Analyse in der Tradition von von Zbigniew Brzezinski und Samuel P. Huntington gerade im Rückblick auf 1989/90 überfällig?<sup>208</sup>. Doch in Deutschland wird die Analyse der Internationalen Beziehungen auf der nationalstaatlichen Ebene vernachlässigt zugunsten einer Betonung von Institutions-, Integrationsund sog. Regimeansätzen. Hier gehört es offensichtlich zur wissenschaftspolitischen correctness, europäische Integration idealtypisch im Sinne des liberalen Institutionalismus mit dem sympathisierenden Weichzeichner zu skizzieren, anstatt Fehler und Versäumnisse der gegenwärtigen europäischen Integrationsprozesse kritisch auszuleuchten.)

Auch war in Deutschland bis 1945 das Klischee des unvermeidbaren Krieg wirkungsvoll, heute zeigt in der Politikwissenschaft umgekehrt das Klischee vom vermeidbaren Krieg erhebliche Wirkung. Diese analytische "Kopf-in-den-Sand-Einstellung" erschwert eine vorurteilsfreie Analyse vieler neuer sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich idealtypisch anhand folgende Kriegsbilder darstellen lassen.

- 1. Das simulierte nukleare Kriegsbild des Kalten Krieges hat an Schrecken eingebüßt, bleibt jedoch mit Blick auf die ansteigende Zahl der Akteure, die über Nuklearwaffen verfügen bzw. sich um diese bemühen, nach wie vor nicht sehr groß. Angesichts von wachsender Risikobereitschaft und Proliferation kann es jedoch schnell Wirklichkeit werden, wie z.B. auf dem indischen Subkontinent.
- 2. Das konventionelle Kriegsbild bezieht sich als "gängige" Form kriegerischer Auseinandersetzung auf Territorien, Bevölkerungsgruppen, Machtressourcen, Machtansprüche, aber auch auf Prestige und nationale Interessen und überstaatliche Ideen.
- 3. Das subkonventionelle Kriegsbild bezieht sich auf Bürgerkrieg und Guerillakrieg, betont also die Form des Kleinkrieges, der hochmoderne technische Hilfsmittel und primitive Technologie zu verbinden weiß. Krieg zwischen regulären Streitkräften, aber

<sup>&</sup>lt;sup>208</sup> Zbiginiew Brzezinski, Samuel P. Huntington, Political Power: USA/USSR Similarities and Contrasts, Convergence or Evolution, New York 1963.

auch zwischen ethnischen oder religiösen Minderheiten, Kampf von Völkern untereinander, nicht selten innerhalb eines Staatsverbandes, prägen dieses Kriegsbild. Politische Selbstbestimmung oder gar nationale Souveränität bilden oft die Hauptziele<sup>209</sup>.

4. Dem terroristischen Kriegsbild als besondere Form der Gewalt und Kriegsführung liegt eine Ideologie oder eine religiöse Weltsicht zugrunde. Die terroristische Kriegsführung verfolgt fünf Ziele: a. Aufmerksamkeit für die eigenen Ziele, b. emotionale Wirkung von Angst und Verunsicherung der Völker und Staaten, c. Angriffe auf willkürliche Ziele, d. Bruch mit sozialen Normen und e. eine planetarische Reichweite des Terrors bis in die Metropolen des Gegners.

## DER TERRORISMUS ALS NEUER WIRKUNGSFAKTOR DER INTERNATIONALEN POLITIK

Der Kampf gegen Terrorismus erfordert neue methodische Zugriffe und in der Politik neue Dimensionen des Mitteleinsatzes, sowie die Bereitschaft zum räumlich und zeitlich nicht begrenzten Krieg. Die Ausschaltung von bin Laden und Al Kaida reicht allein nicht aus, denn Ideologien überleben Ideologen und religiöse Fanatiker. Der Terrorist versteht die weltweite Ausbreitung westlicher Wertvorstellungen, Leitbilder, Lebens- und Konsumstile als Bedrohung kultureller und religiöser Identitäten, die ergänzt wird durch die Erinnerung an koloniale und imperiale Unterdrückung. "Der Mangel an Fortschritt, verbunden mit dem Zusammenbruch säkularer Ideologien hat einen heiligen Zorn hervorgebracht, der in Wirklichkeit alles andere als heilig ist"<sup>210</sup>.

Mangelhafte Bildung, Armut und ein kulturelles Unterlegenheitsgefühl bilden den Nährboden für religiösen Fanatismus. Auch der jahrzehntelange arabisch-israelische Konflikt, der durch Israels absoluten Sicherheitsanspruch und brutale Besatzungspolitik verschärft

. .

<sup>&</sup>lt;sup>209</sup> Vgl. Hirschmann, Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 454.

Walter Laqueur, Die globale Bedrohung, Neue Gefahren des Terrorismus, München 2001, S. 166.

wurde, fördert die Neigung zum Terror<sup>211</sup>. Zur Bekämpfung des Terrors gehört konsequenterweise die Rückkehr des Westens, insbesondere der USA, zu einer objektiven Maklerrolle im arabisch-israelischen Konflikt. Vor allem Israels Rückgabe der besetzten Gebiete im Sinne der UNO-Resolution 242, die Einhaltung der Verträge seit Oslo und die Verwirklichung eines territorial einheitlichen Palästinenserstaates, der diesen Namen verdient, müssen durchgesetzt werden. Erst wenn Israel seine "strukturelle Gewalt"<sup>212</sup> gegenüber den Palästinensern zurücknimmt, kann eine Atmosphäre der Deeskalation eintreten, und könnte Terrorismus schwinden, um dann einer konstruktiven Nahost-Politik Raum zu geben. Es war kein Zufall, dass nach Beginn des Osloer Friedensprozesses die Zahl der Terroranschläge gegen Israel aufhörte. Darüber hinaus muss der Westen mehr dazu beitragen, dass im Nahen Osten Wirtschaft und Bildung stärker gefördert werden. Auf diesem Hintergrund eigener verstärkter ökonomischer und kultureller Anstrengungen des Westens macht die globale Antiterrorkoalition als multinationales Instrument unter der Führung der USA Sinn. Diese im Kern anglo-amerikanische Allianz, schon im 20. Jahrhundert in zwei Weltkriegen, im Kalten Krieg und im Golf-Krieg bewährt, setzt militärische Zusammenarbeit in Afghanistan fort. Zur Koalition gehören NATO-Partner, Amerikas wichtigste Verbündete in Süd-Ost-Asien – Japan und Australien – und für Washington zentral: auch arabische bzw. muslimische Staaten. Die beiden Mächte Russland und die VR China werden ebenso mitbeteiligt wie Staaten, die militärisches Vorgehen gegen die Terroristen in Afghanistan erleichtern.

Die Antiterror-Koalition ist im Kern Instrument der USA und Ausdruck von Amerikas Unilateralismus trotz aller multilateralen Rhetorik. Als der Irak Kuwait überfiel, war unilaterale Führung einfach und einsichtig, weil nur die USA die entscheidenden militärischen Mittel zur Verfügung stellen konnte und weil der Gegner und die Kriegsziele ebenso deutlich waren und letztlich weitgehend verwirklicht werden konnten<sup>213</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>211</sup> Anders Sandvig, Caught between Error and Terror: the Peace Process in the Middle East, Olso 1997.

<sup>&</sup>lt;sup>212</sup> Im Sinne von Johann Galtung, Strukturelle Gewalt, Reinbek 1975.

<sup>&</sup>lt;sup>213</sup> Vgl. Lothar Rühl, Strategischer Jahresausblick 2001, in: Österreichische Militärzeitschrift, 2002, Nr. 1.

Doch während beim Golfkrieg die Koalition explizit im Auftrag der UNO handelte, kommen der UNO, wie auch der NATO, im Rahmen der gemeinsamen Anti-Terror Koalition nur symbolische Bedeutung zu. Zwar hat die amerikanische Regierung die Unterstützung der NATO zur Kenntnis genommen, will aber politisch und militärisch unabhängig bleiben. Deshalb wünschen die USA kein Mandat des UNO-Sicherheitsrats für Militäraktionen, sondern handeln in Selbstverteidigung. Eine ausdrückliche Ermächtigung seitens der UNO wäre für die USA sogar hinderlich gewesen, denn diese hätte die Grenzen eines Einsatzes genau festgelegt und die Amerikaner politisch an künftige Entscheidungen der UNO gebunden.

Eine Ausdehnung antiterroristischer Maßnahmen auf den Irak, den Sudan, Somalia und auf andere Staaten ist nicht auszuschließen, falls diese Terror unterstützen, Massenvernichtungswaffen anstreben oder, wie im Fall des Irak, auch noch internationale Inspektionen verweigern. Nicht abstrakte Überlegung für eine neue Weltpolitik, sondern im Züge neuer antiterroristischer Gemeinsamkeiten könnten die transatlantischen Beziehungen, wie auch die Beziehungen der Großmächte untereinander verbessert werden.<sup>214</sup> Unter diesem Aspekt eröffnet die kritische weltpolitische Lage auch Chancen für eine gemeinsame UNO-Politik. Doch auch mit Blick auf die terroristische Bedrohung, bleibt eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik bisher in Ansätzen stecken. Gleichzeitig entsteht global gesehen durch Parallelisierung von innen- und außenpolitischer Terrordimension eine neue diffuse Bedrohung, die sich wie ein Schleier über die internationalen Beziehungen gelegt hat. In diesem Dunst wird jedoch paradoxerweise die weltweit angestiegene Bedeutung des Staates erkennbar. Er bietet in Zeiten von terroristischer Unsicherheit Schutz. Selbst die Amerikaner, gegenüber der Zentralregierung in Washington traditionell distanziert eingestellt, vertrauen auf die Sicherheitsvorsorge des Staates. Auch hoffen gerade arme Völker auf eine stabilisierende Rolle des Staates. Stimulierung der Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit und sichere internationale Kommunikation sind nicht durch den Markt, sondern erst durch das Staatensystem realisierbar<sup>215</sup>.

Insgesamt gesehen haben seit dem 11. September sicherheitspolitische Interessen Vorrang vor Menschenrechtsüberlegungen erhalten. So su-

<sup>214</sup> Vgl. Henry Kissinger, Über Afghanistan hinaus, in: Die Welt, 9.11.2001, S. 8.

<sup>&</sup>lt;sup>215</sup> Vgl. Oberreuter, Piazolo, Global Denken, a.a.O..

chen diktatorische Regime, Mitglieder der globalen Antiterror-Koalition, im Namen der Terrorismusbekämpfung politische und religiöse Minderheiten zu unterdrücken. Hier werden die Schattenseiten der Antiterrorstrategie sichtbar<sup>216</sup>.

Auch internationale Wirtschaftshilfe wird zunehmend als Belohnung für Loyalität im Zuge der Terrorismusbekämpfung vergeben. Die internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF entscheiden neuerdings weniger nach ökonomischen Effizienzkriterien, als nach politischen Opportunitätserwägungen.

Mit den Ereignissen des 11. September rückt auch eine bereits zuvor aufgeworfene Frage in den Blickpunkt: Droht weltweit ein "Kampf der Kulturen"<sup>217</sup>? Hat die kulturell-zivilisatorische Hegemonie des Westens, speziell der American way of life, das Selbstwertgefühl und die Selbstachtung anderer Kulturen, vor allem die des Islam, so tief verletzt und gedemütigt, dass die Ereignisse in ihrer Gewalttätigkeit auch unter dem Aspekt kultureller Selbstverteidigung gesehen werden müssen? Hat also der 11. September die Alternative geprägt: Zwang zur Verwestlichung oder antiwestlicher Zwang zum gewaltsamen Aufbegehren?<sup>218</sup> Noch zeichnet sich keine großräumige Blockbildung entlang religiös oder kulturell definierter Bruchlinien ab, aber das könnte sich ändern, wenn die Kriege sich ausweiten oder andere Krisen (wieder) entstehen, wie z.B. zwischen Indien und Pakistan, wo nationale Interessen, durch die Glaubensgegensätze zwischen Hindus und Moslems überlagert, selbst einen lokalen Nuklear-Krieg nicht mehr ausschließen. Die These vom Kampf der Kulturen bezieht sich weniger auf ein "west against the rest", sondern auf Konflikte wie z.B. zwischen Hindus und Moslems oder Minderheitenkonflikte in Asien, Afrika und dem Nahen Osten. Der grundsätzlich aufklärerische Grundcharakter der westlichen Kultur befördert vielmehr Modernisierung und Globalisierung und damit die Hoffnung, dass alle Kulturen durch Kooperation voneinander lernen und miteinander koexistieren können. Kein Land hat mehr unternommen, um Grenzen und Hindernisse zu beseitigen, um Kommunikations-, Informations- und Bewegungsfreiheit voranzutreiben, als die USA. So gesehen erscheint der

<sup>&</sup>lt;sup>216</sup> Vgl. Hacke, Die Weltpolitische Rolle der USA nach dem 11. September 2002, a.a.O., S. 21 f..

<sup>&</sup>lt;sup>217</sup> Huntington, Kampf der Kulturen, a.a.O..

<sup>&</sup>lt;sup>218</sup> Vgl. Ottfried Höffe, Der Kampf der Kulturen kann ausfallen, FAZ Sonntagszeitung, 10.10.2001, S. 11.

00

Angriff vom 11. September paradox, denn die Fortschritte von Globalisierung sind von den USA initiiert worden. Der Schock des 11. September sitzt deshalb so tief, weil nicht nur die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten, sondern das Vertrauen auf die Ordnungsfunktion der größten Macht der Welt erschüttert wurde.

Wie sehen die Chancen für erfolgreiche Bekämpfung des Terrorismus aus? Terrorismus war immer wirkungsvoll, selten jedoch erfolgreich, wie z.B. im Zuge der algerischen Freiheitsbewegung (FLN) im Kampf gegen die französische Besatzungsmacht in den 50er Jahren. Gerade die Anfänge des algerischen Unabhängigkeitskrieges verweisen auf die Stärken terroristischer Strategien<sup>219</sup>. Die weltgeschichtliche Entwicklung des Terrorismus zeigt, dass er in Wellen auftritt, selten besiegt wird, vielmehr allmählich ausläuft. Terror erlischt meistens, bevor er seine Ziele oder seine Phantasmagorien in die Tat umsetzen kann, vor allem wenn die Staatenwelt kraftvoll reagiert. Allerdings kann der Terrorismus eine lange Lebensdauer entfalten, indem er sich auf religiöse und nationale Motive beruft und dazu populäre Feindbilder und Zukunftsvisionen entwickelt. Weil Terrorismus nicht friedensfähig ist, wird die traditionelle Trennungen von Krieg und Frieden und von Innen- und Außenpolitik aufgehoben. Seit dem 11. September 2001 erhalten die Schlagworte von Interdependenz und von Transnationalität aber auch dunkle Sinndeutung. Sie verlieren ihre aufklärerische Dimension. Dies verleiht den Internationalen Beziehungen nach dem 11. September 2001 einen neuen, beunruhigenden Charakter.

## ZUSAMMENFASSUNG

Internationale Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen inmitten tiefgreifender und weitreichender Veränderungen: Immer mehr Lebensbereiche der Menschen und Völker werden von außenpolitischen Faktoren mitbestimmt. Das Eis des Kalten Krieges ist abgetaut. Der Kommunismus stellt keine Alternative mehr zum liberalen Internationalismus dar. Doch an die Stelle des antagonistischen Systemkonflikts tritt nicht das Ende der Geschichte, sondern neue

<sup>&</sup>lt;sup>219</sup> Vgl. Herfried Münkler, Gewalt und Ordnung, Das Bild des Krieges im Politischen Denken, Frankfurt/Main 1992, S. 163.

Herausforderungen lassen Krieg und Frieden in den Internationalen Beziehungen im erweiterten Licht erscheinen:

- Der Golfkrieg, die Bürgerkriege auf dem Balkan, der Luftkrieg der NATO gegen Serbien und der Terrorangriff vom 11. September 2001 verweisen auf neue Gewaltpotentiale in der Welt. Kriege gehören – für viele unerwartet – wieder zum Bild der Welt.
- 2. National- und Territorialstaaten bleiben die zentralen Akteure der Internationalen Politik. Waren es 1945 knapp 50, so existieren heute rund 200 Staaten. Nach dem 11. September 2001 hat die sicherheitspolitische Bedeutung des Staates grundsätzlich zugenommen. Der Nationalstaat dient nicht nur in den neuen Staaten Mittel- und Osteuropas nach 4 bzw. 7 Jahrzehnten kommunistischer Unterdrückung als Identifikation für Selbstbehauptung, sondern weltweit ist im Zuge der Antiterrorbekämpfung der Staat als wichtigstes Organisationsprinzip und zentraler Akteur der Weltpolitik bestätigt worden. Die Antiterrorkoalition unter der Führung der USA ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum neuen sicherheitspolitischen Organisationsprinzip internationaler Beziehungen avanciert.
- 3. Zahl und Bedeutung Internationaler Organisationen als zweitwichtigste Akteure haben zugenommen. Wurden 1960 erst 154 IGO's und 1.268 INGO's gezählt, so erhöhten sich die Zahlen im Jahr 1996 auf 224 bzw. 12.961. Sie bilden den erweiterten institutionellen Rahmen für transnationale Politik und übernehmen zunehmend Steuerungsfunktionen, die von den Nationalstaaten nicht (mehr) allein erfüllt werden können.
- 4. Globalisierung prägt Struktur und Dynamik der Internationalen Beziehungen in Ökonomie, Technologie, Kommunikation, Wissenschaft und Transport. Als transnationales Phänomen fordert sie Staaten und Regionen unterschiedlich heraus. Diese neuen Interdependenzen bringen Risiken und Chancen zugleich: Wirtschaftliche und technologische Dynamisierung, aber auch Verarmung, Kriminalität, Drogenhandel, ökologische Probleme und Proliferation von Massenvernichtungswaffen.
- 5. Parallel zur Globalisierung entstehen Prozesse der Unipolarisierung, Multipolarisierung, Regionalisierung und einer stärkeren Betonung lokaler Identitäten ("Glokalisierung"). Der Trend zur

Unipolarität wird durch die beherrschende Weltmachtstellung der USA am Anfang des 21. Jahrhunderts verstärkt. Zugleich entstehen oder verstärken sich im Zuge von Gegenmachtbildung<sup>220</sup> regionale und multipolare Machtzentren bzw. Zusammenschlüsse, wie Europäische Union und NAFTA. Zunehmende Multipolarität zeigt sich im Aufstieg von China, Japan, Brasilien und der EU.

- 6. Neue Verteilungskonflikte zwischen der OECD-Welt und den Entwicklungsländern reflektieren problematische Machtveränderungen, auch unter ökologischen, demographischen und sicherheitspolitischen Aspekten.
- 7. Seit 1990 haben sich die sicherheitspolitischen Probleme ausgeweitet. Neben Krieg und Bürgerkrieg werden seit dem 11. September 2001 terroristische Herausforderungen auf globaler, regionaler und lokaler Ebene zum Unsicherheitsfaktor, der jeden einzelnen Menschen betreffen kann. Der moderne interdependente Nationalstaat muss im Zeitalter von Globalisierung deshalb im klassischen Sinne als Machtstaat auf nationale Souveränität und Sicherheit achten und zugleich als Handelsstaat technologisch, industriell und finanziell mit anderen kooperieren und sich integrieren.
- 8. Seit den Terrorangriffen vom 11. September auf New York und Washington artikulieren Staaten nicht nur Interessen, sondern verstehen sich verstärkt auch als Teil religiöser, ethnischer und kulturell-zivilisatorischer Wertegemeinschaften.
- 9. Während die OECD-Welt als "Atlantische Zivilisation"<sup>221</sup> nach 1990 stabiler und sicherer geworden ist, haben die Turbulenzen in anderen Regionen und Kulturkreisen zugenommen, wie z.B. im Nahen Osten und in Asien. Staatliche Ordnung wird in Asien und Lateinamerika in Frage gestellt. Weltpolitik steht im Zeichen von Verflechtung und Zentralisierung, von Annäherung und Distanz.

<sup>220</sup> Werner Link, Die Neuordnung der Weltpolitik, a.a.O., München 2001.

<sup>221</sup> Im Sinne von Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1986, S. 178 f., Robert Palmer, The Age of the Democratic Revolution, Princeton 1939.

\_\_\_\_\_

Was hat nun das akademische Fach in Deutschland zur Erklärung und zum Verstehen der Weltpolitik beigetragen? Welche Vergleiche und Maßstäbe bieten sich zur Bewertung an?

Viele Vertreter des Faches haben seit dem 2. Weltkrieg Wichtiges geleistet. Insgesamt gesehen muss man auch aus realistischer Perspektive konstatieren, dass der 'liberale Internationalismus' zur zentralen analytischen Kategorie geworden ist, der nicht nur dem Selbstverständnis des Faches, sondern auch dem politischen und außenpolitischen Standort unseres Landes entspricht. Er ist die logische Konsequenz der Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Welt<sup>222</sup>. Auch das moralische Engagement dieser Vertreter, macht sie glaubwürdig. Doch droht der ursprünglich innovative liberale Gemeinschaftsgedanke heute zu erstarren, wie ein Blick auf die Krisen der Gemeinschaftsinstitutionen von OSZE bis EU verdeutlicht. Kritischer Realismus wäre als Korrektiv angebracht.

Moralisches Engagement, verbunden mit großer Sachkompetenz hat gerade viele Analytiker der "Dritte Welt"-Problematik angespornt. 223. Idealistisches Engagement kann aber auch den Blick für die harten sicherheitspolitischen Realitäten verstellen; auch erscheint der Anspruch mancher Vertreter des liberalen Internationalismus auf theoretischen Alleinanspruch problematisch. Ein gewisser Triumph der Gesinnung über nüchterne Urteilskraft hat der Disziplin nicht immer genutzt. Es gibt keinen automatischen Fortschrittstrend von der nationalstaatlichen Dominanz zur Weltgesellschaft, vom Kalten Krieg zum Ewigen Frieden, vom außenpolitischen Primat zur transnationalen Interdependenz Keine Theorie darf für sich beanspruchen, die

<sup>&</sup>lt;sup>222</sup> Vgl. Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 335 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>223</sup> Vgl. hierzu Lothar Brock, Umbrüche im Umbruch der Weltpolitik, in: Gert Krell, Harald Müller, Hrsg., Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen, Frankfurt/Main 1994, S. 19-37; ders., Menschenrechte und Entwicklung: Beiträge zum ökumenischen und internationalen Dialog, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1996;

Reiner Tetzlaff, Das Recht auf Entwicklung – Ein universell gültiges Menschenrecht, in: Gerd Sommer, Hrsg., Menschenrechte, Opladen 1999, S. 84-112, ders., Antonie Nord, Weltbank und Währungsfonds – Gestalter der Bretton-Woods-Ära, Opladen 1996.

Vgl. Reimund Seidelmann, Weltsystem, Weltgesellschaft, Weltstaat, in: Franz Neumann, Hrsg., Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 2, Opladen 1996, S. 445 ff..

\_\_\_\_\_

Gesamtheit alle Fragen der Internationalen Beziehungen allein erklären zu können.

Auch der außenpolitische Realismus allein reicht zur Analyse nicht mehr aus. Erst das Wechselspiel zwischen Realismus und Idealismus gibt der Disziplin Feuer. Doch muss mehr zur Analyse bereitgestellt werden als nur das bekannte Wechselspiel zwischen Verantwortungsund Gesinnungsethik: In diesem Zusammenhang kann man daran erinnern, dass "der Stoff der Geschichte nicht die Ansichten, sondern die Quellen sind" so Olga Orestowna<sup>225</sup>.

Zu den vernachlässigten Aspekten der Internationalen Beziehungen gehören auch universalgeschichtliche Analysen. Das ist bedauerlich, denn bei dieser Problemformulierung geht es um die Fähigkeit, in großen historischen Zusammenhängen zu denken und die Großbausteine der Weltgeschichte, die Kontinente und Zivilisationen im Auge zu behalten<sup>226</sup>. Gelungene Weltgeschichte ist multiperspektivisch, zwingt zu universalistischer Begrifflichkeit und vermittelt vor allem kosmopolitische Aufmerksamkeit und historische Sensibilität. Leider hat die fortschreitende Spezialisierung in den Wissenschaften auch Konsequenzen für die Internationalen Beziehungen: Die Gesamtzusammenhänge werden vernachlässigt, nur noch Ausschnitte werden wahrgenommen, weil sie immer facettenreicher dargestellt werden müssen. Umso wichtiger wird es, sich um historische Gesamtzusammenhänge zu kümmern.<sup>227</sup> Internationale Beziehungen bleiben unverständlich, wenn sie nicht um die historische Dimension von Real- und Idealfaktoren erweitert werden<sup>228</sup>, denn "um voranzukommen, müssen wir in die Geschichte zurückkehren"<sup>229</sup>.

In diesen Zusammenhang passt auch die Vernachlässigung der Persönlichkeit in der Internationalen Politik. Wer macht Politik? Diese Frage scheint naiv und selbstverständlich, sie ist es aber nicht: "So polar sich Individuum und Gesellschaft in der Geschichte für die theo-

<sup>226</sup> Vgl. Jürgen Osterhammel, Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaates, Göttingen 2002, S. 343.

<sup>&</sup>lt;sup>225</sup> Alexander I. Solzenicyn, August Vierzehn, Darmstadt 1972, S. 681.

Vgl. Klaus Hildebrand, Geschichte oder "Gesellschaftsgeschichte". Die Notwendigkeit einer politischen Geschichtsschreibung von den Internationalen Beziehungen, in: Historische Zeitschrift, 223 (1976), S. 328-357.

<sup>&</sup>lt;sup>228</sup> Als erster Ansatz beispielhaft: Gerd Krell, Weltbilder und Weltordnung, Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2000.

<sup>&</sup>lt;sup>229</sup> Ekkehart Krippendorff, Internationale Beziehungen, Bd. 2, Köln 1973, S. 69.

retische Diskussion ausnehmen, so wenig sind sie Gegensätzlichkeit. Vielmehr bilden beide zusammen erst die Gesamtheit des historischen Prozesses: Die Menschheit als lebendiges Substrat der Geschichte setzt sich [...] aus Individuen zusammen. [...] Das ist eine elementare Tatsache, der sich kein Verfechter einer kollektive Phänomene ganz oder überwiegend in den Vordergrund rückenden Geschichtsauffas-

sung entziehen kann. Damit sollte dem Individuum in der Geschichte auch von vornherein ein gewisser Spielraum eingeräumt werden "<sup>230</sup>."

Der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus 1989/1990 bedeutete auch das Scheitern des Typus des kommunistischen Apparatschiks und bleibt ohne die Bedeutung der Persönlichkeit von Michail Gorbatschow undenkbar. "Die Existenz lebendiger menschlicher Individuen ist die erste Voraussetzung aller Menschengeschichte"<sup>231</sup>.

Mit Jacob Burckhardt gesprochen schlug 1989 die Stunde der "Extraperson, damit die weltgeschichtliche Bewegung sich periodisch und ruckartig frei mache von bloßen abgestorbenen Lebensformen und von unreflektierendem Geschwätz"<sup>232</sup>. Auch berührt uns Burckhardts Definition von Größe: "Sie richtet sich nicht nach dem gehabten Verdienst um das Volk, auch nicht nach der Fähigkeit, auch nicht nach der historischen Wichtigkeit, sondern am Ende meist nach der Persönlichkeit"<sup>233</sup>. Wie soll man die Geschichte des 20. Jahrhunderts erklären ohne die außenpolitischen Entscheidungen von Hitler, Stalin, Lenin, Mao, Roosevelt, Churchill, Ghandi oder Gorbatschow? Mit anderen prägten sie "das Gesicht des Jahrhunderts": Eine erstaunliche Anzahl denkwürdiger politischer Gestalten: "Große Ungeheuer, große Retter, große Ruinierer, große Reformer, Staatsgründer und Stabilisierer, doch auch jede Menge große Mediokritäten und großer Esel"<sup>234</sup>.

Internationale Politik entsteht nicht aus strukturellen Entwicklungen von Technik, Wirtschaft und Gesellschaft allein, sondern auch aus geschichtsmächtigen Ideen, aus raffinierter Interessenpolitik, durch persönliche Verblendung aber auch durch politisches Verantwortungsbe-

<sup>&</sup>lt;sup>230</sup> Immanuel Geiss, Die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, in: Michael Bosch, Hrsg., Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, Düsseldorf 1977, S. 10 f..

<sup>&</sup>lt;sup>231</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie in Marx Engels Werke, Bd. 3, Berlin-Ost 1953, S. 20.

Jakob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/Main 1955, S. 205.
 Ebd.. S. 219.

Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts: Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 11.

wusstsein, wobei der Mensch als Objekt und Subjekt, als Täter und Opfer die Antriebsfaktoren, die Erscheinungsformen und Konsequenzen von Internationalen Beziehungen widerspiegelt. Im Sinne von

zen von Internationalen Beziehungen widerspiegelt. Im Sinne von Friedrich Tenbruck könnte man hinzufügen: "Die Vertreter des Faches sprechen von Staat, Gesellschaft und Internationaler Politik, aber nie vom Menschen"<sup>235</sup>. Die eklatanteste Folge dieser Einstellung in der Wissenschaft von der Internationalen Politik ist die Degradierung des Menschen vom handelnden Subjekt zum bloßen Objekt. So erscheint er lediglich als Spielball anonymer struktureller und theoretischer Kräfte.

In diesem Zusammenhang gilt es auch an einen Ansatz zu erinnern, der jahrzehntelang, zu Recht, in Deutschland geächtet war: die Geopolitik<sup>236</sup>. Weil die pseudowissenschaftlichen Lebensraumtheorien deutscher Geopolitiker der Führung des Dritten Reiches dazu gedient hatten, ihre aggressive Außenpolitik zu legitimieren, werden bis heute geopolitische Ansätze in Deutschland gemieden. Doch außerhalb Deutschlands wird weltweit selbstverständlich in geopolitischen Kategorien gedacht und analysiert<sup>237</sup>.

Seit den 80er Jahren ist auch in Deutschland eine Wiederbelebung geopolitischer Ansätze zu beobachten<sup>238</sup>, die seit der Zeitenwende von 1989/90 weiter angestiegen ist, denn Internationale Politik lässt sich nicht mehr ideologisch konfrontativ erklären. Heute treten Nationalitäts-, Territorial- und Machtprobleme zutage, die mit Blick auf die Grenz-, Teilungs-, Annexions- und Expansionsfragen auch unter Betonung geopolitischer Kategorien und Problemstellungen untersucht werden sollten. <sup>239</sup>

\_

<sup>239</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>235</sup> Friedrich Tenbruck, Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen, Graz, Wien, Köln 1984, S. 22.

<sup>&</sup>lt;sup>236</sup> Vgl. hierzu Manfred Görtemaker, Politischer Zeitgeist und Geopolitik – Über die zeitbedingten Voraussetzungen anwendungsorientierter Wissenschaft, in: Peter Krüger, Julius H. Schoeps, Geopolitik, Grenzgänge im Zeitgeist, Bd. 1, Hrsg., Potsdam 2000, S. 15 f..

<sup>&</sup>lt;sup>237</sup> Zum Einfluss des geopolitischen Denkens auf die amerikanische Außenpolitik siehe: Stefan Fröhlich, Amerikanische Geopolitik, a.a.O., und ders., Zwischen selektiver Verteidigung und globaler Eindämmung. Geostrategisches Denken in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges, Baden-Baden 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>238</sup> Heinz Brill, Geopolitik heute, a.a.O..

Die revolutionäre Veränderung der politischen Landkarte Deutschlands, Europas und der Welt fordert auch eine wissenschaftliche geopolitische Neuorientierung, denn "die Wasser werden wieder lebendig, die Eisdecke ist geborsten, nun strömen sie wieder, die Kraftli-

Aus der geopolitischen Frontsituation des Kalten Krieges rückt Deutschland ins Zentrum des europäischen Kontinents, dessen neue Mittellage auch in geopolitischen Kategorien analysiert werden kann. In der Dialektik von Globalisierung und Regionalisierung der Weltpolitik könnte sich auch geopolitisches Denken neu entfalten.

Bereits in den 50er Jahren wurde erfolglos angemahnt, "die Geopolitik für die Wissenschaft von der Politik als eine Aufgabe deutscher Forschung" anzusehen<sup>241</sup>. Seit der Zeitenwende 1990 hat unter dem dynamischen Aspekt von Globalisierung auch die Raumdimension an Bedeutung gewonnen. Beides gehört zusammen, Zeit *und* Raum, wie einer der Väter der Geopolitik, Friedrich Ratzel feststellte: "Wir lesen im Raum die Zeit."<sup>242</sup> Mit dem Ende der Nachkriegszeit entsteht auch eine "Raumrevolution", denn der Raum des Kalten Krieges ist eingestürzt, und eine veränderte Räumlichkeit entsteht in Deutschland, Europa und der Welt. Für die außenpolitischen Realisten von Herodot und Thukydides bis zu Spykman, Kissinger und Brzezinski sind geopolitische Kategorien unverzichtbar.<sup>243</sup>

Man kann auch auf Montesquieu verweisen, der über die Auswirkungen von Erdbeschaffenheit und Klima auf den Geist der Gesetze räsonierte oder auf Frederick Jackson Turner, der 1894 über "Die Bedeutung der Grenze in der amerikanischen Geschichte" nachdachte.<sup>244</sup> Auch der Seitenblick auf die Schule der "Annales" wie auf das Werk von Fernand Braudel über die Welt des Mittelmeers im Zeitalter

nien und Machtprojektionen"240.

Vgl. Leo Bandt, Hrsg., Aufgabe deutscher Forschung: Im Auftrage des Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff, 2. Aufl., Bd. I Geisteswissenschaften, Köln, Opladen 1956, S. 392 f.; Otto Heinrich von der Gablintz: Politische Forschung in Deutschland, in: Otto Stammer, Hrsg., Politische Forschung. Beiträge zum 10jährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, Köln, Opladen 1960, S. 171.

<sup>243</sup> Nicholas Spykman, America's Strategy in World Politics: The United States and the Balance of Power, New York 1942; vgl. Michael Joseph Smith, Realist Thought from Weber to Kissinger, Baton Rouge, London 1986.

<sup>&</sup>lt;sup>240</sup> Salewski, Geopolitik und Ideologie, a.a.O., S. 377.

<sup>&</sup>lt;sup>242</sup> Friedrich Ratzel, Politische Geographie, 3. Aufl., München u.a. 1923.

<sup>&</sup>lt;sup>244</sup> Fredrik Jackson Turner, The Frontier in American History, New York 1962; ders., The United States, 1830-1850: the nation and its sections, New York 1935.

 $me^{246}$ .

Philipps II.<sup>245</sup> macht deutlich, dass für die Bedeutung der Geopolitik der Tunnelblick auf 1933 bis 1945 nicht mehr ausreicht. Die nazistische Kontamination der Geopolitik kann überwunden werden. Eine moderne Definition von Geopolitik kann zu einem vertieften Verständnis von Internationalen Beziehungen beitragen: so z.B. bei der Analyse der Globalisierung, aber auch bei der These vom Verschwinden des Raums, die in der Vision des "global village" kulminiert. Geopolitische Betrachtungen verweisen auf die neue Vielfalt planetarischer Politik nach dem Zusammenbruch der ideologischen Syste-

Was bleibt dann in der Bilanz der Internationalen Beziehungen, wenn die historische Dimension negiert, außenpolitischer Realismus diskreditiert, der Nationalstaat als zentraler Akteur in den Internationalen Beziehungen über Gebühr vernachlässigt, der Faktor Persönlichkeit fast schweigend übersehen, die Diplomatie ausgeblendet wie auch das Phänomen des Krieges und grundsätzlich militärische Sicherheits- überlegungen mit Vorurteil beladen werden?

Institutionen, Regime und Integrationsmodelle bleiben wichtig, aber als Ergänzung, als Bereicherung ja auch als Korrektiv für außenpolitischen Realismus, wenn er an seine analytischen Grenzen stößt, die jedoch weiter gesteckt sind als generell angenommen wird<sup>247</sup>. Warum meidet die deutsche Außenpolitikwissenschaft eigene Wurzeln und Traditionen im Deutschland des 20. Jahrhundert? Der analytische Reichtum eines Otto Hintze bleibt bis heute unerschlossen. Vor allem die Arbeiten von Werner Link stehen in der Tradition dieses großen deutschen Politikwissenschaftlers, der begriffliche Präzision, analytische Schärfe und historische Sensibilität zu kombinieren wußte.

Wer liest heute noch die Studien über Große Mächte von Eberhard von Vietsch oder Erwin Hölzle oder die Geschichte Europas von Hans Freyer, wer kennt heute noch Triepels "Hegemonie"?<sup>248</sup> Das jahrzehn-

<sup>245</sup> Fernand Braudel, Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II, Frankfurt/Main 1998.

^

<sup>&</sup>lt;sup>246</sup> Panajotis, Kondylis, Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg, Stuttgart 1992.

<sup>&</sup>lt;sup>247</sup> Vgl. Carlo Masala, Ralf Roloff, Hrsg., Herausforderungen der Realpolitik: Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationale Politik; Alexander Siedschlag, Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik, Opladen 1997.

Erwin Hölzle, Idee und Ideologie: eine Zeitkritik aus universalhistorischer Sicht, Bonn 1969; ders., Geschichte der zweigeteilten Welt. Amerika und Russland, Reinbek 1961; Hans Freyer, Die politische Insel: eine Geschichte der Utopien von Platon bis zur

telange Zusammenspiel zwischen Idealismus und neomarxistischen Positionen in der Disziplin der Internationalen Politik hat für manche Vertreter eine faire und objektive Aufarbeitung der Folgewirkungen des Zusammenbruchs des Sowjetkommunismus auf die Internationale Politik erschwert<sup>249</sup>.

Weil also internationale Beziehungen nur selten in größeren politischen oder historischen Zusammenhängen analysiert werden, sind große Defizite in der Disziplin unübersehbar. Stattdessen werden die internationalen Beziehungen theoretisch abstrakt derart überwiegend reduziert, dass der Erkenntniswert minimalisiert wird, und man flüchtet vor der empirischen Herausforderung in die abstrakten Höhen der Theorie - frei nach dem Motto nach Heinrich Heine.

Wurde den idealistischen Vertreter der Disziplin seit dem 11. September 2001 deutlich, dass es keinen idealen Weg zur Gesellschaftswelt gibt? Ideologie, Religion und Krieg sind als Faktoren der Internationalen Beziehungen zurückgekehrt und entwickeln zu Beginn des 21. Jahrhunderts gefährliche synergetische Wirkung, der mit Macht begegnet werden muss. Schon Tocqueville hatte darauf verwiesen, dass die Kategorie der Macht nicht per se amoralisch sei<sup>250</sup>; vielmehr wird man auf Macht nicht verzichtet können<sup>251</sup>.. Sich dabei auch der Geschichtsmächtigkeit zuzuwenden, gehört zur realistischen Einsicht: "Great God, I often think that the world of international diplomacy is the dirtiest thing alive and that a statesman is a synonym for knave"<sup>252</sup>.

Doch erst das Zusammenwirken von Real- und Idealfaktoren, von Sein und Sollen, von materiellen und geistigen Faktoren bringt die Realität der Internationalen Beziehungen voll zur Geltung. Wir werden in Zukunft weder in der "global city" noch im souveränen Nationalstaat allein leben. Diese und viele andere Welten vermischen sich,

Gegenwart, Wien 2000; ders., Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1967; Eberhard von Vietsch, Die Tradition der Großen Mächten, Stuttgart 1950; ders., Das europäische Gleichgewicht: politische Idee und staatsmännisches Handeln, Leipzig

Vgl. hierzu als ersten Ansatz Hans Lemberg, Hrsg., Sowjetisches Modell und Nationale Prägung: Kontinuität und Wandel in Ost-Mittel-Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg a.d. Lahn 1991.

<sup>&</sup>lt;sup>250</sup> Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, München 1976.

<sup>&</sup>lt;sup>251</sup> Vgl. hierzu grundsätzlich die Bedeutung der Geschichte der Analyse Internationaler Politik: Klaus Hildebrand, Geschichte oder Gesellschaftsgeschichte, a.a.O..

<sup>&</sup>lt;sup>252</sup> So Lord Curzon, zitiert nach: Ebd., S. 35.

wie auch Moral, Opportunität und Macht in den Internationalen Beziehungen miteinander weiter ringen werden.

Doch das Spezifische der Internationalen Beziehungen bleibt, "dass die Staaten in einem geographischen Raum zusammengeworfen sind, in dem sie sich miteinander arrangieren oder wo sie Kooperation um den Preis des Konflikts und mit dem Risiko des Krieges verweigern"<sup>253</sup>. Die neuen globalen Fragen machen kooperative und transnationale Maßnahmen notwendig, die allein mit dem realistischen Machtbalancekonzept nicht gelöst werden. Die neue Verquickung von innen- und außenpolitischen Faktoren, die neuen ökonomischen Probleme im Weltmaßstab, die Dringlichkeit der Problemlösungen im Nord-Süd-Konflikt, die Herausforderungen der Globalisierung und die Folgen des 11. September stellen so große Aufgaben, dass alle Vertreter der Internationalen Beziehungen gefordert bleiben.

 $<sup>^{253}</sup>$  Vgl. Jürgen Hartmann, Internationale Beziehungen, a.a.O. S. 229.